

JOHANNES  
RICHARDT (HG.)

DIE

SORTIERTE

GESELL

SCHAFT

ISBN: 978-3-944610-45-0

ISSN 0942-7244

1. Auflage 2018/Novo Band 125

© Novo Argumente Verlag, Frankfurt 2018

[www.novo-argumente.com](http://www.novo-argumente.com)

Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung und Satz: [www.elelareiniger.de](http://www.elelareiniger.de)

Druck und Bindung: Orthdruk, Bialystok

Printed in Poland

JOHANNES  
RICHARDT (HG.)

**DIE  
SORTIERTE  
GESELLSCHAFT**

Zur Kritik  
der Identitätspolitik

# INHALT

06

Einleitung

**1.**

## **IDENTITÄTSPOLITIK HEUTE**

13

FRANK FUREDI

Die verborgene Geschichte  
der Identitätspolitik

26

KENAN MALIK

Gegen die kulturelle  
Wende

35

Interview mit MARK LILLA  
Mehr Bürgersinn, weniger  
Gruppendenken

43

TOBIAS PRÜWER

Stör' meine Kultur-  
kreise nicht

**2.**

## **HEIMAT UND IDENTITÄT**

55

THILO SPAHL

Über Europäer

71

Interview mit MICHAEL ZÜRN  
Der Konflikt zwischen  
Kosmopoliten  
und Kommunitaristen

80

Interview mit VOLKER WEISS  
Rechte Identitätspolitik:  
Partikularismus und  
Opferdenken

91

GERD HELD

Wozu Spanien? Über  
die Eigenart und Aktualität  
nationaler Identitäten

103

Interview mit JASON D. HILL  
Der amerikanische Traum eines  
jamaikanischen Migranten

**3.  
KLASSE  
UND IDENTITÄT**

113

STEFAN LAURIN

Willkommen im Zeitalter der  
Postidentitätspolitik

123

ROBERT PFALLER

Sprecht wie Mimosen!  
Handelt wie Bestien!

138

Interview mit ARLIE HOCHSCHILD  
Die Linke im Abseits

143

TIM BLACK

Kultur ersetzt Politik

**4.  
GESCHLECHT  
UND IDENTITÄT**

153

SABINE BEPPLER-SPAHL

Nein, Frauen sind  
keine Opfer!

157

JOANNA WILLIAMS

Wir sind mehr als unser  
Geschlecht

169

JAN FEDDERSEN

LGBTI\*QA – Über die politische  
Karriere einer Chiffre

176

Interview mit JORDAN PETERSON  
Über Gender-Pronomen  
und Meinungsfreiheit

183

JOSIE APPLETON

Sex und falsche Identitäten

191

Autorenübersicht

# Streitkultur statt Schubladen- denken!

Auf den ersten Blick erscheint Identitätspolitik (engl. identity politics) sympathisch. Laut gängiger Definition hilft sie marginalisierten Gruppen, negative Fremdzuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft zurückzuweisen und ihnen eine positive Selbstbestimmung entgegenzusetzen. Die Anliegen von Gruppen, z.B. Farbige, Homosexuelle oder Frauen, die sich diskriminiert fühlen, sollen für den Rest der Gesellschaft hörbar und sichtbar gemacht werden. Es geht darum, Anerkennung und Respekt für ihr spezifisches Anderssein einzufordern.

Das sei wichtig, weil Gruppenmitgliedern außerhalb eines identitätspolitischen Rahmens angeblich keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich als Individuen zu artikulieren. Deshalb müsse man Menschen an Hand kultureller, ethnischer, sozialer oder sexueller Merkmale in bestimmte Gruppen einteilen. Aus diesen Perspektiven können dann spezifische Bedürfnisse abgeleitet werden, aus denen wiederum politische Forderungen folgen.

Gerade innerhalb der Linken betrachten viele Identitätspolitik als ein Mittel, um Minderheiten zu schützen. Sie wird als Quelle des Selbstbewusstseins und als Ausgangspunkt von Politisierung und Selbstorganisation für ausgegrenzte Minderheiten dargestellt.

Die in „Die sortierte Gesellschaft“ versammelten Autoren sind skeptisch gegenüber dieser Auffassung. Der Sammelband rückt die Schwächen des Konzepts in den Fokus, übt Kritik und bezieht klar Position gegen Identitätspolitik.

Warum ist Identitätspolitik heute so bedeutsam? Spätestens seit dem Wahlsieg des zynischen Anti-Politikers Donald

Trump bei der US-Präsidentenwahl im November 2016 tobt in westlichen Gesellschaften – vor allem in den Feuilletons und in akademischen Zirkeln – ein Streit darüber, ob linke und/oder liberale Politik in den letzten Jahrzehnten zu sehr auf die identitätspolitische Karte gesetzt und dadurch den Aufstieg des Rechtspopulismus begünstigt habe – nicht zuletzt, weil dieser selbst häufig auf identitäre Argumente setzt. Es ist der aufkommende Zuspruch von rechts, der die Probleme der Identitätspolitik nun vielleicht auch einigen klar werden lässt, die sie bisher eher wohlwollend als ein wichtiges „progressives“ Anliegen betrachtet haben.

Zweifel und Kritik an den identitätspolitischen Kulturkämpfen werden lauter. Nicht noch mehr soziale Fragmentierung, Denken in Opferkategorien und Sonderbehandlung für verschiedene Gesellschaftsgruppen, sondern eine Rückbesinnung auf den Universalismus der Aufklärung, der auf Werte wie Vernunft, Freiheit und Demokratie setzt, erscheint als der richtige Weg.

Um das Schubladendenken zu überwinden, müssen wir untersuchen, wie verbreitet es inzwischen ist. Wir müssen so unterschiedliche Gruppen wie Trans-Aktivist\*innen, katalanische Separatist\*innen oder rechte „Identitäre“ betrachten. Jede dieser spezifischen identitätspolitischen Ausprägungen hat sich als Sackgasse erwiesen. Und es zeigt sich, dass die verschiedenen Gruppen mehr gemeinsam haben, als ihnen lieb sein mag.

Es ist das identitätspolitische Paradigma als solches, das an seinen Grenzen gestoßen ist. Der spalterische Partikularismus, das befindlichkeitsfixierte Opferdenken und ein freiheits- und demokratiefeindlicher Anti-Individualismus kennzeichnen linke, rechte, islamistische, feministische, separatistische usw. Identitätspolitik. Unabhängig von der persönlichen politischen Orientierung gibt es gute Gründe, ein Denken abzulehnen, das kulturelle Fragen politisiert und gleichzeitig politische Fragen kulturalisiert. Ein Denken, das Menschen anhand

gruppenspezifischer Merkmale in Schubladen einsortiert und so nicht nur zwischenmenschliche Solidarität, sondern auch substanzielle politische Debatten erschwert.

Dieser Sammelband gliedert sich in vier Kapitel. Im ersten Kapitel „Identitätspolitik heute“ werden die Grundzüge identitätspolitischen Denkens, die Geschichte des Begriffs und Relevanz aktueller Debatten dargestellt. Im zweiten Kapitel wird der Zusammenhang zwischen „Identität und Heimat“ untersucht. Hierbei geht es um die Frage, wie kulturelle Zugehörigkeit und kulturelles Anderssein im Zusammenhang mit den Diskussionen um Nation, Europa oder Abendland verhandelt werden. Aber auch darum, wie sich die hiesige Debatte vom klassischen Einwanderland, den USA, unterscheidet.

Das dritte Kapitel widmet sich der Frage nach „Klasse und Identität“. Wie kam es in den letzten Jahrzehnten zum Bedeutungsverlust der Klassenpolitik und zum Aufstieg der Frage der Identität? Was passiert heute, wo die Klassenfrage in Folge der Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs des Rechtspopulismus wieder in die politische Debatte zurückkehrt? Das vierte Kapitel, „Geschlecht und Identität“, beschäftigt sich mit aktuellen identitätspolitischen Genderdebatten – etwa dem #MeToo-Feminismus, dem Kürzel LGBTI\*QA oder dem Streit um spezifische Pronomen für Transmenschen.

So unterschiedlich die Autoren dieses Bandes in ihrer analytischen Herangehensweise und Verortung im politischen Spektrum auch sein mögen – in diesem Buch kommen Liberale, Libertäre, Linke und Konservative zu Wort –, gibt es doch bestimmte Aspekte der Analyse, die sich wie ein roter Faden durch das Buch ziehen: Identitätspolitik sieht in Menschen vor allem Angehörige spezifischer Opfergruppen. Nicht Gleichheit, sondern der Wunsch nach Anerkennung eines spezifischen „Anders-Seins“ steht im Zentrum. Das geht oft Hand in Hand mit einer narzisstischen Selbstfixierung. Gleichzeitig richtet



sich Identitätspolitik mal mehr, mal weniger explizit gegen aufklärerische Werte, wie Vernunft, individuelle Freiheit oder die Vorstellung, dass Menschen Unterschiede durch gemeinsames politisches Handeln überbrücken und gesellschaftliche Verhältnisse gestalten können.

Durch diese Merkmale erhält die Identitätspolitik eine originär konservative, eigentlich sogar reaktionäre Färbung. Indem sie die Grundlagen für Solidarität ebenso wie für kontroverse, auf Vernunftargumenten basierende Debatten unterhöhlt, behindert sie demokratisch legitimierte gesellschaftlichen Wandel. Politische, ökonomische oder ideologische Konflikte verwandeln sich in Gemeinschaft- und Kulturkonflikte, die kaum Raum für Interessenausgleich lassen.

Was sind vor diesem Hintergrund die politischen Lösungsvorschläge? Linke wie der Philosoph Robert Pfaller oder der Publizist Kenan Malik sprechen sich hier für eine Revitalisierung der Klassenpolitik aus, Liberale wie der Politikwissenschaftler Mark Lilla fordern die Rehabilitierung einer republikanischen Bürgergesellschaft, in der sich mit Rechten und Pflichten für das Gemeinwesen ausgestattete Individuen innerhalb der bestehenden Institutionen für das Gemeinwesen engagieren, andere Autoren betonen die Bedeutung des Nationalstaats als einzigem aktuell existierenden Rahmen, in dem eine nicht-identitäre, demokratische Politik möglich ist.

Welcher Ansatz einem auch immer vernünftig und wünschenswert erscheint, die Grundlage für jeden sozialen Fortschritt liegt in einem Comeback zukunftsweisender, an Inhalten und nicht an Identität orientierter Politik. Um einen produktiven Streit der Ideen zu ermöglichen, muss der öffentliche Raum für robuste Debatten zurückerobert werden. Nicht persönliche oder identitäre Befindlichkeiten, Sprachtabus oder gruppenspezifische Opferinszenierungen dürfen im Zentrum stehen, sondern rationale Argumente, gepaart mit dem

Wunsch, aus dem politischen Konflikt heraus Perspektiven für das demokratische Gemeinwesen zu entwickeln.

*Johannes Richardt,  
Herausgeber, Chefredakteur des Magazins Novo*

1.

## IDENTITÄTSPOLITIK HEUTE



# Die verborgene Geschichte der Identitäts- politik

## Von Herder zum Trans- Aktivismus: Über den Siegeszug einer gegenaufklärerischen Idee

Identitätspolitik bestimmt heute das öffentliche Leben im Westen. Viele halten die identitären Aktivist\*innen des 21. Jahrhunderts einfach für die aktuelle Version der Aktivist\*innen, die sich in den 1960er-Jahren für die Befreiung der Frau oder der Schwarzen engagiert haben. Diese Annahme ist jedoch falsch. Sie übersieht, wie sehr sich der Antrieb und die Belange der Identitätspolitik über die Jahrzehnte verändert haben.

Die Identitätspolitik hat sich seit ihrem Aufkommen im späten 18. Jahrhundert erheblich verändert. Konservative Bewegungen haben sie aufgenommen und sie wurde von Radikalen gefeiert. Sie schloss umfassende Identitäten wie die Nation oder das Volk ein und konzentrierte sich auf bestimmte Individuen. Und obwohl sie heute als linke Kraft angesehen wird, hat sie oft auch den Rechten, ob Traditionalisten oder Nationalisten, ein politisches Narrativ zur Verfügung gestellt. Wer verstehen will, was die gegenwärtige Identitätspolitik einzigartig macht, kommt nicht darum herum, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Diese kann in vier Phasen unterteilt werden.

## **Phase 1: Aufstand gegen den Universalismus**

Im späten 18. Jahrhundert wurde die Saat der späteren Identitätspolitik gesät. In dieser Zeit bezog die Politisierung der Identität ihre Kraft aus der konservativen Reaktion gegen den Universalismus der Aufklärung. Diese Gegenaufklärung verdammt die Idee menschlicher Universalität und behauptete, nur die Identität bestimmter Völker oder Gruppen sei von Bedeutung. Diese partikularistische Feindseligkeit gegenüber den universalistischen Ideen der Aufklärung war im 19. Jahrhundert eines der wirkmächtigsten Merkmale der politischen Vorstellungswelt der Rechten.

In Deutschland betonte die konservative Bewegung der Romantik die Relevanz kultureller Unterschiede und sprach diesen größere Authentizität zu als den abstrakten Bindungen des Universalismus. Derartige Einstellungen entstanden teilweise als Reaktion auf den wachsenden Einfluss der rationalistischen und universalistischen Ideen der Französischen Aufklärung, die alle europäischen Gesellschaften erfassten. Die deutschen Romantiker stellten damit die authentische Kultur dem abstrakten Geist des Universalismus der Französischen Revolution entgegen. Der deutsche Philosoph Johann Gottfried Herder (1744–1803) fing den partikularistischen Geist der neuen romantischen Verehrung kultureller Identität ein. Ihm zufolge definiere die Kultur jedes Volk – das Volk –, indem sie es mit seiner individuellen Identität und einem eigenen Geist ausstatte.

Feindseligkeit gegenüber universalen Werten und menschlicher Solidarität beschränkte sich nicht nur auf Deutschland. In Frankreich kamen ähnliche Empfindungen unter anti-aufklärerischen Identitätsdenkern auf. Joseph de Maistre, ein reaktionärer französischer Politikphilosoph, verachtete die Ideale, die mit den Menschenrechten verbunden

sind, als abstrakten Unsinn. Er erklärte, es gebe „den Menschen an sich nicht“. „Ich habe Franzosen, Italiener und Russen kennengelernt“, so de Maistre weiter, „aber was den Menschen betrifft, dem bin ich nie begegnet.“

Im 19. Jahrhundert bezog sich die Romantik auf besonders erhabene Verschiedenheiten von Identität und feierte die Charakteristika, die mit dem vermeintlich einzigartigen Geist der unterschiedlichen Völker verbunden wurden. Allmählich inspirierte diese Auffassung eines individuellen kulturellen Geistes das Narrativ des Nationalismus und die Idee, jede Nation besäße einzigartige Charakteristika. Ernest Renan, ein französischer Philosoph des 19. Jahrhunderts, drückte das so aus: „Die Nation ist eine Seele, ein spirituelles Prinzip“.

Die Förderung kultureller Heterogenität und Verschiedenheit durch die Gegenaufklärung hatte eine Form des erkenntnistheoretischen Separatismus zur Folge. Die Auffassung, dass unterschiedliche Kulturen auf sich unterscheidenden Wegen zu Erkenntnis gelangen, ließ nationale Identitäten erstarren. Gleichzeitig fungierte das als kulturelle Vorstufe der Rassentypologien, die das westliche Denken im 19. und frühen 20. Jahrhundert prägten. Für den Geist der Aufklärung war dies ein Fluch. Die Aufklärung stellte sich immer gegen die traditionelle Idee, dass durch Biologie und die natürliche Ordnung von Geburt an bestimmt ist, wer man ist. Die Denker der Aufklärung waren der Meinung, dass die Menschen sich selbst zu dem machen, was sie sind, indem sie Geschichte schreiben. Nur deshalb konnte die Aufklärung ein Bewusstsein entwickeln, das das Erleben bestimmter Individuen und individueller Gruppen überstieg. Wenn gegenwärtig das Streben nach Universalismus Zynismus hervorruft, wird leicht vergessen, dass grundlegende Prinzipien wie Gleichheit und Individualrechte auf dieser universalistischen Auffassung gründen.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen nahm der Fokus der Gegenaufklärung auf nationale Identität im National-

sozialismus eine extreme Form an. Das führte dazu, dass anti-universalistische partikularistische Politik in Verbindung mit Rassismus und schlussendlich dem Holocaust geriet. So nimmt es nicht Wunder, dass rechte Identitätspolitik in die Defensive geriet und ihre Anhänger versuchten, ein moderateres Image aufzubauen.

## **Phase 2: Neue soziale Bewegungen**

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nationalistische Identitätspolitik marginalisiert. Bis zu deren Wiederbelebung dauerte es zwei weitere Jahrzehnte. Diesmal war es aber die Linke, die gruppenbezogene Identitätspolitik vorantrieb und nicht die Rechten. Trotz des formellen Festhaltens an universalen Rechten tat sich die Linke immer schwer damit, sich ihnen in der Praxis konsequent zu verschreiben. Insgesamt besehen fiel ihre Rolle bei der Unterstützung der Anti-Kolonialbewegung, beim Einsatz für die Gleichberechtigung der Frau oder beim Kampf gegen Rassismus allenfalls durchwachsen aus. Infolgedessen mussten die Befreiungsbewegungen der 1960er-Jahre ihre eigenen Strategien entwickeln, um ihre Ziele zu verwirklichen. In den USA kamen Teile der Bürgerrechtsbewegung zu dem Schluss, dass der richtige Weg in der Politisierung einer schwarzen Identität läge. Andere Gruppen und Minderheiten wählten ähnliche Vorgehensweisen, um neue Rechte zu gewinnen. Um die Rechte und Freiheiten zu erlangen, die ihnen bislang verwehrt blieben, konzentrierten sich Bewegungen, die für die Freiheit von Frauen und Homosexuellen eintraten, deshalb auf spezifische Alleinstellungsmerkmale von Frauen und Homosexuellen.

Diese Neuen Sozialen Bewegungen beeinflussten die Linke, die große Schwierigkeiten damit hatte, einem umfassenden



Begriff von Solidarität mit Bedeutung zu füllen. Und so wanderte der Fokus der Linken allmählich von der Klasse zur Identität. Für die Neue Linke der 1960er und 70er diente die Unterstützung von Befreiungsbewegungen der Dritten Welt als besonderer Quell radikaler Identität. Da in ihren heimischen westlichen Gesellschaften jegliche radikale Impulse fehlten, war die Neue Linke dazu gezwungen, nach Anliegen im Ausland zu suchen. In Frankreich identifizierte sich die Linke beispielsweise deutlich stärker mit der chinesischen Kulturrevolution als mit den gesellschaftlichen Kräften vor Ort.

Diese Dritte-Welt-Orientierung vermengte sich mit einer gegenkulturellen Ablehnung des in westlichen Gesellschaften vorherrschenden Weltbildes. Aus dieser Feindseligkeit gegenüber der alten Ordnung erwuchs allerdings nie eine systematische politische Existenz, die eine eigene Ideologie hervorbrachte oder dem Status quo eine ernsthafte Alternative entgegenstellen konnte. Auch aus den kulturellen Konflikten über Lebensstile und Werte, die in den 1960ern losbrachen und in den 70ern an Fahrt gewannen, entwickelten sich nicht die von manchen befürchteten anti-parlamentarischen Bewegungen wie in der Zwischenkriegszeit. Stattdessen förderte die Logik der Gegenkultur, wonach alles Persönliche politisch sei, die Identitätspolitik. Man wandte sich von Massenbewegungen ab und Ein-Thema-Kampagnen zu.<sup>1</sup>

Obwohl sich radikaler Befreiungsrhetorik bedient wurde, war die Hinwendung zur Identitätspolitik im Kern konservativer Natur. Eine Empfindsamkeit, die das Besondere zelebrierte und dem Streben nach universellen Werten mit Misstrauen begegnete. Die Politik der Identität konzentrierte sich auf das Bewusstsein des Selbst und seine Wahrnehmung. Identitätspolitik war und ist die Politik des „Alles dreht sich um mich“. Auch wenn Selbstidentität in Gruppenform Ausdruck fand,

<sup>1</sup> Tony Judt: „Postwar. A History of Europe Since 1945“, Random House 2007, S. 486.

zielte sie doch darauf ab, Anerkennung von anderen zu erlangen.<sup>2</sup> Wie der Historiker Tony Judt bemerkt, waren die Lehren, die der Identitätspolitik Ausdruck verleihen sollten, eher psychologischer Natur und „traditionellen Projekten der sozialen Revolution“ gegenüber oft gleichgültig. Vielmehr „versuchten sie den eigentlichen Begriff des menschlichen Subjekts zu zersetzen, der diesen zugrunde gelegen hatte“<sup>3</sup>.

Das Aufkommen verschiedener identitätsorientierter Gruppen während der 1970er-Jahre spiegelte sinkende Erwartungen auf Seiten der Linke wider. Ihre neue Sensibilität fand unübersehbaren Ausdruck in dem so genannten „Cultural Turn“ der Linken. Der Fokus auf die Politik der Kultur, des Images und der Repräsentation lenkte die Linke von ihrem traditionellen Interesse an gesellschaftlicher Solidarität ab. Das auffälligste Merkmal des Cultural Turn war die Sakralisierung der Identität. Die Ideale von Differenz und Vielfalt ersetzten das der menschlichen Solidarität.

### **Phase 3: Verschmelzen von Identität und Viktimisierung**

Eine der folgenreichsten Entwicklungen in der Geschichte der Identitätspolitik war ihr Verschmelzen mit der aufkommenden Opferpolitik in den 1970er-Jahren. Dies geschah nicht zufällig. Beide Trends drückten die Bewusstseinskrise der Linken aus. Während der 1960er- und 70er-Jahre veränderte sich auch deren Politik stark. Radikale linke Politik erschöpfte sich zunehmend und wurde immer weniger genutzt, um sozialen Wandel herbeizuführen. Während dieser Periode wurden viele traditionelle Verbündete der Linken als Opfer des Systems ausgemacht. Ein ähnliches Muster zeigte sich schon

<sup>2</sup> „On the Politics of Recognition“, s. Frank Furedi: „Therapy Culture“, Routledge 2004.

<sup>3</sup> Judt, s. Anm. 1, S. 479.

während der Frauenbewegung. In den späten 1960er- und frühen 70er-Jahren widersetzten Feministen sich noch heftig gegen die Darstellung von Frauen als Opfer. In den späten 1970er-Jahren hatte sich diese Perspektive fundamental umgekehrt. Kampagnen unterstrichen nun die Rolle der Frau als Opfer – geschlagen, verletzt und vergewaltigt. Auch die Linke betrachtete Leiden als eine wichtige Quelle, um Anhänger für ihre Belange zu mobilisieren.

Während der 1970er wandelte sich das Verständnis davon, wie man zum Opfer wird (Viktimisierung). Anfänglich wurden Menschen als Opfer dargestellt, wenn sie eine spezifische Erfahrung gemacht hatten – zum Beispiel als Opfer von Gewalttaten. In den 1970er-Jahren weitete sich das Verständnis der Viktimisierung jedoch aus, um Erfahrungen einer Vielzahl verschiedener Gruppen erfassen. Dieser neue Ansatz verlieh der Viktimisierung eine neue Bedeutung: Es ging nicht mehr um eine außeralltägliche Art von Schädigung, die ein Individuum erlitten haben muss, um als Opfer angesehen zu werden. Stattdessen wurde der Opfer-Status als integraler Bestandteil einer ungerechten Gesellschaft angesehen. Durch die Neudefinition und Ausweitung der Opfererfahrung erklärten verschiedene Gruppen den Status als Opfer der Gesellschaft zu einem Kernbestandteil ihrer Identität.

Diese Umdefinition der Opferidentität wurde von einer neuen Aktivistenkohorte selbstbewusst vorangetrieben, die solche Kampagnen als eine neue Form radikaler Politik betrachtete. Der Vergleich der ersten Ausgabe von William Ryans Klassiker „Blaming the Victim“ (Opferbeschuldigung) von 1971 mit der 1976 erschienenen Ausgabe spricht Bände. Die Hauptthese von „Blaming the Victim“ ist, dass in den USA Opfern der Ungleichheit – zum Beispiel Schwarzen – ungerechtfertigterweise die Schuld für gesellschaftliche Probleme in die Schuhe geschoben wird. Ryan verfocht die populistische und antikapitalistische These, dass nicht der Kriminelle, sondern das System Menschen zu

Opfern mache. Als Ryan 1976 eine neue Einleitung verfasste, hatte sich sein Verständnis von Opfern deutlich ausgedehnt:

„Seit 1970 habe ich meinen Blick, wer die ‚Opfer‘ der amerikanischen Gesellschaft wirklich sind, erweitert. Ich hatte mich auf die Not der Armen und der Schwarzen fokussiert. In Wahrheit ist jeder, der zum Unterhalt seiner selbst und seiner Familie auf Gehalt oder Lohn angewiesen ist, und über keine zusätzliche Einkommensquelle durch nennenswertes Vermögen verfügt, in Amerika ein potentielles Opfer.“<sup>4</sup>

Die Auffassung, dass nahezu jeder außerhalb der herrschenden Elite ein potentielles Opfer ist, suggeriert, dass Viktimisierung nicht eine Ausnahme, sondern die Regel in der existentiellen Realität der amerikanischen Kultur darstellt. Ein alles durchdringendes Gefühl von Viktimisierung bildet wohl die bedeutendste kulturelle Hinterlassenschaft dieser Ära. Die Autorität des Opfers war auf dem aufsteigenden Ast. Teile der Linken sowie der Rechten befürworteten die maßgebende Legitimität des Opferstatus. Die Opferrolle wurde so zur wichtigen kulturelle Quelle für Identitätskonstruktion. Zeitweise schien es, als wolle jeder das Opfer-Label für sich beanspruchen. Konkurrierende Opferrollen führten schnell zu Versuchen, Opfer zu hierarchisieren. Der Studie eines amerikanischen Soziologen zufolge vereinten sich die verschiedenen Bewegungen informell, um „eine gemeinsame Opferstimmung zu schaffen, moralische Entrüstung hervorzurufen und selbstgerechte Feindseligkeit gegen den gemeinsamen Feind – den weißen Mann – zu säen“<sup>5</sup>. Der Ausschluss des weißen Mannes aus dem Kreis der Opfer währte er aber nicht lange. In den 1980er-Jahren entstand eine neue Männerbewegung, die

<sup>4</sup> William Ryan: „Blaming the Victim“, Vintage Books 1976, S. xiii.

<sup>5</sup> Martin E. Spencer: „Multiculturalism, ‚Political Correctness‘, and the Politics of Identity“ in: *Sociological Forum* 4/1994, S. 559.

insistierte, dass auch Männer zu den unbeachteten und marginalisierten Opfergruppen gehörten.

Die Bandbreite der Umdeutung bis dato normaler Erfahrungen in Opfererfahrungen vergrößerte sich während der 1980er- und 90er-Jahre weiter. So beanspruchten Gruppen beschnittener britischer und amerikanischer Männer, durch eine der ältesten historisch belegten Operationsmethoden verstümmelt und psychisch geschädigt worden zu sein. Die National Organization to Halt the Abuse and Routine Mutilation of Males (NOHARMM, zu Deutsch: Nationale Organisation zur Beendigung des Missbrauchs und der standardmäßigen Verstümmelung von Männern) behauptet von sich, im Namen der „Opfer von Beschneidung“ zu sprechen. „Wir sind alle erwachsene Männer, die davon ausgehen, dass wir durch die Beschneidung, die im Kindesalter durch britische Ärzte durchgeführt wurde, geschädigt wurden“, schrieb eine Gruppe von 20 Männern in einem 1996 im British Medical Journal veröffentlichten Brief.<sup>6</sup> Sie beklagten dabei nicht so sehr die physische, sondern die vermeintlich psychische Verletzung dieses ansonsten routinemäßigen Eingriffs. Sie strebten die Wiederherstellung ihrer Vorhaut an, weil dies „für Männer von therapeutischem Nutzen“ sei. Zwei Aktivisten zufolge „verbessert [die Wiederherstellung der Vorhaut] das Körperbild, steigert das Selbstbewusstsein, löst die Gefühle der Viktimisierung auf und ermöglicht Männern, selbst Entscheidungen über ihre eigene Sexualität zu treffen“.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> British Medical Journal, 10.02.1996, S. 377.

<sup>7</sup> Frederick Hodges / Jerry W. Warner: „The Right to Our Own Bodies“ in: M.E.N. Magazine, November 1995.

## **Phase 4: Der therapeutische Ethos**

Die Darstellung des Opfers als schuldlos war die Schlüsselinnovation bei der Konstruktion der Opferrolle in den 1970er-Jahren. Eines der verbreitetsten rhetorischen Stilmittel der Opferfürsprecher war, jede Infragestellung der – von Individuen oder Gruppen vorgebrachten – Forderungen als „Opferbeschuldigung“ abzutun. Radikale Kriminologen behaupteten, nicht nur Verbrechenopfer, sondern alle benachteiligten Menschen würden ungerechtfertigt beschuldigt.

Die Wahrnehmung des „schuldlosen Opfers“ stattete selbsternannte Opfer mit moralischer Autorität aus. In der Folge wurde die Opferidentität beinahe zur heiligen Kuh. Eine Studie stellte fest, dass „Opfer“ zunehmend als moralischer Begriff verwendet wurde. „Ein Opfer zu sein impliziert einen gewissen Grad an Unschuld und Schuldlosigkeit, wodurch das Opfer nicht für sein Schicksal verantwortlich gemacht werden kann“, schrieb Frank Weed.<sup>8</sup> Fürsprecher der Opferkultur behaupteten nicht nur, dass Opfer keine Verantwortung trügen, sondern auch, dass ihnen geglaubt werden müsse. Der Glaubwürdigkeitsbonus von Opfern nahm mit der Viktimisierung von Kindern an Fahrt auf. Der Mahnung „Glaube dem Kind“ folgte rasch die groteske Ansicht „Kinder lügen nicht“. In den letzten Jahrzehnten wurde das Mantra „Glaubt dem Opfer“ derart institutionalisiert, dass eines Verbrechens Beschuldigte als schuldig gelten, bis sie ihre Unschuld bewiesen haben. Deshalb geht es denjenigen, die sich gegen sexuelle Belästigung, Mobbing und Mikroaggressionen wenden und deren Definitionen immer weiter ausdehnen, darum, ob das „Opfer“ sich viktimisiert fühlt und nicht um die tatsächliche Handlungsabsicht des Beschuldigten.

<sup>8</sup> Frank Weed: „Certainty of Justice. Reform in the Crime Victim“, Routledge 1995.

Das legt eine wichtige psychologische Wende in der Identitätspolitik nahe. Opferschaft hat die Identitätspolitik mit moralischer Autorität versehen. Politische Bewegungen, die sich bislang der Befreiung und der sozialen Umgestaltung verschrieben hatten, begannen, sich als Opfergruppen wahrzunehmen. Sie nutzten die Mahnung „Glaubt dem Opfer“, um sich Respekt und Anerkennung zu verschaffen. Die Behauptung von der Schuldlosigkeit der Opfer sollte nun verhindern, dass die Realitätssicht einer bestimmten Identitätsgruppe hinterfragt oder diskutiert wird.

Äußerlich scheint die aktuelle Version der Identitätspolitik – die sich durch die Synthese von Opferbewusstsein und Suche nach therapeutischer Bestätigung auszeichnet – kaum noch etwas mit ihrem Vorgänger aus dem 19. Jahrhundert gemein zu haben. Eine Tatsache spricht jedoch für die Fortdauer der partikularistischen Sichtweise der Identitätspolitiker des 19. Jahrhunderts. Beide Varianten beharren darauf, dass nur diejenigen, die in der Kultur gelebt und diese erfahren haben, die ihre Identität ausmacht, deren Realität verstehen können. In dieser Sichtweise verleiht Identität das Patent darauf, sich zu Angelegenheiten äußern zu dürfen, die eine bestimmte Kultur betreffen.

Zunehmend behaupten Befürworter der Identitätspolitik, dass über manche Sachverhalte nur Frauen oder Homosexuelle sprechen können. Auf Kultur und Identität bezogene Grenzen haben sich verfestigt und werden nun intensiv kontrolliert. Wer das Monopol der kulturellen Ingenieure über das Verständnis ihrer Identität in Frage zu stellen droht, stößt oft auf ein „Zutritt verboten“-Schild. Wer es trotzdem wagt, in einen abgegrenzten kulturellen Raum einzudringen, wird der ausbeuterischen kulturellen Aneignung (cultural appropriation) bezichtigt.

Das Dem-Opfer-glauben-Dogma wurde zum Argument recycelt, um Diskussionen zu jeglichen Themen zu unterbinden,

die Identitätsbewegte als anstößig empfinden. Von deren Standpunkt aus ist jede Kritik an identitätspolitischen Anliegen ein Kulturverbrechen. Die Verpflichtung, Personen, die Opferidentität beanspruchen, zu glauben und sie nicht zu kritisieren, wird therapeutisch gerechtfertigt. Kritik mache psychologisch gesehen nochmals zum Opfer und verursache deshalb psychische Verwundungen und seelische Schäden. Diese therapeutisch geprägte Argumentation gegen kritische Werturteile und Meinungsfreiheit sieht Kritik nicht nur als Angriff auf Ansichten und Meinungen an, sondern auch als Angriff auf die Person, die diese vertritt. Das Ergebnis ist Zensur und Illiberalität. Deshalb ist es in der Gesellschaft, und vor allem an Universitäten, oft unmöglich, bestimmte Themen zu debattieren.

### **Das Ende der Solidarität**

Seit ihrem therapeutischen Wandel ist Identitätspolitik weniger als ihre Vorläufer in den 1960er- und 70er-Jahren auf politische und soziale Themen fokussiert. Die zeitgenössischen Formen der Identitätspolitik verwenden viel Energie darauf, Anerkennung und Respekt einzufordern. Die Identitätspolitik der alten Tage verstand kritisierte Zustände als politische, ökonomische oder soziale Hindernisse und richtete ihre Energie darauf, diese Diskriminierung zu überwinden. Obwohl sie sich der Förderung von Gruppenidentitäten verschrieben hatte, war ihr vornehmliches Ziel die Gleichheit. Ohne Zweifel besaß sie starke separatistische Tendenzen und eine selbstbezogene Weltanschauung. Aber anders als die Identitätspolitik heute übersetzte sie ihre Ziele nicht in die psychologische und narzisstische Sprache des „Alles dreht sich um mich“. Der Feminismus der 1970er-Jahre kämpfte für die Überwindung der Hindernisse, die Frauen davon abhielten, Gleichheit mit Männern zu erreichen. Feministinnen, die mit dem gleichen



Maßstab wie Männer gemessen werden wollen, unterscheiden sich deutlich von denen, die Geschlechterunterschiede betonen und herausarbeiten, „Safe Spaces“ und Schutz vor Mikroaggressionen wie unglücklich formulierten Komplimenten fordern.

Die Tendenz zur Fragmentierung und Individualisierung ist eines der am wenigsten beachteten, aber kennzeichnenden Merkmale der aktuellen Identitätspolitik. Ein deutlicher Trend geht dahin, dass Identitätsgruppen ausufern und sich separieren. Überdies will jeder ein Stück vom Kuchen abhaben. Seit die Kontroverse über Cultural Appropriation hochkochte, beanspruchen alle möglichen Akteure ein Patent auf ihre Kultur. Gruppen, die bisher am Rande der Kulturpolitisierung gestanden haben, übernehmen aktuell Sprache und Praktiken der Identitätspolitik. Chinesische Auslandsstudenten haben beispielsweise versucht, Debatten über das Verhalten ihrer Regierung gegenüber Tibet zu beenden, indem sie sich darauf beriefen, diese als kulturell unsensibel und beleidigend zu empfinden. Muslimische und jüdische Studenten haben „Safe Spaces“ verlangt und ein paar konservative Schutz vor verbalen Attacken auf dem Campus gefordert. Durch lauter werdende Rufe nach dem Schutz der „weißen Identität“ ist Identitätspolitik mittlerweile zur Karikatur ihrer selbst geworden.

Manche Anhänger der Identitätspolitik betrachten sich gegenseitig als Verbündete. Allerdings erschwert die Politisierung der Kultur generell das Schmieden belastbarer Allianzen zwischen verschiedenen Gruppen. Das zeigt sich aktuell am scharfen Konflikt zwischen Feministen und Trans-Aktivist\*innen. Zwischenmenschliche Solidarität ist eines der größten Opfer der Identitätspolitik. Sobald sich verschiedene Gruppen in ihre „Safe Spaces“ zurückgezogen haben, bleibt kaum noch Platz für diejenigen, die sich der Politik der Solidarität und dem Ideal des Universalismus verschrieben haben.

# Gegen die kulturelle Wende

**Die Frage „Wer sind wir?“ hat das  
„In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ aus der  
öffentlichen Diskussion verdrängt**

In diesem Beitrag werden das multikulturelle und das eng mit ihm verwandte interkulturelle Denken kritisiert. Der ihnen zugrundeliegende Kulturalismus unterfüttert die spalterische Identitätspolitik von heute. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist das Scheitern des Multikulturalismus. Ihn zu kritisieren ist mittlerweile gang und gebe. Allerdings sind viele der aufgeworfenen Kritikpunkte ihrerseits so fragwürdig und problematisch wie jener Multikulturalismus selbst. Und das sagt jemand, der diesen seit über 20 Jahren kritisiert – schon lange bevor es Mode wurde.

## **Multikulturelles und interkulturelles Denken spaltet**

Um zu verstehen, wieso sowohl der Multikulturalismus als auch einen Großteil der gegen ihn gerichteten Kritik fragwürdig ist, muss man sich erst einmal über dessen Grundproblem klarwerden. Zwei Aspekte werden dabei allzu oft zusammen in einen Topf geworfen. So beschreibt der Begriff „multikulturell“ sowohl eine Gesellschaft, die – in der Regel als Folge von Einwanderung – besonders vielfältig ist, als auch die Politik, die für das Management einer solchen Gesellschaft erforderlich ist. Der Begriff bezeichnet also sowohl die gelebte Erfahrung der Vielfalt als auch die Politik zu deren Bewältigung. Anders aus-

gedrückt: Die Idee des Multikulturalismus liefert sowohl eine Beschreibung der Gesellschaft wie auch eine Anleitung, die Gesellschaft zu gestalten. Eine unglückliche Verquickung.

In einer eher offenen, lebendigen und kosmopolitisch orientierten Gesellschaft leben zu können, ist begrüßenswert. Es geht um Offenheit, ob von Grenzen oder in den Köpfen. Multikulturalismus als politischer Prozess steht jedoch für etwas ganz anderes. Er steht für eine Politik, die Vielfalt bewältigen will, indem Menschen in ethnische und kulturelle Schubladen gesteckt, ihre individuellen Bedürfnisse und Rechte anhand ihrer Schublade definiert werden und die staatliche Politik anhand dieses Schubladendenkens gestaltet wird. Dabei geht es nicht um Offenheit, sondern um die Forcierung von Grenzen, ob physischer, kultureller oder geistiger Art.

Diese Vermengung von Vielfalt als gelebte Erfahrung einerseits und von Multikulturalismus als politischem Prozess andererseits hat sich als sehr tückisch erwiesen. Zum einen wurde es so erst möglich, die Masseneinwanderung für das Versagen der Sozialpolitik verantwortlich zu machen und Minderheiten zum Problem zu erklären. Zum anderen hat es gerade viele Linke dazu verleitet, klassische freiheitliche Prinzipien, wie z.B. das Bekenntnis zur Meinungsfreiheit, im Namen der Verteidigung von Vielfalt aufzugeben.

Heutzutage ist ein Großteil der Kritik am Multikulturalismus gleichzeitig eine Kritik an Einwanderung und Vielfalt, oft in Form einer tiefen Feindseligkeit gegenüber muslimischen Immigranten und deren Präsenz in westlichen Gesellschaften. Deshalb ist es wichtig, Einwanderung und Vielfalt als gelebte Erfahrung zu verteidigen. Aber es ist ebenso wichtig, den Multikulturalismus als politischen Prozess zu bekämpfen.

Ironischerweise untergräbt die aus dem Multikulturalismus hervorgehende Politik vieles von dem, was an der gelebten Vielfalt so wertvoll ist. Wenn wir von Vielfalt sprechen, haben wir das Bild einer chaotischen Welt vor Augen, mit

einem Abgrund an Konflikten und Kämpfen. Aber aus eben diesen Konflikten entsteht politisches und kulturelles Engagement. Vielfalt ist wichtig, nicht notwendigerweise als Wert an sich, sondern vielmehr, weil sie es uns erst ermöglicht, unseren Horizont zu erweitern und verschiedene Wertvorstellungen, Überzeugungen und Lebensstile zu vergleichen und bewerten zu können, um zu entscheiden, welche die besseren sind. Sie ist mit anderen Worten wichtig, weil wir so politische Dialoge und Debatten führen können, die das Entstehen eines bürgerlichen Bewusstseins begünstigen können.

Und ausgerechnet das Wertvolle an der Vielfalt – die kulturellen und ideologischen Auseinandersetzungen, die sie hervorbringt – wird von vielen gefürchtet. Diese Angst drückt sich auf zwei Weisen aus. Einerseits in Form einer nativistischen Haltung: Der Überzeugung, dass Einwanderung den sozialen Zusammenhalt und unser nationales Identitätsgefühl untergräbt sowie unsere Städte in kleine Lahores oder Mini-Istanbuls verwandelt. Andererseits in Form eines Denkens, das Respekt für „Andere“ einfordert. Das bedeutet einmal, andere Lebensweise zu akzeptieren und deren Werte oder Riten weder zu kritisieren noch infrage zu stellen. Zum anderen läuft es auf eine klare Abgrenzung zwischen kulturellen Gemeinschaften hinaus, um so die aus der Vielfalt entstehenden Konflikte zu minimieren. Mit den Worten des britischen Soziologen Tariq Modood: „Wenn Menschen den gleichen politischen Raum ohne Konflikte besetzen sollen, müssen sie das Ausmaß ihrer Kritik an den fundamentalen Überzeugungen des jeweils anderen begrenzen.“

Die erste Perspektive fördert Angst, die andere Gleichgültigkeit. Der eine Ansatz betrachtet Migranten als Fremde, deren Eigenart eine Bedrohung für die europäischen Gesellschaften darstellt. Der andere betrachtet diese Eigenart von Migranten hingegen als einen Umstand, den die Gesellschaft zu respektieren hat und mit dem sie einfach leben muss.

Und was gilt für „Interkulturalität“? Diese scheint groß in Mode zu kommen, während der Multikulturalismus an Glanz verliert. „Ein interkultureller Ansatz“, so einer seiner Anhänger, „soll den Dialog, den Austausch und das gegenseitige Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher Hintergründen fördern“. Ein anderer Anhänger formuliert es wie folgt: „Während der Multikulturalismus Unterschiede zelebriert, bedeutet Interkulturalität, die Kultur des jeweils anderen zu verstehen, sie zu teilen und eine gemeinsame Basis zu finden, auf der Menschen sich besser integrieren können“. Hört man dies, könnte man meinen, dass ich zum interkulturellen Ansatz tendieren würde. Das ist nicht der Fall. Das Problem liegt darin, dass Interkulturalität als Begriff noch vager und schwerer zu fassen als Multikulturalismus. Oft ist kaum mehr als Multikulturalismus gemeint, nur mit etwas mehr gemeinsam reden.

### **Kultur ersetzt Politik**

Multikulturalismus und Interkulturalität sind beide gleichermaßen Produkte von etwas, das ich die „kulturellen Wende“ (engl. cultural turn) nenne. Diese hat innerhalb der letzten Jahrzehnte dazu geführt, dass wir soziale Unterschiede hauptsächlich durch die kulturelle Brille betrachten. Diese kulturelle Wende ist der wahre Quell der gesamten Problematik.

Die Wurzeln der „kulturellen Wende“ reichen lange in die Geschichte zurück, liegen teilweise in der romantischen Reaktion auf den Aufklärungsuniversalismus und im einflussreichen Kulturbegriff des deutschen Philosophen Johann Gottfried Herder (1744–1803). Für Herder drücken die Besonderheiten in Sprache, Geschichte und Lebensart jedem Volk einen einzigartigen Stempel auf. Die Einzigartigkeit jedes Volkes kommt im „Volksgeist“ zum Vorschein – dem

unveränderliche Wesen eines Volkes, das sich durch seine Geschichte herausgebildet hat.

Herder war keineswegs reaktionär. Als Anhänger der Idee der Gleichheit bekämpfte er sowohl die Sklaverei als auch den europäischen Kolonialismus. Sein Kulturverständnis haben sich jedoch reaktionäre Geister zu Eigen gemacht. Die Vorstellung grundlegender Unterschiede zwischen Gruppen wurde zum zentralen Thema des Rassendenkens und der Begriff des Volksgeistes ist im Konzept der „rassischen Veranlagung“ aufgegangen. Radikale Anti-Kolonialisten oder Anti-Rassisten lehnten den romantischen Kulturbegriff noch ab und eigneten sich stattdessen eine universalistische Perspektive an. Bei ihren Kämpfen ging es nicht um den Schutz kultureller Eigenarten, sondern um die Bildung einer universelleren Kultur, in die sich jeder gleichberechtigt einbringen kann.

In den letzten Jahrzehnten ist der universalistische Standpunkt jedoch brüchig geworden, insbesondere, da viele der auf ihm fußenden sozialen Bewegungen zerfallen sind. Der durch diesen Zerfall frei gewordene soziale Raum wurde mit Identitätspolitik gefüllt. Da die großen Kämpfe für gesellschaftliche Veränderungen verblasst sind, neigt man die dazu, sich in eigene Glaubensvorstellungen oder Kulturen zurückzuziehen und provinzielle Formen der Identität anzunehmen. Im Laufe dessen sind die alten romantischen Kulturvorstellungen zurückgekehrt, jetzt aber im „progressiven“ Mantel.

### **Identität ersetzt Ideologie**

Vor dem Hintergrund des Verschwimmens jener großen ideologischen Trennlinien, die die Politik in den vergangenen 200 Jahren bestimmt haben, aber auch der Erosion von Mechanismen für politischem Wandel und der Verengung der politischen Sphäre hat man begonnen, sich selbst und die eigene

soziale Zugehörigkeit mit anderen Augen zu sehen. Soziale Solidarität definiert sich zunehmend nicht mehr politisch, sondern ethnisch, kulturell oder religiös. Die Menschen stellen sich nun weniger die Frage „In welcher Gesellschaft will ich leben?“, sondern „Wer sind wir?“. Die beiden Fragen sind natürlich eng miteinander verbunden und jedes Verständnis von sozialer Identität muss eine Antwort auf beide enthalten. Die Beziehung zwischen den beiden ist jedoch komplex und die Übergänge fließend.

In den letzten Jahren wurde die Antwort auf die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ weniger durch die angestrebten Werte oder Institutionen geprägt als durch die Gruppen oder Sippen, denen man glaubt, anzugehören. Die Antwort auf die Frage „Wer sind wir?“ wird immer weniger durch die Gesellschaft bestimmt, die man mit anderen schaffen will, sondern durch die Geschichte und das Erbe, das zu einem gehören soll. Während größere politische, kulturelle und nationale Identitäten erodiert sind sowie traditionelle soziale Netzwerke, Autoritäten und moralische Kodizes an Bindekraft eingebüßt haben, ist das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen begrenzter und parochialer geworden – nicht von einer möglichen Gestaltung der Zukunft, sondern von Mythen der Vergangenheit bestimmt.

Ideologische Politik ist Identitätspolitik geworden. Dies schlägt sich sowohl im Verhältnis von Minderheiten zur Gesamtgesellschaft nieder als auch in der Sichtweise auf Migranten. Einerseits haben sowohl gesellschaftlichen Minderheiten als auch Mehrheiten eine engere Sicht auf sich selbst entwickelt, die in erster Linie durch Kultur, ethnische Zugehörigkeit oder Glaubensrichtung bestimmt wird, und so zu einer Verschärfung und Überbetonung von Unterschieden zwischen einzelnen Gruppen führt. So versuchen viele Minderheitsangehörige, sich selbst und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, indem sie sich von anderen abgrenzen. Viele in den

Mehrheitsgemeinschaften betrachten diese Minderheiten aber ebenso ausschließlich durch die Brille ihrer „Unterschiede“ (Differenz). Zugleich sehen viele in der Einwanderung eine Verwässerung oder Erosion der nationalen Kultur sowie des historischen Erbes und somit als eine Bedrohung, der man sich entgegenstellen muss.

Im Kern drückt sich sowohl im multikulturellen als auch im interkulturellen Denken eine veränderte Perspektive auf sozialen Beziehungen aus – weg von politischen Konzepten hin zu einer ausschließlich kulturellen Sichtweise. Politische Auseinandersetzungen teilen die Gesellschaft anhand ideologischer Linien, aber sie vereinen sie über ethnische oder kulturelle Grenzen hinweg – kulturelle Kämpfe hingegen führen zwangsläufig zu Spaltungen. In politischen Auseinandersetzungen zählt nicht, wer du bist, sondern was du glaubst – in kulturellen oder ethnischen Auseinandersetzungen gilt das Gegenteil. Politischer Widerstreit ist oft nützlich, weil er den gesellschaftlichen Problemen mit der Frage „Wie können wir die Gesellschaft verändern, um das Problem zu überwinden?“ begegnet. Zur politischen Sicht auf Rassismus beispielsweise gehört die Frage: „Was sind seine politischen Ursachen und welcher strukturellen Veränderungen bedarf es, um ihn zu bekämpfen?“ Auch wenn man sich über die Antwort uneinig ist, kann die Debatte selbst bereits nützlich sein. Politische Auseinandersetzungen sind jene Art von Konflikten, die für gesellschaftlichen Wandel notwendig sind.

### **Re-Politisierung der Debatte**

Die „kulturelle Wende“ hingegen drängt uns, politische Herausforderungen als Probleme der Kultur, der ethnischen Zugehörigkeit oder des Glaubens anzugehen, und so politischen Auseinandersetzungen einen Charakter zu verleihen, der sie



weder nützlich noch lösbar macht. Anstatt zu fragen, was die Wurzeln von Rassismus sind und welche Maßnahmen zu seiner Bekämpfung ergriffen werden müssen, setzt der multikulturelle Ansatz auf die Betonung der eigenen Identität, die öffentliche Bekräftigung kultureller Unterschiede sowie die Forderung nach Respekt und Toleranz gegenüber kulturellen und religiösen Überzeugungen.

Aus der Betonung des Werts von Konflikten für die Gesellschaft folgt nicht, dass jeder Konflikt gut ist. Konflikte und Kämpfe um Ideen, Werte und Überzeugungen sind aber, wie gesagt, oft wertvoll und notwendig für soziale Veränderungen. Durch das Bemühen, solche Auseinandersetzungen im Namen von „Toleranz“ oder „Respekt“ herunterzuspielen, gelingt es multi- und interkulturellen Herangehensweisen in der Praxis nicht, Konflikte zu lösen. Stattdessen verwandeln sie den politischen und ideologischen Streit in Kultur- und Gemeinschaftskonflikte. So erschweren beide Ansätze politisch möglicherweise fruchtbare Meinungsverschiedenheiten und befeuern eine sozialschädliche Art von Konflikten. Indem sie Individuen an ihre Kulturen und Identitäten fesseln, verwandeln sie politische Debatten in kulturelle Zusammenstöße („Clashes“), die so als unvermeidbar und unüberwindbar erscheinen.

Interkulturalität fördert vielleicht den Dialog und die Debatte zwischen – und innerhalb von – Kulturen. Sie stellt aber keineswegs die Grundlage des Dialogs oder der Debatte in Frage. Sie stellt die Annahme nicht in Frage, dass ein solcher Dialog auf der kulturellen Ebene stattfinden sollte. Einfach mehr miteinander reden ist nicht die Lösung. Wir können so viel reden wie wir wollen, aber solange das Gespräch auf dem Gebiet der Kultur statt auf der Ebene der Politik geführt wird, haben wir kaum eine Chance, die Gesellschaft zu verändern und gesellschaftliche Spaltung oder Fragmentierung zu überwinden. Die Herausforderung besteht nicht darin, mehr

miteinander zu sprechen, sondern die Grundlage des Dialogs zu transformieren und ihn wieder mit politischen Visionen zu füllen.

# „Die Wendung nach innen führt zu einer subjektivierten Politik“

**Der New Yorker Professor  
Mark Lilla kritisiert die Identitätspolitik  
der US-Linken**

*Im November 2016 haben Sie einen Essay für die New York Times mit dem Titel „The End of Identity Liberalism“ geschrieben. Er hat starke Gegenreaktionen ausgelöst. Hatten Sie erwartet, dass diese Kritik der Identitätspolitik so einen Nerv treffen würde?*

MARK LILLA: Den Artikel habe ich an zwei Nachmittagen in der Woche nach der Trump-Wahl geschrieben. Ich musste einfach etwas loswerden. Mit Reaktionen hatte ich gerechnet, vor allem aus der Ecke derjenigen, die sich komplett der Identitätspolitik verschrieben haben. Aber diese Fülle an Reaktionen hatte ich nicht erwartet. Der Text war der meistgelesene politische Kommentar in der New York Times in dem Jahr. Ich hatte mein erstes Twitter-Bad – ein Säurebad – und mir wurde klar, wie schwierig es ist, bestimmte Fragen auch nur zu stellen. Weil die Reaktionen, die ich erhalten habe, so wenig zielgerichtet waren, erst recht bezogen auf die Frage, wie wir in Zukunft gewinnen können, kam ich auf die Idee, aus dem Artikel ein Buch zu machen.

*Wie waren die Reaktionen auf Ihr Buch „The Once and Future Liberal. After Identity Politics“ in den USA und in Europa?*

In den USA ging es wie gehabt weiter – das ist durchaus deprimierend. Nicht weil ich kritisiert werde, sondern weil es die Aktivisten auf der Seite der linken Demokraten nicht kümmert, ob sie die Wahl gewinnen. Wer z.B. eine Frau in Texas schützen will, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen möchte, oder einen schwarzen Autofahrer in Oklahoma, muss in diesen Gegenden Wahlen gewinnen. Diesbezüglich scheint Gleichgültigkeit zu herrschen. Ich habe erkannt, wie stark symbolisch und selbstverstärkend die Politik der Identitätsbewegung wirkt und wie sehr sie dem Anliegen im Weg steht, im Land wieder eine Mehrheit für die Demokraten zu bilden. Die Reaktion im Ausland bestand dagegen aus interessierter Neugier daran, wie sich die Sache entwickelt. Wie kann es weitergehen? Wie können Linke wieder Macht erlangen?

*Was ist Ihr Hauptproblem mit Identitätspolitik? Und warum haben Sie Ihre Einwände gerade zu diesem Zeitpunkt, nach der Wahl Trumps, formuliert?*

Es gibt zwei Arten von Identitätspolitik. Einmal die alte Identitätspolitik, bei der es sich tatsächlich um eine Form der Interessenpolitik handelt. Bei der frühen Bürgerrechtsbewegung oder der frühen Frauen- oder Homosexuellenbewegung wurden Menschen mobilisiert, die das gemeinsame Ziel hatten, für ihre Interessen innerhalb unserer politischen Institutionen zu kämpfen. Ihnen ging es darum, innerhalb unserer Institutionen langfristig etwas zu bewegen.

Schrittweise hat sich von den 1980er-Jahren bis heute die Ausrichtung auf das Individuum verschoben, weg von gemeinsamen Eigenschaften und einer Vorstellung davon, wie wir zusammen eine gemeinsame Agenda verfolgen können. Bei Identitätspolitik in diesem Land geht es immer mehr um Selbstentfaltung, Selbstbehauptung und Selbstfindung. Somit ist der politische Horizont junger Leute, die in dieser Atmosphäre aufwachsen, auf

Themen beschränkt, die die zufällige Definition ihrer Identität betreffen. (Und Identität bildet inzwischen eine Mischung von Dingen: Geschlechtsidentität, Ethnie usw.) Dies hat also zu einer Art innerer narzisstischer Wende geführt, die von Gleichgültigkeit begleitet ist und vom Unverständnis dessen, wie sich politisch tatsächlich langfristig etwas erreichen lässt. Diese Wendung nach innen und die damit einhergehende Radikalisierung haben zu einer sehr subjektivierten Politik geführt.

Wenn ich ein politisches Ziel und eine politische Position habe, kann ich darüber mit anderen diskutieren und meine Argumentation und meine Gründe vorbringen. Wenn die politische Position aber aus der Frage erwächst, wie man sich im Intimleben definiert und wie man seine subjektiven Erfahrungen begreift, wird man kein großes Interesse daran entwickeln, sich mit Leuten auseinanderzusetzen, die sehr kritisch sind. Man wird dann sehr sensibel, sieht sein Ich angegriffen, nicht seine Argumente oder seine politische Haltung. Sobald das passiert, werden Menschen gleichgültig und wenden sich nicht nur von der praktischen Politik ab, sondern werden auch in politischen Debatten intolerant. Das ist einer der Gründe für die hysterischen Reaktionen auf die politische Debatte an US-Universitäten, etwa Versuche, Leute zum Schweigen zu bringen oder Bedenken hinsichtlich von „Safe Spaces“. Das liegt an der inneren subjektiven Wende.

*Identitätspolitik wird von Konservativen oft als Thema für sogenannte „Schneeflocken“ abgetan. Stimmt das? Oder ist narzisstische, identitätsgetriebene Politik schon länger ein Problem, nicht nur in der aktuellen Generation?*

Das hat sich tatsächlich seit den 1980er-Jahren entwickelt, sogar in unserem Bildungssystem. Kindern wird schon in sehr jungen Jahren ihre Identität vermittelt. Der Staat New York veröffentlicht z.B. Curricula-Empfehlungen für Programme ab der Grundschule.

Ich habe mir eine davon vor einiger Zeit angeschaut. Ein Vorschlag ist, dass die Kinder ein Tagebuch über ihre Identität führen – im Kindergarten, ab sechs Jahren. Jedes Jahr fügen sie Dinge hinzu, sodass ein kleines Leseheftchen darüber entsteht, wie sie verschiedene Aspekte ihrer Identität entdeckt haben, ihren ethnischen Hintergrund, später ihr Geschlecht usw.

Schaut man sich US-Filme an oder den derzeitigen Umgang mit Diversität in US-Firmen, dann wird Identität als das geheime innere Ich eingebracht, als der kleine Homunkulus, der das wahre Ich bildet und aus all dem Beiwerk besteht, das man beliebig mitnehmen oder fallenlassen kann. Diese Identitäten sollen geschützt und kultiviert und nicht angegriffen werden. Das ist kein psychologisches Modell, das Leuten die politische Diskussion über Dinge erschließt, darunter auch solche, die nicht notwendigerweise was mit ihnen persönlich zu tun haben. Unter jungen Leuten gibt es z.B. heute wenig Interesse an Außenpolitik, weil sie mit ihren Identitäten nichts zu tun hat.

*Lassen Sie uns auf die verpatzte Wahl von Hillary Clinton kommen, über die Sie viel gesprochen haben. Sie hat sich auf das Feld der Identitätspolitik begeben und versucht, es zu ihrem Vorteil zu nutzen. Ist sie vor allem darüber gestolpert, dass sie Identität politisiert hat?*

Vor allem? Nein. Zunächst einmal hat sie ja die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigt. Und bei einer Niederlage spielen immer mehrere Faktoren eine Rolle. Von einigen lässt sich sagen, hätte sie da richtig gehandelt, dann hätte dies bedeuten können, dass sie die Wahl gewinnt. Z.B., wenn sie erst am Ende in bestimmte Staaten gegangen wäre. Jeder dieser Fehler hat zu ihrer Niederlage beigetragen. Sie ist hingegangen und hat über all die Gruppen gesprochen, die zu den Lieblingen der Demokratischen Partei gehören – bestimmte Minderheiten, Gendergruppen, Frauen usw. (In der Unterstellung, dass nur

Demokraten wissen, was Frauen möchten oder dass alle Frauen dasselbe denken.) Aber sie hat allerhand Menschen im Land außen vorgelassen. Rund 20 Prozent der US-Amerikaner halten sich selbst für Evangelikale – sie hat Religion in dieser Weise überhaupt nicht erwähnt. Ungefähr 37 Prozent des Landes liegen im Süden – sie hat den Süden nie direkt angesprochen. Usw. Am Ende hatte sie eine kleine Sammlung bevorzugter Identitäten und hat andere ausgelassen. Wenn man die ganze Zeit über diese Gruppen spricht, ist es unvermeidlich, dass Leute, die zu keiner dieser Gruppen gehören, sich entweder ausgeschlossen fühlen (deshalb sollte man besser jeden erwähnen) oder ein Gruppenbewusstsein entwickeln, sofern sie keines haben – wenn jeder zu einer Gruppe gehört, dann müssen sie das auch tun.

Nehmen Sie den Aufstieg weißer Identität. Es gibt alle möglichen Faktoren, die zu weißen Überlegenheitsvorstellungen („White Supremacy“, Anm. der Red.) beitragen, und die gibt es. Wenn man sich aber Umfragen anschaut, beginnt der derzeitige steile Zuwachs der gekränkten weißen Bevölkerung bereits um 2014. Dazu hat die linke Konzentration auf Identität beigetragen, und auch, wie dies von den rechten Medien genutzt wurde. Es wurde zur Waffe für Fox News und Breitbart, die Demokraten so hinstellen, als wären sie nur mit diesen Gruppen befasst und nicht mit dem Fox-Zuschauer. In dieser Lage möchte man nicht sein.

*Macht die Politisierung der Identität nicht auch politische Debatten unauflöslich? Es kann zwischen wettstreitenden Identitäten keinen Kompromiss geben, sondern nur Wertekonflikte im Weberschen Sinne ...*

Wenn man das so radikal zuspitzt, vielleicht. Andererseits gibt es verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Interessen. Das ist in einem demokratischen politischen System normal – es

entstehen Interessengruppen. Man kann über Interessengruppen sprechen, ohne das Wort Identität auch nur in den Mund zu nehmen. Afroamerikaner haben einige gemeinsame Anliegen und das ist ziemlich normal. Es ist wichtig, dass die Leute in die alltägliche politische Arbeit einbezogen werden. Dazu gehört: einer Partei beitreten, Kompromisse schließen und eine Rhetorik finden, die Wähler anzieht. Es ist außerdem notwendig, allgemeine Prinzipien zu formulieren, die für verschiedene Gruppen in unterschiedlicher Weise gelten. Es kommt darauf an, dass sich alle an diese Prinzipien gebunden fühlen.

In meinem Buch spreche ich von zwei grundlegenden Prinzipien, die die amerikanische Linke seit der Progressiven Ära belebt haben. Eines ist gesellschaftliche Solidarität, das andere gleicher Schutz durch das Gesetz. Das kann man als politische Botschaft ausgeben – ich gehe davon aus, dass sich viele unterschiedliche Menschen davon angesprochen fühlen. Man kann aber unterschiedliche Dinge auf unterschiedliche Gruppen anwenden, weil sie sich in unterschiedlichen Situationen befinden. Am Beispiel eines arbeitslosen Fabrikarbeiters in Ohio, dessen Kind opiatsüchtig ist und dessen Wohnort den Bach runter geht, lässt sich Solidarität erklären: Solidarität bedeutet, dass wir sie unterstützen. Weil Bürger keine totgefahrenen Tiere am Straßenrand sind. Andererseits gibt es den schwarzen Autofahrer, der die Nase voll davon hat, ständig von der Polizei angehalten zu werden, weil er schwarz ist. Ihm kann man erklären, dass das Prinzip des gleichen Schutzes durch das Gesetz auch für ihn gilt. Unterschiedliche Gruppen haben also verschiedene Interessen und Anliegen, aber die allgemeine Botschaft gilt für alle.

*Ärgert es Sie als Linken, dass Kritiker der Identitätspolitik oft als gestrig dargestellt werden – und als rechts?*

Ja, das ärgert mich. Natürlich ärgert mich das. Gleich nach der



Veröffentlichung meines Artikels in der New York Times hat eine Kollegin von der Columbia-Universität, die ich noch nie getroffen habe, einen Artikel in der LA Review of Books veröffentlicht, in dem sie mich mit David Duke, dem Kopf des Ku-Klux-Klans, verglich. Sie schrieb, dass wir beide weiße Rassisten sind und, obwohl wir uns unterschiedlich kleiden, auf dasselbe Ziel hinarbeiten. Ich glaube, jedes Mal, wenn ich des Rassismus bezichtigt werde, antworte ich, dass ich zu viele weiße Rassisten kenne. Ich hänge keiner Illusion über weiße Überlegenheitsgefühle an. Ich empfinde es vor allem als sehr anstrengend für mein politisches Lager. Wenn dies die Themen sind, über die sich die Leute Gedanken machen, dann bringen wir gerade täglich Steve Bannon das Frühstück ans Bett. Die Gleichgültigkeit dem gegenüber lässt mich verzweifeln.

*Hoffen Sie auf ein Revival des klassischen liberalen Subjekts, also eines universellen Individuums, das mit Rechten ausgestattet ist? Oder etwas anderes?*

Ich bin für eine Art bürgerschaftlichen Liberalismus. Eine Form des Liberalismus, der auf der Vorstellung basiert, dass wir alle Bürger sind. Und als Bürger steht uns nicht nur etwas zu, sondern wir haben auch Pflichten gegenüber anderen Bürgern. Es handelt sich um eine bürgerschaftliche Pflicht. Bei der Individualisierung und Atomisierung unserer Gesellschaften und bei der Individualisierung unserer politischen Rhetorik fällt der gesamte Bereich der Verpflichtungen hinten runter. Es fehlt der Ansatz, dass man in einer Gesellschaft sowohl Pflichten als auch Rechte hat.

In einem weiteren Buch möchte ich mich gerne der Frage widmen, was es heißt, ein demokratischer Bürger zu sein und was es bedeutet, dass wir uns selbst regieren – was dies von uns fordert und was wir daran haben. An diesem Punkt kann ein politisches Programm ansetzen, das auf dem Gedanken

beruht, dass wir eine Republik sind – kein Parkplatz, kein Campingplatz, keine Ansammlung von Elementarteilchen. Wir sind eine Körperschaft und das bedeutet, dass wir bestimmte gegenseitige Verpflichtungen haben. Wir haben eine Zukunft und ein Schicksal gemein und darauf können wir gemeinsam hinarbeiten.

Das Interview führte Ella Whelan.

# Stör' meine Kulturkreise nicht

**Warum kulturelle Identität  
kein harmloser Teamgeist, sondern  
ein exklusives Konstrukt ist**

*Das Ich ist kein Gegenstand.  
(Ludwig Wittgenstein)<sup>1</sup>*

Leitkultur<sup>2</sup> und Integration, Kampf der Kulturen und Identitätsre, Mehrheitsgesellschaft und Schicksalsgemeinschaft und nun wieder Heimat: Immer wieder ploppen in bundesdeutschen Debatten neue Begriffe auf oder werden längst begraben geglaubte Konzepte zu neuem untotem Leben erweckt – „das grundlegende Kulturverständnis jedoch verändert sich kaum. Ob nun die bereichernden Qualitäten der Multikultur gepriesen werden oder Konservative auf die deutsche ‚Leitkultur‘ pochen, immer bleibt Johann Gottfried Herder der unsichtbare Pate des hiesigen Kulturdiskurses. Noch die avanciertesten postmodernen Konzeptionen von ‚Transkultur‘ arbeiten sich an der hergebrachten Vorstellung ab, Kulturen seien unabhängige Gebilde mit festen Grenzen und gleich bleibendem Kern.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> „Tagebücher 1914–16“ in: ders.: „Tractatus logico-philosophicus“, Suhrkamp 1987, S. 87–187, 175.

<sup>2</sup> Der ursprünglich von Bassam Tibi als analytisches Mittel eingeführte Begriff erlebte ab 2000 eine Veränderung und Politisierung zur deutschen Wertegemeinschaft.

<sup>3</sup> Mark Terkessidis: „Nur meine Augen bleiben“ in: Die Zeit, 08.02.2001.

Das Adjektiv „identitär“ galt in der Linken lange als kritischer Ausdruck für exklusives Kleingruppendenken, das sich am Fetisch der eigenen Abschottung ergötzt und sich als Avantgarde feiert. In pathetischer Prosa hat sich die selbst ernannte Identitäre Bewegung das Wort angeeignet: „Unsere Generation ist das Opfer der 68er [...]. Wir lehnen die Geschichtsbücher ab und wollen unsere Identität selbst wiederfinden. [...] Wir sind die Bewegung, die auf unsere Identität, unser Erbe, unser Volk und unsere Heimat schaut und erhobenen Hauptes dem Sonnenaufgang entgegengeht!“ Ihre Forderungen sind ein Musterbeispiel für die Konstruktion kultureller Identität. Im Abwehrkampf einer „Selbstabschaffung“ Deutschlands und vermeintlich von einer internationalistischen und individuellen Perspektive bedroht, gibt diese Gruppe die Wacht am Rhein – und bedient rassistische Ressentiments. AfD und Pegida, alle ihre Ableger, Verzweigungen und Abspaltungen stoßen ebenfalls ins Horn der Neuen Rechten<sup>4</sup>. Und auch das neu geschaffene Heimatministerium reaktiviert eine gespenstische Vorstellung von homogener Gruppenidentität.

### **Kollektiv-Identität: Heimat in unheimlicher Welt**

Immer dann, wenn eine „Krise der Identität“ angenommen wird, kocht das Konzept vom Identitätskollektiv hoch – sei es in der Staatenwelt oder innerhalb eines Landes. Im Festhalten des Einzelnen an einem größeren Rahmen wird nie dezidiert deutlich, was Identität eigentlich sein soll. Das braucht es offensichtlich auch nicht, denn findet sich die Horde erst einmal unter ihrer Standarte zusammen, fühlt

<sup>4</sup> Das Denken dieser „Neuen Rechten“ ist Jahrzehnte alt, in Frankreich gibt es die Nouvelle Droite seit den 1960ern.

schon jeder, was Sache ist. In Europa verfolgen derzeit circa 30 Regionalparteien separatistische Bestrebungen, die sich alle um die Bewahrung ihrer kulturellen Identität bemühen. Auch im Jargon der Mitte, der derzeit wieder hochfrequenter und lauter zu hören ist, kommt die kollektive Identität zum Tragen.

Als positiv gesetzt und unhinterfragt behauptet, aber unbestimmbar, hat die kollektive Identität beste Chancen, weiterhin Dreh- und Angelpunkt öffentlicher Debatten und Scheingefechte zu sein. In seinem lesenswerten Buch zum Thema bringt Lutz Niethammer die Gemengelage aus realen Bedingungen und identitärem Begehren auf folgenden Punkt: „daß es weder Europa noch dessen Nationen mehr in der hergebrachten Weise gibt, sondern daß sie [...] durchsetzt sind von Inseln von Zuwanderern, die sich oft dem späteuropäischen Pragmatismus zugleich sozial ausgesetzt und kulturell überlegen fühlen. Der von ihnen und von Minderheiten in den Mehrheitsgesellschaften beanspruchte Multikulturalismus liegt im Widerstreit mit dem kulturellen Föderalismus der europäischen Nationalstaaten, die mit breiten Mehrheiten noch an Nationalkulturen festhalten, die zugleich immer mehr zur Fiktion werden. In diesem Strudel von staatlicher Souveränität, nationaler Selbstbestimmung, Menschenrechten und kultureller Selbstbestimmung wird kollektive Identität von jedweder Seite eingefordert, denn niemand will ausbuchstabieren, was das bedeutet und wer für die Kosten aufkommt. Meist werden im öffentlichen Diskurs sogar sorgenvoll Identitätskrisen [...] auch für große und komplexe Kollektive ausgemacht, und es wird, zumindest im Subtext, streng ihre Überwindung, das Erwachsenwerden von Nationen und sogar die Rückkehr zu einer festen Identität, angemahnt. Als hätte es die je gegeben.“<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Lutz Niethammer: „Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur“, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 25.

## **A rose is a rose is a rose**

Identität ist ein Begriff aus der Logik und meint dort soviel wie Übereinstimmung, Wesensgleichheit, Kongruenz. Der Soziologe Jürgen Habermas nennt Identität „jene eigentümliche Fähigkeit sprach- und handlungsfähiger Subjekte, auch noch in tiefgreifenden Veränderungen der Persönlichkeitsstruktur, mit denen sie auf widersprüchliche Situationen antworten, mit sich identisch zu bleiben“.<sup>6</sup> Das Wort „eigentümlich“ ist ein bezeichnender Hinweis: Erklären kann Habermas nicht, was Identität exakt meint und wie sie funktioniert. Und doch hat sie sich als für das Subjekt festen Ort des Egos, als eine Art Ichbewusstsein nicht nur im Sprachgebrauch durchgesetzt. Was es heißen soll, wenn man sagt: „Ich bin mit mir selbst identisch“, bleibt dabei ebenso unbeantwortet wie die Frage, was es helfen würde, eine Antwort darauf zu kennen. So leer und unterbestimmt das Konzept ist, so erfolgreich ist es. Es sind die Leere und Floskelhaftigkeit, die Unterbestimmung und Unbestimmbarkeit, die zu Boom und Durchbruch des Identitätsprinzips in öffentlichen Debatten und gerade auch der Politik verholfen haben.<sup>7</sup>

Aus der Bildungs- und Sozialisationstheorie stammend, wurde das Identitätsprinzip neben die personale Einheit alsbald auf Kollektivzugehörigkeiten wie die Nation oder Kultur erweitert. Mittlerweile ist es in vielen Zusammensetzungen und Zusammenhängen gebräuchlich. Der Identitätsbegriff wird zu Surrogat und Substitut für die verlorenegegangene

<sup>6</sup> 1976: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus: S. 93; zit. n. Heinrichs, 1999: „Identität und Geschlecht: Bildung als diskursive Praxis der Geschlechterformierung“ in: Britta L. Behm / Gesa Heinrichs / Holger Tiedemann (Hg.): „Das Geschlecht der Bildung – Die Bildung der Geschlechter“, Opladen 1999, S. 219–37, 221.

<sup>7</sup> Niethammer, s. Anm. 5, S. 37.

Wesensbestimmung des Menschen und damit zur neuen Art der (Selbst-)Legitimation, was gleichfalls für den Gebrauch von kollektiver Identität zutrifft: Sie ist Ersatz „für Gemeinschaft [...] für unsere angeblich ‚natürliche Heimat‘ also, jenen Kreis, in dem wir es stets warm haben, egal wie kalt draußen der Wind bläst. Diese Heimat ist in unserer immer schneller globalisierten, privatisierten und individualisierten Welt nicht zu haben“.<sup>8</sup>

Ist gerade Bildung eine Möglichkeit, auf solche Gemeinschaftssehnsucht mit Verzicht zu antworten, indem sie die Individuen zu selbstbewussten und orientierungsfähigen Menschen gedeihen lässt, die sich für ein Sicherheitsgefühl nicht an Autoritäten binden, so wird gegenwärtig gern von Erziehung und Bildungsinstitutionen verlangt, sie sollen Identität stiften. Viel klarer kann man das Identitätsprinzip als Imperativ zur Verinnerlichung eines von außen herangetragenem Anspruchs, als zwanghaft und unterwerfend, nicht formulieren. Dieses identifizierende, herrschaftsausübende Denken blendet das Andere oder besser: die Anderen als das Fremde nicht nur gesellschaftspolitisch, sondern auch im Individuum selbst aus. „Die Bevorzugung der Eigentümlichkeit, später der Individualität und noch später der Identität [...] trübte den Blick für die auch konstitutive Bedeutung des Fremden bis in unsere Zeit immer mehr.“<sup>9</sup> Diese Auffassung von der gelungenen Identität als wesentlichem Bildungsziel ist einer Perspektive der Harmonie- und Einheitsstiftung verhaftet, gegen die ein Bildungsbegriff zu retten ist, der das Wechselspiel von Selbst- und Fremdwahrnehmung und damit auch die Differenz betont.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Zygmunt Baumann, 2001: „Gemeinschaften“, Frankfurt/M. 2009, S. 23.

<sup>9</sup> Käthe Meyer-Drawe: „Bildung und Identität“ in: Wolfgang Eßbach (Hg.): „wir/ihr/sie – Identität und Alterität in Theorie und Methode“, Ergon 2000, S. 140.

<sup>10</sup> Zum angemessenen Bildungsbegriff siehe Tobias Prüwer: „Humboldt reloaded. Kritische Bildungstheorie heute“, Marburg 2009.

Es gibt keine starre Identitätsform, sondern viele Formen und lose Stränge, die sich im Diskurs über Identität niederschlagen, zu denen sich das Individuum mal ablehnend, mal akzeptierend verhält, die aber nicht fix in ihm verankert sind. Wir leben vielmehr in einer Vielfalt von Welt und Dingen, mit denen wir uns – zeitweilig – identifizieren können oder auch nicht, wir können verschiedene Rollen annehmen und uns in divergierenden Kontexten anders verhalten und bestimmen.

### **Kulturelle Konstanz**

Analog zur personalen Identität stellt auch die Bestimmung einer kollektiven ein Fischen im Trüben dar. Ein wesentlicher Beitrag zu ihrer Idee stammt noch vom NS-Staatsphilosophen Carl Schmitt, der auch ihre Gewaltförmigkeit akzeptierte. Dem Anschein nach harmlosere Wortgebräuche machten die kollektive Identität zur unhinterfragbaren Bezugsgröße einer Menschengruppe. Und die Deckungsgleichheit der Individuen wird oft über eine ebenso schwammige Vokabel, die Kultur, erklärt.

Nationale Identitäten machen einen großen Teil dieser auf dem Papier vollzogenen kulturellen Bestimmung aus. Nationen sind „vorgestellte Gemeinschaften“, wie das Benedict Anderson in seiner gleichnamigen Studie nennt. Wie sich eine Gemeinschaft imaginiert, was sie als Gemeinsamkeiten deklariert, darin unterscheidet sie sich von anderen. „Wie verschieden ihre Mitglieder in Begriffen der Klasse, des Geschlechts oder der ‚Rasse‘ auch immer sein mögen, eine Nationalkultur versucht, sie unter einer kulturellen Identität zu vereinigen, um sie alle als Angehörige derselben großen Familie zu repräsentieren.“<sup>11</sup>

Trotz ihres Konstruktionscharakters gewinnt diese Identität

<sup>11</sup> Stuart Hall: „Rassismus und kulturelle Identität“, Berlin 1994, S. 205.



eine Wirklichkeit, sie wird zu einer Gegebenheit, die so etwas wie eine verbindliche Handlungsanleitung gibt. So gewinnt die identitäre Bestimmung auch für den Einzelnen eine Fatalität, Notwendigkeit und Alternativlosigkeit, die sein Verhalten leitet – als Vereinzelter muss er doch hinter das große Ganze kollektiver Wahrheit zurücktreten. Die wird als ein kollektives qua gemeinsamer geteilter Kultur erlebtes Selbst aufgefasst, „das hinter vielen anderen, oberflächlicheren oder künstlich auferlegten ‚Selbsten‘ verborgen ist, und das Menschen mit einer gemeinsamen Geschichte und Abstammung miteinander teilen.“<sup>12</sup>

Einmal mehr geht es also um die Homogenität, um gleiche Abstammung und Herkunft. Was nicht „identisch“ ist, liegt eben fern von der Norm. In dieser Grenzziehung zwischen einer Gemeinschaft der Gleichen und den Anderen, den sich draußen Befindenden, wird die bestimmende Differenz von innen und außen zur Abweichung vom Eigenen und dem Fremden aufgeladen. Im Annehmen des Kollektivs als identitätsbildend wird den anderen zugleich selbst eine kollektive Identität zugesprochen, die ihr Fremdsein ausmacht. Aus dieser – mindestens – doppelten Essentialisierung werden Menschengruppen als einander notwendigerweise fremd, wenn nicht feindselig, definiert. Diese passen mit ihren „Werte“-Systemen und Überzeugungen, eben ihrer Kultur, einfach nicht zusammen. Diese Wertedimension, die in der Debatte um eine deutsche Leitkultur im Zentrum stand, ist immer wieder der – selten konkretisierte – Bezugspunkt, geht es um die kulturelle Identität. Das sieht man noch, wenn sich Menschen im Rahmen einer Sprachpflege gegen das „undeutsche“ Englisch wenden, dessen globale Sprechergemeinschaft den Untergang des Abendlandes markiere.

Wie kulturelle Identität entsteht, soll kurz an anhand nationa-

<sup>12</sup> Hall, s. Anm. 11, S. 27.

ler Bedeutungsproduktion skizziert werden. Das nationale Ego wird über große Erzählungen gestiftet: zum Kulturgut kanonisierte Literatur und Musik, vor allem die sogenannte Klassik, zum Idealtyp stilisierte Landschaften wie der deutsche Wald, Monumente wie das Brandenburger Tor, Rituale, Symbole, Feiertage. Es geht um eine Herstellung von Tradition und Ursprünglichkeit durch einen Gründungsmythos und einer Genealogie von weit in die Vergangenheit hineinreichenden Institutionen und Werten. Bis heute wird gern Tacitus' Germania als Beschreibung deutscher Ahnen benutzt, gilt die Schlacht im Teutoburger Wald als „Geburtsstunde der Deutschen“. Egal, wie absurd es ist, von germanischen Stämmen angefangen irgendeine Kulturkontinuität ins Heute abzuleiten. „Es ist die Kultur selbst und nicht eine ererbte Ansammlung von Genen, die durch diese Ideologien als unveränderlich dargestellt wird: als ein einzigartiges Wesen, das unversehrt erhalten werden sollte, und als eine Realität, die durch kein Verfahren kulturellen Ursprungs wesentlich modifiziert werden kann.“<sup>13</sup>

Man kann den Prägungen seiner Kultur nicht entinnen, das ist die Botschaft. Waren es mal Blut, Gene oder andere biologische Faktoren, die über einen Menschen bestimmen sollten, so wird dieser nun über seine Kultur definiert. Diese entlässt ihn aber ebenso wenig wie ehemals die „Rasse“. Da, wo man herkommt, ist man derart „verwurzelt“, dass man sich von den lokalen Eigenheiten, Denkweisen, Einstellungen, Talenten nie mehr lösen kann. Laut dieser, auch Kulturalismus genannten, Position ist der Mensch korsettartig verankert. Kulturelle Identität ist wie ein Brandzeichen, sie lässt sich nicht abstreifen. Auf diese Weise werden Menschen, die vielleicht nicht ursprünglich der Nachbar waren, zu Fremden mit

<sup>13</sup> Zygmunt Baumann: „Postmoderne Ethik“, Hamburg 2009, S. 351.

angeborener Andersartigkeit. Sie brächten eine andere Kultur mit, die nicht zur heimischen/autochthonen passt.

Natürlich ist eine solche kulturelle Hegemonie nur eine Fiktion, für die alle Brüche im Eigenen „vergessen“, ausgeblendet und als einheitlich interpretiert werden. Den inneren wie äußeren Zwangs- und Ausschlusscharakter zu kritisieren, bedeutet nicht, zu leugnen, dass Menschen unterschiedliche Überzeugungen, Vorlieben etc. haben können, sondern die Ablehnung einer Überbetonung von unversöhnlichen Differenzen zwischen vermeintlich in Kulturen eingesperrten und zur Kommunikation unfähigen Menschen. Dass sich übrigens der oder die Einzelne selbst über Zugehörigkeitsgruppen definiert, ist nicht ungewöhnlich, aber das Individuum über das Kollektiv zu definieren, tut ihm Gewalt an.

### **Das kollektive Korsett verlassen**

„Wenn wir aufhörten, unsere Geschichte, unsere Interessen, unsere Gegensätze und unsere Gewalt in emphatischen Identitätsformeln zu verbergen“, zieht Niethammer als Konsequenz aus seiner Studie zur kollektiven Identität, „könnte es uns vielleicht leichter fallen, nüchterner und politischer zu denken und uns mit anderen im Handeln zu verständigen.“<sup>14</sup> Gleichberechtigung im Umgang miteinander ist dafür eine Voraussetzung. Es erfordert gegenseitige Anerkennung und Achtung sowie Gerechtigkeit hinsichtlich der Teilhabe am sozialen und politischen Leben. Die Zugehörigkeit zu einer „kulturell definierten kollektiven Lebensform“ darf eben nicht „zur Bedingung für die Garantie der politischen, liberalen, sozialen und kulturellen Menschenrechte des Einzelnen“<sup>15</sup> er-

<sup>14</sup> Niethammer, s. Anm. 5, S. 628.

<sup>15</sup> Thomas Meyer: „Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede“,

hoben werden. Kennzeichnen gerade die Individualisierungsschübe die Moderne, dann sollte man nicht in engmaschig-exklusive Vergemeinschaftungsformen zurückfallen. Ist der emanzipatorische Prozess unabschließbar, dann sollten wir weiterhin die individualistische Karte spielen. Ein auch kultureller Pluralismus, der nicht zur multikulturalistischen Schmetterlingssammlung aufgeblasen ist, könnte ein Rahmen sein für eine Politik, in der es in erster Linie nicht um Kollektive, sondern um Individuen geht.

2.  
HEIMAT



# Über Europäer

## **Der Versuch der EU, eine „europäische Identität“ von oben herab zu erzeugen, schadet der Demokratie**

Im März 2018 vermeldete die Europäische Kommission auf Twitter: „Wir machen die ersten Schritte auf dem Weg zu einem ‚Freien Interrail Pass für Europäer, die 18 Jahre alt werden‘ mit einem Budget von 12 Millionen Euro für 2018. Es wird erwartet, dass über 20.000 junge Menschen von dieser Reiseerfahrung profitieren werden, die dazu beitragen wird, eine europäische Identität zu fördern.“

Die Europäische Identität. Sie ist der Traum aller Berufseuropäer. Die Hoffnung aller postnationalen Politiker. Aber sie ist noch immer ein höchst artifizielles und rares Gebilde. Kann ihr wirklich mit Maßnahmen wie Eisenbahngutscheinen zur gewünschten Ausbreitung verholfen werden? Und was wäre damit gewonnen?

## **Abschaffung des Nationalstaats**

Zu den entschlossenen Vorkämpfern der Europäisierung der Bewohner Europas zählt Ulrike Guérot, Professorin für Europapolitik und Gründerin des European Democracy Lab (EDL). Sie stellt sich die Sache in den „Thoughts of the Week“ der Deutschen Bank so vor: „Der Nationalstaat muss in Europa abgeschafft werden. Denn wir wollen ja eine europäische Demokratie. Deswegen müssen wir verstehen, dass die Nation ja

nicht der Träger von Identität ist. Ich zum Beispiel komme aus dem Rheinland. Vor 150 Jahren waren wir ja noch Sachsen, Hessen, Pfälzer und so weiter. Und wir wurden über die institutionalisierte Solidarität, nämlich im Grunde die Deutsche allgemeine Krankenversicherung zu DEN Deutschen gemacht. Und diesen Prozess sollten wir uns für Europa zunutze machen, dass wir zu DEN Europäern gemacht werden, zum Beispiel, indem wir eine europäische Arbeitslosenversicherung uns geben, und dann haben wir eine europäische Nationenbildung, die auf gleichem Recht beruht. Und das wäre die Zukunft für Europa.“

Hätten wir also schon zwei Ingredienzen für die europäische Identität: Interrailticket und Arbeitslosenversicherung.

So einfach kann es aber nicht sein. Das ist auch der EU bewusst. Deshalb lässt sie forschen. Die Wissenschaft soll herausfinden, wie man „Europäer“ macht. Seit den 1990er-Jahren und dem „5. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung“ ist die Europäische Identität ein Forschungsthema auf der Agenda der Europäischen Kommission. Schon vor einigen Jahren wurde in dem Papier „The Development of European Identity/Identities: Unfinished Business. A Policy Review“ ein Zwischenstand festgehalten.

Die Einzelbefunde diverser EU finanzierter Forschungsprojekte bieten allerlei Hausmannskost für die Cafeteria der EU-Enthusiasten:

- EUROIDENTITIES: „Eine intime Beziehung mit jemandem aus einem anderen europäischen Land und/oder ein Kind eines transnationalen Paares zu sein, wurde in hohem Maße mit dem Gefühl europäischer Identität in Verbindung gebracht.“
- RECON: „Die Teilnahme an grenzüberschreitenden kollektiven Aktionen, wie der Beitritt zu einer sozialen Bewegung oder die Arbeit in einer Organisation mit gemeinsamen



Zielen (z.B. einer Umwelt-NGO), kann ein Gefühl für die europäische Identität fördern.“

- EuNaMus: „Nationale Museen sollten nicht nur als Aufbewahrungsorte historischer Relikte angesehen werden, sondern als Agenten für einen nutzbringenden sozialen Wandel genutzt werden, indem der Mythos der Nation für ein post-nationalistisches 21. Jahrhundert umgearbeitet wird.“
- EURO-FESTIVAL untersuchte die Rolle von Kunstfestivals bei der Schaffung neuer Kulturräume in Europa und empfahl eine „stärkere Präsenz der EU bei Festivals, um das kulturelle Profil der EU in Europa zu fördern und eine wichtige öffentliche Bühne zu unterstützen.“
- CRIC: „Die Entwicklung der europäischen Identität erfordert den Aufbau und die Verfeinerung der Kommunikation zwischen den konstituierenden Gruppen innerhalb der Europäischen Union. Mediation und interkulturelle Verbindungsarbeit in Bereichen wie Frieden und Versöhnung sind wichtige Aspekte dieser Dimension.“
- LINEE: „Mehrsprachigkeit ist eine wertvolle Ressource, die praktische Unterstützung benötigt, einschließlich pädagogischer Techniken, die die Mehrsprachigkeit betonen.“

Im Idealfall sollten sich also polyglotte Europäer auf Kunst- oder Klimaschutzfestivals treffen, sich Gedanken um die Überarbeitung nationaler Mythen machen und gemeinsam Kinder zeugen. (Bei Letzterem scheint das Austauschprogramm ERASMUS einen wichtigen Beitrag zu leisten. Die Initiative #We4Europe teilt mit, dass seit Beginn des Programms 1987 mehr als eine Million „Erasmus-Babys“ zur Welt gekommen seien und ihre Zahl damit bereits die der Zyprer übersteige, was wir wohl als Sieg des Transnationalen über das Nationale bestaunen dürfen.)

Noch besser als die Identitätsforscher und schön prägnant in einem Satz hat der Soziologe Ulrich Beck das Leitbild in einem

Plädoyer für einen „Kosmopolitismus der kommunikativen Öffnung“ schon 2005 formuliert: „Europäisch‘ sind in diesem Sinne ko-nationale Identitäts-, Lebens-, Produktions- und Verkehrsformen, Mehrsprachigkeit, multinationale Netzwerke, binationale Ehen, ‚Ortspolygamie‘, Bildungsmobilität transnationale Karrieren, Wissenschafts- und Wirtschaftsverflechtungen.“<sup>1</sup> Beck sieht das in seinem Plädoyer für einen „Kosmopolitismus der kommunikativen Öffnung“ als Gegenentwurf zu den „überkommenen Einheitlichkeitsvorstellungen“ eines „großeuropäischen Superstaats“, die er zu Recht ablehnt. Nach einer Massenbewegung hört sich das allerdings auch heute noch nicht an. Bei den meisten Menschen wird sich dieses ko-, bi-, multi- und transnationale Leben in Grenzen halten – nicht, weil sie nationalistisch wären, sondern weil ihnen die Möglichkeiten oder auch der Ehrgeiz zum Kosmopolitismus fehlen.

Auf Basis der genannten und weiteren Studien schlägt der Policy Review zwei Modelle der europäischen Identitätsbildung vor. Ein Top-Down-Modell, bei dem die europäische Identität „im Wesentlichen aus den zentralen, etablierten europäischen Werten und deren Ausdruck in der öffentlichen Praxis, insbesondere in der Staatsführung und der Funktionsweise des Rechtssystems“ erwachsen soll. (Mit anderen Worten: Europäisierung durch EU-Mainstreaming der Institutionen der Mitgliedstaaten). Und ein Bottom-Up-Modell, nach dem Identität aus der Interaktion mit anderen und der Erkenntnis entsteht, dass man viel mit ihnen gemeinsam hat. (Mit anderen Worten: Europäisierung der Europäer mittels Interrail und Easyjet.)

<sup>1</sup> Ulrich Beck: „Was zur Wahl steht“, Suhrkamp 2005, S. 64.

## **Europäische Identität als Distinktionsmerkmal für die „Führer von Morgen“**

Letztlich dürfte den meisten Forschern während der Zeit, in der sie ihren Lebensunterhalt mit dem Bemühen um besseres Verstehen der Möglichkeiten europäischer Identitätsbildung bestritten, schnell klar geworden sein, dass man keine allzu große Erwartung an jene gewünschte Chimäre stellen darf.

Am Ende rettet man sich dann in Definitionen wie diese: „Eine europäische Identität ist eine fließende und vielschichtige Form der Zugehörigkeit, die nicht notwendigerweise eine Neuausrichtung des Loyalitätsgefühls oder der Identifikation mit einer bestimmten Nation erfordert oder mit diesem kollidiert; sie ist vielmehr eine Identität, die die eigene nationale Identität ergänzt, verstärkt und bereichert.“ Das soll wohl ungefähr bedeuten, dass sich ein Deutscher nach Möglichkeit als europäischer Deutscher und damit ein bisschen besser (bereichert) fühlen soll.

Und man setzt auf Elitenbildung: „Die erste Maßnahme zur Entwicklung und Förderung einer europäischen Identität besteht darin, das Bewusstsein für die Bedeutung einer solchen Identität zu schärfen. Zu diesem Zweck sollte sich die Europäische Union bemühen, Symposien zu veranstalten, die sich der Förderung des Diskurses und der professionellen Zusammenarbeit zwischen europäischen Künstlern, Journalisten, Schriftstellern und anderen Meinungsführern widmen. [...] Darüber hinaus sollte die Europäische Union interdisziplinäre Programme mit ähnlichem Design einrichten, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit junger, hochbegabter Menschen aus ganz Europa zu fördern, die das Potenzial haben, in ihren Disziplinen die Führer („Leader“) von morgen zu werden.“<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Albana Shehai: „How is a European identity significant to the future of the European Union?“, opendemocracy.net, 31.05.2015.

Kurz: Die supranationale Kaste der „Europäischen Führungskräfte“ sollte keine Mühe scheuen, die eigene Reproduktion am Laufen zu halten.

## **Nationalstaat und Nationalismus**

Was wollen die „Europäer“ überwinden? Ulrike Guérot hat es uns gesagt: den Nationalstaat. Und mit ihm die nationale Identität. Aber warum? Weil man offenbar im Nationalstaat den Nährboden oder auch die Trutzburg des Nationalismus sieht. Wo der Nationalstaat verteidigt wird, sind aus Sicht der „Europäer“ Nationalismus und Rassismus nicht weit. Aber das eine hat mit dem anderen wenig zu tun.

Wolfgang Streeck, emeritierter Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, erinnert uns in seinem Essay „Nicht ohne meine Identität? Die Zukunft der Nationalstaaten“: „Die allermeisten Nationen sind genetisch auf das Bunteste zusammengesetzt, und kaum ein Nationalstaat ist ethnisch homogen. Schon Römer, Franken, Langobarden, Bajuwaren begannen als zusammengewürfelte Haufen von Straßenräubern; allgemein verhält es sich mit Nationen, um Bismarck zu paraphrasieren, wie mit Blutwurst und Gesetzen: man möchte nicht unbedingt wissen, wie sie gemacht wurden.“ Und weiter: „Nationalstaaten, im Unterschied zu Nationen, sind Institutionen. Konstituiert werden sie nicht durch Abstammung, sondern durch politische und soziale Bürgerrechte, insbesondere Rechte auf demokratische Beteiligung.“

Der moderne Nationalstaat ist somit dem Nationalismus schon doppelt entkommen: erstens durch die Diversität seiner Bewohner. Und zweitens durch die demokratischen Rechte seiner Bürger. Und genau die sollten wir verteidigen und nicht leichtfertig gegen eine europäische Identität eintauschen.

Wenn „Europäer“ heute die Auffassung vertreten, die EU sei der Weg zur Überwindung des Nationalismus, so sind sie entschieden auf dem Holzweg. Wie Streeck ausführt, sind fast alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union dieser nicht beigetreten, um ihre nationale Souveränität an sie abzugeben, sondern, im Gegenteil, um sie – als „Herren der Verträge“ – zu verteidigen oder überhaupt erst voll zu verwirklichen – siehe Irland, Dänemark, die Niederlande und Luxemburg, Finnland, die baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Tschechien usw. Dass da und dort dabei auch nationalistische Töne vernehmlich werden, ist selten Überrest aus irgendwie voreuropäischen dunklen Zeiten, sondern meist Reaktion auf die systematische Schwächung staatlicher Selbstbestimmung der Länder durch die EU.

Noch einmal Streeck: „Europa wird nicht dadurch geeint, dass es die Außenpolitik zwischen seinen Mitgliedstaaten in die Innenpolitik eines europäischen Superstaats überführt; im Gegenteil wird es dadurch gespalten. [...] Als Verständigungs- und Solidargemeinschaften, als soziale Orte von Konflikten und Kompromissen, als Garanten kultureller Vielfalt nach innen wie außen sind die Staaten Europas unentbehrlich.“

### **Nationale Identität versus Neotribalismus**

Wenn wir Nationalstaaten als Garanten kultureller Vielfalt und nicht als Nährboden des Nationalismus sehen, erscheint es als positive Entwicklung, dass die Anzahl der Nationalstaaten im letzten Jahrhundert deutlich gestiegen ist, von 1900 bis heute in Europa von 22 auf 47 und weltweit von 50 auf 193. Die Welt ist dadurch keinesfalls nationalistischer geworden. Denn das Entscheidende am modernen Nationalstaat ist der Staat, nicht die Nation. Und was „Europäer“ überwinden wol-

len, wenn sie Supranationalität anstreben, sind nicht die Nationen, sondern es ist die Staatlichkeit. Genauer: eine demokratisch verfasste Staatlichkeit, die auf der Idee des Staatsvolks als Souverän in einem abgegrenzten Territorium fußt.

Die europäische Identität ist eine konstruierte Identität, die man im Gegensatz zur nationalen bewusst wählt. „Ich betrachte mich als Europäer, aber ich bin nun mal hier geboren und lebe auch gerne hier“, sagt ein Pulse-of-Europe-Aktivist. Deshalb sei er „deutscher Europäer“. In den zehn Thesen der Pulse-of-Europe-Bewegung heißt es: „Vielfalt zu erhalten, regionale und nationale Identitäten zu erhalten, muss europäisches Programm sein.“ Auch das zeigt: Der eigentliche Angriff zielt nicht auf die Nation, sondern auf den Nationalstaat, der als irgendwie überholt gilt. Wer sich als „Europäer“ betrachtet, bringt damit zum Ausdruck, dass er sich abgrenzen will von anderen, die das noch nicht kapiert haben. Indem er sich zum „Europäer“ ernennt, wird er Mitglied einer Gemeinschaft derer, die erkannt haben, dass der Nationalstaat nicht mehr up to date sei, weil unter ihm die internationale Konkurrenzfähigkeit leide, das Reisen erschwert, das Telefonieren verteuert werde usw.

Neue postnationale, identitätsstiftende Gemeinschaften definieren sich im Gegensatz zu soziokulturell bunt gemischten nationalen Bevölkerungen über ganz bestimmte Eigenschaften wie sexuelle Ausrichtung, Weltanschauung oder Lebensstil und in Abgrenzung zu Gruppen mit anderen Eigenschaften. Das trifft auf die LGBT usw. Communitys zu. Es trifft auf andere Minderheiten zu, die Wert legen auf einen Opferstatus und besonderen Schutz. Es trifft auf Gruppen zu, die sich über Kultur, ethnische Herkunft, körperliche Merkmale usw. definieren. Es trifft auf neonationalistische, identitäre Bewegungen zu. Und es trifft auf Dschihadisten zu. (Auch das Bekenntnis zum Islamismus ist nicht das Ergebnis von tradiertem Religionszugehörigkeit, sondern eine fatale, selbst gewählte Zuordnung von identitätssuchenden Menschen sehr unterschiedlicher

religiöser, nationaler und sozialer Herkunft.) Es trifft auch auf soziokulturell homogene kosmopolitische Eliten wie die „Europäer“ zu, die sich gegen das gemeine Volk abgrenzen. Solche Abgrenzungen sind immer mit der Gefahr oder Tendenz der Beanspruchung einer Sonderstellung in der Gesellschaft, Lobbyismus und der Abwertung anderer Gruppen verbunden.

Der britische Autor John Laughland schreibt in seinem Buch „The Tainted Source. The Undemocratic Origins of the European Idea“, wie eine Identitätspolitik in Hinblick auf Minderheiten mit dem Angriff auf Staatlichkeit einhergeht: „[...] die Doktrin der Minderheiten selbst, ob sie nun national oder religiös sind oder was auch immer, steht per definitionem im Widerspruch zum traditionellen Konzept der Staatsbürgerschaft und damit der Staatlichkeit. Ein Individuum hat zahlreiche Qualitäten – Geschlecht, Religion, Sprache usw. –, während ein gut entwickelter Nationalstaat selbst eine politische Identität hat, die all dies transzendiert und Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenbringt. Sie akzeptieren gemeinsam die Autorität des Staates, in dem sie leben, sie zu regieren und Streitigkeiten zwischen ihnen zu entscheiden.“<sup>3</sup>

Nationale Identität in modernen Staaten ist daher einer universalistischen Weltsicht näher als die der postnationalen Kosmopoliten, deren Selbstbild eher das des weitgereisten Weltverstehers ist als das eines moralisch motivierten Weltbürgers. Der von den „Europäern“ propagierte Supranationalismus erscheint eher als eine Spielart des Neotribalismus. Man fühlt sich als Angehöriger einer überlegenen kosmopolitischen Kultur. Deutscher wird man, indem man nach Deutschland einwandert und sich einbürgern lässt. „Europäer“ wird man, indem man schon immer in einem europäischen Land gelebt

<sup>3</sup> John Laughland: „The Tainted Source. The Undemocratic Origins of the European Idea“, Third Edition, Kindle Edition 2015, Pos. 4747.

hat und ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer supranationalen Elite entwickelt. Dem „Europäer“ ist Ungarn, Deutschland, Griechenland oder Frankreich nicht gut genug.

Im Nationalstaat ist man nicht Stammesbruder oder Gleichgesinnter oder Opfer oder Elite, sondern Bürger. Nationale Identität beruht damit nicht auf Biologie oder Ideologie oder Religion, sondern auf demokratischer Teilhabe. Dem durch Interrail und Ortspolygamie zu erschaffenden „Europäer“ steht diese Form der Zugehörigkeit nicht in Aussicht. Er muss sich mit postnationalem Überlegenheitsgefühl begnügen. Nationale Identität entspricht dem Staatsbürgertum. Deutscher ist, wer hier wählen geht. Deshalb ist ein liberales Einbürgerungsrecht so wichtig für die Integration.

Doch auch dies sei gesagt: Ein Deutscher, der sich Wunder was auf sein Deutschsein einbildet, ist nicht besser als ein Europäer, der sich in seiner postnationalen Gesinnung suhlt.

### **Identität und Demokratie**

Natürlich greift es zu kurz, wenn man „Europäern“ pauschal Elitismus vorwirft. Einigen nehmen wir den Wunsch ab, die Bewegung zu vergrößern und letztlich 500 Millionen Menschen zu guten „Europäern“ zu machen. Oder sie wollen einfach nur für die Völkerverständigung eintreten, wollen „gegen rechts“ sein. Das Problem ist, dass sie nicht erkennen, welchen Preis sie dafür verlangen.

Hier zeigt sich dann das zweite und eigentliche Problem. Der Preis des Supranationalismus ist der Verzicht auf das, was den Nationalstaat politisch so erfolgreich macht: die Demokratie.

Der britische Ökonom Bill Mitchell und der italienische Schriftsteller Thomas Fazi weisen in einem Beitrag für den



Blog Makroskop<sup>7</sup> darauf hin, dass die dunkelste Periode Europas gerade nicht durch nationalen Beharrungswillen geprägt war: „Wie wir alle wissen, endete das dystopische Wunschdenken der Nazis von einem Vereinigten Europa (unter deutscher Oberherrschaft) in einem Alptraum von Tod und Zerstörung. Ein Alptraum, der nicht durch die Irrationalität und Unordnung des Nationalstaatssystems ausgelöst wurde, wie dies die Föderalisten der Nachkriegszeit später behaupten, sondern durch Hitlers wahnhaften Versuch, eben jenes System zu vernichten.“

Ausführlich schildert auch John Laughland in oben zitiertem Buch, wie Nationalsozialisten und Faschisten das Ideal eines Vereinigten Europas propagierten. Natürlich sind heutige „Europäer“ in keiner Weise mit Nazis zu vergleichen. Diese Unterstellung liegt Laughland fern. Doch auch heute ist der Traum von der Überwindung des Nationalstaats keineswegs eine fortschrittliche Einstellung. Geträumt wird er nicht zuletzt auch von den Islamisten, aus deren Sicht Nationalstaaten ein Verrat an der Idee der weltweiten Gemeinde der Muslime, der Umma, sind.

Nationale Identität in ihrer vorherrschenden Form, also sich irgendwie als Deutscher oder Brite oder Franzose zu sehen oder zu fühlen, hat heute nichts mit Nationalismus zu tun – von ein paar Ausnahmen abgesehen. Sie hat nichts mit (rassistischer) Überlegenheitsideologie zu tun. Zwar gibt es auch heute Zeitgenossen (mit ökologischem Sendungsbewusstsein), die glauben, am deutschen Wesen müsse die Welt genesen. Doch eine ernste Bedrohung für Nicht-Deutsche geht auch von diesen zumindest nicht unmittelbar aus. Trotz AfD-Präsenz im Bundestag sind Blut-und-Boden-Deutsche definitiv und Gott sei Dank eine verschwindende Minderheit, die in diesem

<sup>7</sup> Bill Mitchell und Thomas Fazi: „Zur Verteidigung der Staatssouveränität“, Makrosko.eu, 26.01.2018.

Staat nichts zu sagen hat. In Ermangelung echter Nationalisten werden inzwischen „Dunkeldeutsche“ erfunden. Und sogenannte „Biodeutsche“, die der Grünen-Politiker Cem Özdemir in die Debatte einführte<sup>5</sup>, um sich über Rechtspopulisten lustig zu machen, erhalten qua Abstammung das Prädikat nationalistischer Gesinnung.

### **Zugehörigkeit oder Abgrenzung?**

Wie der britische Journalist Tom Slater<sup>6</sup> sagt, entspringt Nationalbewusstsein heute dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und nicht dem Bedürfnis nach Diskriminierung. Das unterscheidet die nationale Identität von anderen, postmodernen Identitäten, die auf ethnischen Ursprung, Geschlecht, sexuelle Präferenz usw. rekurren. Vielen geht es in erster Linie um Anerkennung, was okay ist, damit verbunden allerdings auch um Sonderbehandlung, was problematisch ist.

Der Nationalstaat ist ein Gefäß (Melting Pot), das sich in besonderer Weise zum Zusammenwachsen eignet. „Während jede Nation von ihrer eigenen Geschichte und ihrem Mythos durchdrungen ist, bietet sie eine gemeinsame Basis für bisher getrennte Gruppen, sich zu vermischen und eine neue Gesellschaft zu bilden“, schreibt Slater.

Inwieweit Menschen mit Immigrationshintergrund, insbesondere ab der zweiten Generation, ein nationales Zugehörigkeitsgefühl im Einwanderungsland entwickeln, ist das Maß für gelingende Integration. Und es ist auch ein Maß dafür, als wie kulturell offen die jeweilige nationale Identität wahrgenommen wird.

<sup>5</sup> Fabian Köhler: „Ist biodeutsch nur ein anderes Wort für Arier?“, bento.de, 06.06.2017.

<sup>6</sup> Tom Slater: „The paradox of patriotism“, Spiked Online, 01.03.2018.

Wenn sich Immigranten gleichzeitig weiter ihren Wurzeln verbunden fühlen, ist das nicht notwendig ein Problem. Ein Italiener, der seit 40 Jahren in Stuttgart lebt und sagt, im Herzen sei er Italiener geblieben, ist deshalb kein italienischer Nationalist. Er ist auch kein Beweis für missglückte Integration. Konflikte entstehen erst, wenn Identität in Identitätspolitik umschlägt. Das ist dann der Fall, wenn der Zugezogene (oder andere für ihn) eine Sonderbehandlung verlangt. Wenn er etwa behaupten würde, man diskriminiere ihn, weil es in der Werkskantine beim Daimler keine Pizza gebe. Oder wenn er forderte, dem Deutschen, hier in Gestalt eines Schwaben, sei es gerade zu verbieten, in der Werkskantine die Pizza anzubieten, weil dieses einer illegitimen Aneignung eines italienischen Kulturgutes gleichkomme.

Anders verhält es sich bei der europäischen Identität. Europa ist kein Melting Pot, Europa ist nicht wie die USA „A Nation of Immigrants“, wie es John F. Kennedy 1958 in seinem gleichnamigen Buch formulierte. Bei der europäischen Identität geht es weniger um Zugehörigkeit als über die Jahre Ankommenden. Denn Europa ist keine (Einwanderer)Nation, sondern ein multizentrisches und pluralistisches Gebilde aus einer Vielzahl von Nationalstaaten, für das Hitler die abfällige Bezeichnung „Kleinstaatengerümpel“ fand.<sup>7</sup>

Es geht auch nicht in erster Linie um Anerkennung. „Europäer“ sehen sich nicht als unterdrückte Minderheit, die um Behauptung kämpfen und Opferstatus reklamieren muss. Sie sehen sich eher als Elite.

Bei der europäischen Identität geht es am ehesten um Abgrenzung. Sie hat einen primär diskriminatorischen Charakter.

Abgrenzung gegenüber den anderen weltpolitischen Playern: China, Amerika, Russland. Sie werden als kulturell anders und als Wettbewerber im globalen Verteilungskampf

<sup>7</sup> Zitiert nach Laughland, a.a.O., Pos. 316.

gezeichnet. Und Abgrenzung gegenüber den eigenen Mitbürgern der europäischen Mitgliedsländer, die an ihrer nationalen Identität festhalten und deshalb von den Wahleuropäern als rückständig und moralisch minderwertig betrachtet werden – von ihrer oft fehlenden Eignung zum polyglotten Kosmopolitismus und fehlenden finanziellen Mitteln für einen ortsungebundenen Lebensstil ganz zu schweigen. Und nicht zuletzt auch Abgrenzung gegenüber denen, die nach Europa einwandern wollen. Hier unterscheidet sich die europäische Gesinnung nicht von einer nationalen. So wie mancher Deutsche Freizügigkeit nur innerhalb der Bundesrepublik gutheißt, so sieht auch die Praxis der EU die Freizügigkeit als rein inner-europäische Angelegenheit und Verpflichtung an.

„Europäer“ fühlen sich nicht als Opfer. Aber sie fühlen sich bedroht. Bedroht durch Demokratie, die sie nur noch als „Populismus“ wahrnehmen. Als Zufluchtsort erscheint ihnen die EU mit ihren vor zu viel Demokratie geschützten Institutionen, dem Europäischen Rat, dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission. Im besten Fall glauben sie mit Jürgen Habermas an eine „transnationale Rettung der auf nationaler Ebene gefährdeten Demokratie“ in einer „supranationalen Mehrebenendemokratie“<sup>8</sup>. Sehr viel häufiger erscheint ihnen wohl Demokratie mit dem Volk als Souverän einfach als nicht mehr zeitgemäße Zumutung.

Das Europa der Nationen ist ein bunter Haufen mit Meinungs- und Interessenvielfalt. Das Europa der EU ist ein entpolitizierter, gut durchorganisierter Global Player unter der „Governance“ echter „Europäer“. Das Streben nach Größe und der Wunsch, eine internationale Macht zu sein, ist offensichtlich bei „Europäern“ deutlicher ausgeprägter als bei Nationalisten,

<sup>8</sup> Jürgen Habermas: „Drei Gründe für ‚Mehr Europa‘“, in: Jürgen Habermas: „Im Sog der Technokratie“, Suhrkamp 2013, S. 136.

die sich heute mit ihrer immigrationsfeindlichen Trutzburghetorik eher defensiv präsentieren.

## **Deutsche „Europäer“**

Die spezifisch deutsche Sehnsucht nach europäischer Identität hat, leicht nachvollziehbar, ihre Wurzeln in der Nachkriegsgeneration. Der US-Historiker Dan Diner sagt: „In der Bundesrepublik war man begeisterter ‚Europäer‘, weil man kein Deutscher mehr sein wollte, und wahrscheinlich zu Recht kein Deutscher mehr sein konnte, nach allem, was geschehen war.“<sup>9</sup> Wenn sich also deutsche Rentner gerne als Europäer sehen, so muss man daraus nicht unbedingt auf eine elitär kosmopolitische Einstellung schließen.

Doch die Europabegeisterung der Deutschen beschränkt sich nicht auf diese Generation. Außer in Brüssel begegnet man „Europäern“ heute offenbar vor allem in Deutschland. Der folgende Tweet illustriert ganz gut den gegenwärtigen Stand der Bemühungen zur Förderung europäischer Identität:

„Woher kommen Sie?“

„Ich bin Italiener.“

„Ich Pole.“

„Ich komme aus Finnland.“

„Ich aus Irland.“

„Ich bin Europäer!“

Alle: „Ah, ein Deutscher.“

Bei jüngeren Menschen sollten wir skeptischer sein. Die vermeintlich fortschrittlichen, postnationalen „Führer von morgen“ erweisen sich bei näherer Betrachtung nicht selten als naive oder arrogante Technokraten.

<sup>9</sup> Dan Diner: „Die Europäer haben das politische Denken verlernt“, in: Jungle World, 30.03.2017.

Nationalismus und völkische Überlegenheitsfantasien sind Mist. Nationale Identität, wie wir sie heute in der Regel antreffen, ist dagegen harmlos, mitunter dem universalistischen Denken näher als der EU-Patriotismus und daher dem antidemokratischen Elitismus überzeugter „Europäer“ vorzuziehen.

# „Die Kosmopoliten müssen ihre kulturelle Arroganz ablegen“

**Der Sozialwissenschaftler  
Michael Zürn über die politischen Konfliktlinien  
einer globalisierten Welt**

*Herr Professor Zürn, Sie sind Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Gemeinsam mit dem Sozialwissenschaftler Ruud Koopmans und dem Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel leiten Sie das Forschungsprojekt „Die politische Soziologie des Kosmopolitismus und des Kommunitarismus“. Worum geht es dabei?*

MICHAEL ZÜRN: Zu Beginn des Projekts, vor über fünf Jahren, hatten wir den Eindruck, dass sich eine neue Konfliktlandschaft nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in vielen anderen westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern, aber teilweise auch darüber hinaus herausgebildet hat. Der alte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Links und Rechts, der im Prinzip das gesamte 20. Jahrhundert strukturierte, hat an Bedeutung verloren. Dieser Gegensatz beruhte einerseits auf sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die sich für einen starken Staat und Marktregulierung und Umverteilung einsetzten, und andererseits eher konservativen und liberalen Parteien, die für möglichst viel Markt und möglichst wenig Staatseingriffe plädierten. Dafür ist eine andere Konfliktlinie entstanden, bei der es nicht mehr um das Verhältnis von Markt und Staat, sondern um die Bedeutung von Grenzen geht. Die-

jenige zwischen, wie wir sie nennen, Kosmopoliten und Kommunitaristen.

*Können Sie beide Gruppen vorstellen? Fangen wir mit den Kosmopoliten an:*

Die beiden Gruppen können an Hand dreier Dimensionen beschrieben werden: einer sozialstrukturellen, einer politisch-ideologischen und einer organisatorischen. Kosmopoliten sind ideologisch betrachtet die Gruppe, die sich in der Tendenz eher für offene Grenzen sowohl für Menschen als auch für Kapital und Güter einsetzen, die für universell gültige Individualrechte eintreten und den Transfer politischer Kompetenzen auf die europäische und globale Ebene befürworten. Sozialstrukturell gesprochen sind das häufig Globalisierungsgewinner: Menschen, die besser verdienen und gebildet sind, häufig mehrere Sprachen sprechen und eine internationale Orientierung aufweisen – also über sehr viel transnationales Sozialkapital verfügen. Organisatorisch stehen sie, idealtypisch gesprochen, grünen Parteien nahe, aber auch dem internationalistisch ausgerichteten, liberalen Flügel von konservativen oder sozialdemokratischen Parteien.

*Und was kennzeichnet die Kommunitaristen?*

Auf ideologischer Ebene betonen Kommunitaristen die normativen Bedeutungen von Grenzen. Ihrer Auffassung nach bedarf es der Grenzziehung, um überhaupt Demokratie und Gerechtigkeit verwirklichen zu können. Demokratische Politik erfordert in ihren Augen eine nationale Gemeinschaft und einen Demos. Im Zweifel wird die Mehrheitskultur höher gewichtet als universelle Individualrechte. Der Transfer von politischer Autorität jenseits des Nationalstaats wird kritisch gesehen. Sozialstrukturell betrachtet handelt es sich eher um Globalisierungsverlie-



rer: Menschen mit mittleren und niedrigeren Einkommen, etwas geringerer formaler Bildung als die Kosmopoliten, Leute, die nicht als Studenten oder Berufstätige ein, zwei Jahre im Ausland waren – kurzum: Menschen mit weniger transnationalem Sozialkapital. Sie organisieren sich vor allem im eher nationalen Flügel christdemokratisch-konservativer Parteien, aber auch im eher nationalen Flügel von sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien und, leider vor allem, in rechtspopulistischen Parteien.

*Der von Ihnen eingangs erwähnte Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wurde vor allem in der politischen und ökonomischen Arena ausgefochten. Der Konflikt zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen hingegen scheint für mich vor allem ein kultureller Konflikt zu sein. Wie ist Ihre Einschätzung?*

Es gibt in den Sozialwissenschaften hierzu zwei konkurrierende Sichtweisen: Die erste zielt auf die wachsende materielle Ungleichheit und ist somit eine ökonomische Erklärung. Die andere nimmt eher kulturelle Faktoren in den Blick. Die ökonomische Perspektive kann schon eine ganze Menge erklären. Wie ich dargelegt habe, gibt es systematische Differenzen zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern und systematische Differenzen zwischen höheren und niedrigeren Einkommenschichten. Allerdings bleibt bei diesem Ansatz manches fraglich, so zum Beispiel der Umstand, wieso sich Globalisierungsverlierer an rechtspopulistische und nicht etwa an linkspopulistische Parteien wenden, die unmittelbar mehr sozialen Schutz versprechen. Ebenso erklärt der Ansatz nicht, wieso das Potential rechtspopulistischer Wähler in fast allen OECD-Ländern – ganz gleich ob in Skandinavien mit nach wie vor begrenzten Ungleichheiten oder in neo-liberalen angelsächsischen Gesellschaften – irgendwo zwischen 15 und 30 Prozent liegt. Auch aus diesen Gründen erfährt der kulturelle Erklärungsansatz in den Sozial-

wissenschaften etwas mehr Unterstützung. Hierbei geht es vor allem um ethische Überzeugungen und die Zurückdrängung tradierter Werte. Aber auch um die Frage des transnationalen Sozialkapitals. Kann ich mit den Vorteilen, auch kultureller Art, der Globalisierung überhaupt etwas anfangen? Die Betonung des Nationalen, der Heimat, des Kommunitären erscheint hier als eine Abwehrreaktion gegenüber den Erfordernissen einer globalisierten Welt. Auch die starke Betonung von sexuellen und kulturellen Minderheitenrechten durch die Kosmopoliten hat eine kulturelle Abwehrreaktion hervorgerufen. Viele Leute sagen: „Oh, die da oben kümmern sich um gleichgeschlechtliche Toiletten, aber sie kümmern sich nicht um unsere existentiellen Probleme“. Dieser kulturelle Konflikt hat zu einer enormen Polarisierung – auch einem Stadt-Land-Gegensatz – geführt. So hat Hillary Clinton bei der letzten US-Präsidentschaftswahl in den zehn größten Städten der USA über 80 Prozent der Stimmen erhalten, Trump in vielen ländlichen Regionen über 90 Prozent. Solche Zahlen gab es zu Zeiten des alten Rechts-Links Konflikts nicht. Selbst in Passau ist die CDU fast nie über 70 Prozent gekommen, aber auch die SPD hat in Duisburg oder Gelsenkirchen kaum über 60–65 Prozent erreicht.

*Gibt es weitere Hintergründe für diesen Konflikt?*

Ja. Fraglos spielen sowohl ökonomische als auch kulturelle Faktoren eine Rolle. Aber ich würde gleichzeitig noch eine dritte Dimension hinzufügen: nämlich eine politische. Der Bedeutungszuwachs internationaler Institutionen, wie der EU, aber auch von nicht-majoritären Institutionen, wie Zentralbanken oder Verfassungsgerichten, hat in den eher kommunitaristisch orientierten Teilen der Bevölkerung ein verstärktes Gefühl der politischen, nicht nur der kulturellen, Exklusion und Machtlosigkeit hervorgerufen. Dies hat damit zu tun, dass in diesen Institutionen die kosmopolitische Position besonders stark

ausgeprägt ist – stärker noch als in den Parteien. Insofern entsteht bei vielen Menschen der Eindruck, sie wären von diesen nicht-majoritären Institutionen ausgeschlossen. Diese politische Erklärung ist meines Erachtens ebenfalls wichtig.

*Sie werfen den Kosmopoliten ein nicht-majoritäres, elitäres Demokratieverständnis vor. Wie genau meinen Sie das?*

Wie bereits erwähnt, geht der Kosmopolitismus mit der Stärkung von europäischen und internationalen Institutionen einher. Es wurden supranationale Institutionen geschaffen, die sowohl nationalstaatliche Institutionen als auch den politischen Wettbewerb zwischen Parteien, die unmittelbar gegenüber der Wahlbevölkerung rechenschaftspflichtig sind, geschwächt haben. Trotz eines Europaparlaments auf EU-Ebene haben wir eine Situation, in der es nur in einem sehr geringen Maß möglich ist, EU-Politik innerhalb des bestehenden politischen Rahmens demokratisch herauszufordern. Wenn Sie beispielsweise mit der EU-Politik in Bezug auf die Finanzkrise oder die Austeritätspolitik gegenüber Griechenland nicht einverstanden sind, haben Sie letztlich nur zwei Optionen: entweder zu sagen „Ich finde die EU schlecht“ oder „Na gut, ich finde die EU gut, also akzeptiere ich deren Politik“. Aus diversen Gründen wurden enorm einflussreiche Institutionen geschaffen, die wichtige Entscheidungen treffen, aber eigentlich dem politischen Wettbewerb entzogen sind. So wurde der Kernbestandteil der majoritären Entscheidungsfindung in den Nationalstaaten – die Parlamente – extrem geschwächt. Gleichzeitig kann die Reaktion auf die Probleme der Entscheidungsfindung in der EU nicht darin bestehen, zu sagen: „OK, dann entscheiden wir eben wieder innerhalb der Nationalgesellschaft, weil die demokratisch ist“. Das würde dem Prinzip der Demokratie auch nicht wirklich dienen. Es gibt Fragen, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Klimawandel, die Grenzen überschreitende Effekte haben. Wenn

z.B. in Amerika Entscheidungen wunderbar demokratisch getroffen werden, diese aber Effekte haben, die Menschen am anderen Ende der Welt betreffen, dann wird natürlich das demokratische Prinzip, wonach alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, auch die Möglichkeit haben sollten, an der Entscheidung mitzuwirken, verletzt. Wir stehen also vor einem normativen Dilemma, aus dem es aus meiner Sicht nur einen Weg herausgibt: Zu versuchen, die internationalen und europäischen Institutionen zu demokratisieren. Der Weg zurück würde bedeuten, auf Technologie zu verzichten, die grenzüberschreitenden Effekte hat, und ich sehe nicht, wie das funktionieren kann. Und dann gilt es auch zu sehen: Die Kosmopoliten sind diejenigen, die die Demokratisierung internationaler Institutionen fordern.

*Heute hört man oft den Satz: „Wir als Demokraten müssen den Populismus aufhalten.“ Dies impliziert ja auch irgendwie, dass Populisten keine Demokraten seien. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, was Sie darüber herausgefunden haben, inwieweit der Demokratieaspekt den Populisten tatsächlich wichtig ist.*

Es gibt populistische Gruppierungen, die es mit der Frage nach der Demokratie in souveränen Nationalstaaten ernst meinen. Gerade der skandinavische Populismus und Rechtspopulismus ist ein Stück weit auch durch das Demokratieargument getragen, von der Sorge, ob kleine Länder als Teil der EU gegen große Länder wie Deutschland und Frankreich überhaupt etwas ausrichten können. Das gilt aber nicht für den Großteil der populistischen Bewegungen. Diesen geht es vor allem um das Zurückschrauben der Globalisierung und den Wunsch der Nicht-Einmischung in den Willen nationaler Mehrheiten. Das ist etwas anderes als authentische, demokratietheoretische Überlegungen. Beim Erfolg der Populisten spielen die oben erwähn-

ten ökonomischen, kulturellen und politischen Dimensionen des Konflikts zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen zusammen und tragen dazu bei, dass die rechtspopulistische Kernbotschaft, die einfachen Leute zu repräsentieren, funktioniert. Dabei hat der Rechtspopulismus im Prinzip zwei Komponenten: eine illiberale, gegen Individualrechte gerichtete und eine anti-pluralistische. Der Mehrheitsbegriff wird in gewisser Weise in Anschlag und Beschlag genommen und dabei gleichzeitig komplett de-prozeduralisiert. Wenn die FPÖ in Österreich etwa ihren Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache auf Wahlplakat druckt und dazu schreibt „Er will, was wir wollen“, dann bringt das genau dies zum Ausdruck: Wir wissen, was die Leute wollen. Und manche, leider immer mehr, Leute glauben, dass die Straches dieser Welt tatsächlich wissen, was sie wollen.

*Sie haben an verschiedenen Stellen die kulturelle Arroganz der Kosmopoliten kritisiert, die zwar viel über kulturelle Vielfalt sprechen, aber gerade mit kulturellen Praktiken der Mehrheitsgesellschaft häufig Probleme haben. Können Sie diesen Punkt etwas genauer erläutern?*

Hinter dem Punkt verbirgt sich der Gedanke, dass viele Dinge, die zunächst mal im Geiste von Toleranz, Offenheit und Pluralismus in den öffentlichen Diskurs getragen worden sind – etwa Formen andersartiger Musik oder kulturelle Vielfalt – inzwischen fast schon zu, im bourdieuschen Sinne, Markern für soziale Distinktion geworden sind. Alle, die noch Volksmusik hören und nicht Weltmusik, alle, die nicht innerhalb des Berliner S-Bahnringes wohnen wollen, sondern lieber in Spandau oder Teltow, alle, die nicht homosexuelle Freunde haben, gelten in den Augen dieser kulturellen Elite schnell als irgendwie komisch und veraltet, sozial weiter unten angesiedelt. Es ist genau diese Art von kultureller Arroganz und sozialer Selbsterhebung, gegen die sich ein Großteil der Wut richtet.

*Der Politikwissenschaftler Mark Lilla vertritt unter anderem in diesem Sammelband die Meinung, linksliberale Identitätspolitik hätte zum Wahlsieg Trumps beigetragen. Auf Deutschland bezogen hat Ihr Kollege Wolfgang Merkel in einem taz-Interview unter anderem die Diskurshegemonie der Kosmopoliten für den Aufstieg der AfD mit verantwortlich gemacht. Was ist Ihre Meinung dazu?*

Ich denke, das spielt eine Rolle, und will einfach nur ein Beispiel nennen. Kurz nachdem die neue rot-rot-grüne Koalition in Berlin stand, war das Erste, was ich aus dem Regierungsprogramm gelesen habe – ich glaube im Tagesspiegel – die Frage der gleichgeschlechtlichen WCs. Das kommt in einer Stadt wie Berlin, wo wir tatsächlich eine Reihe von Probleme haben, die zumindest für die Mehrheit der Leute existentieller sind, nicht gut an. Ich hatte damals Handwerker im Haus, die alle nur den Kopf darüber geschüttelt haben, wieso dieses Thema bei einer Links-Links-Grün-Koalition so weit oben stehen kann. Hier zeigt sich die Diskurshegemonie der Kosmopoliten. So werden existentiellere, materielle Probleme von Angehörigen der Unterschichten nicht mehr ausreichend thematisiert. Aber noch wichtiger ist die bereits angesprochene Arroganz der liberalen Elite. Demnach ist mit der vielzitierten Forderung nach „Toleranz“ nicht gemeint, dass alle so sein dürfen, wie sie wollen, sondern vielmehr, dass gewisse von ihnen gesetzte Standards gelten, wie man zu sein hat oder was man denken soll. Dies ruft eine Gegenreaktion hervor. Soweit mein Eindruck. Leider gibt es relativ wenig Daten zum Thema.

*Was müsste sich in unserer politischen Kultur ändern, damit wir als Gesellschaft wieder mehr dazu kommen, im besten republikanischen Sinne über echte Politik zu streiten?*

Einmal geht es darum, dass die Kosmopoliten ihre kulturelle

Arroganz ablegen müssen. Dann müssen wir die europäischen und internationalen Institutionen, die in den letzten 20 oder 30 Jahren im politischen Prozess an Bedeutung gewonnen haben, wieder für den politischen Wettbewerb öffnen. Ich denke dabei explizit nicht an eine Nationalisierung oder Renationalisierung, sondern vielmehr an eine Demokratisierung und die Einführung von politischem Wettbewerb in diesen Institutionen. Das ist meines Erachtens der zentrale Punkt. Und drittens muss die politische Elite im Zusammenhang mit international ausgehandelter Politik mehr Mut zur öffentlichen Debatte aufbringen. Inklusiv der Bereitschaft, solche diskursiven Gefechte auch mal zu verlieren. Das ist notwendig, um wieder zu ergebnisoffenen politischen Auseinandersetzungen zu kommen.

Das Interview führte Johannes Richardt.

# **„Die Rechte beansprucht für sich das Recht auf Differenz – und kommt damit durch.“**

**Der Historiker Volker Weiß seziert den Partikularismus und das Opferdenken der Neuen Rechten**

*Herr Dr. Weiß, in Ihrem Buch „Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“ setzen Sie sich mit Geschichte und Gegenwart der deutschen Rechten auseinander. Können Sie die wichtigsten Akteure der neuen Rechten nennen und erklären, was diese verbindet?*

VOLKER WEISS: Die „Neue Rechte“ war lange ein Netzwerk aus Autoren, Zeitschriften und kleineren Theoriezirkeln, das sich vor allem um die Wochenzeitung Junge Freiheit sammelte. Die Kreise hatten ein akademisches Profil, begriffen sich als rechte Elite, waren international vernetzt. Sie waren weniger aktivistisch, sondern pflegten ihre Weltanschauung, die sich im Wesentlichen um die politische, kulturelle und gesellschaftliche Rekonstruktion des 1945 verlorenen Deutschen Reiches mithilfe eines „revolutionären“ Konservatismus drehte. Die zentralen Stichworte des heutigen Wutbürgertums finden sich schon dort: der „Verrat“ der Unionsparteien am Konservatismus, der Glaube an die souveräne und selbstbewusste Nation, das Ende einer kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, das Ende der Westbindung und die Restauration von Volk, Religion, Familie etc. Im Unterschied zur alten Rechten mied man jedoch jeden Bezug zum Nationalsozialismus und orientierte sich lieber



an den Autoren eines „Neuen Nationalismus“ der Zwischenkriegszeit. Seit der Jahrtausendwende hat sich das Milieu verbreitert und ausdifferenziert. Heute spielt vor allem das „Institut für Staatspolitik“ mit dem Antaios Verlag und mit der Zeitschrift Sezession eine führende Rolle. Im Zuge der allgegenwärtigen Krisenstimmung gründete sich mit den „Identitären“ ein aktivistischer Flügel. Im Bündnis mit Pegida ließ sich eine Basis erreichen, die man in den Jahren der reinen Theoriearbeit niemals gewonnen hätte. Das gilt auch für einen Autor wie Jürgen Elsässer mit seinem Magazin Compact. Inzwischen wirken weltanschaulich gefestigte Akteure der Neuen Rechten auf die AfD ein, besetzen Referentenposten im Bundestag und organisieren den wutbürgerlichen Unmut. Einige Spitzenfunktionäre wie Björn Höcke, Duzfreund des Antaios-Chefs Götz Kubitschek, haben ihre politische Heimat in der Neuen Rechten. Insgesamt hat die Neue Rechte erfolgreich Kaderpolitik betrieben. Dabei ist der Begriff „Neue Rechte“ nur ein Arbeitsbegriff. In der Neuen Rechten ist vieles ganz alt. Das sieht man auch an der hohen Zahl von Burschenschaftlern in ihren Reihen.

*In Ihrem Buch legen Sie dar, dass es sich beim „Abendland“, dessen Verteidigung in der neurechten Identitätskonstruktion eine zentrale Rolle spielt, um einen Mythos handelt. Inwiefern ist das so?*

Ich zeichne nach, wie „Abendland“ zum politischen Kampfbegriff wurde, der sich als dehnbar erweist. Seine moderne Rezeption setzt in der Romantik ein, seinen Höhepunkt erreicht er im politischen Katholizismus zwischen den Kriegen und dann wieder nach dem Zweiten Weltkrieg, ehe er „Europa“ weichen musste. Es ist daher nur konsequent, dass er in Zeichen der europäischen Krise wiederkehrt. Bemerkenswert ist jedoch, dass der Islam für diesen klassischen politischen Abendland-Diskurs praktisch keine Rolle spielte. Während des Kalten Kriegs positionierte man den Begriff vor allem gegen die Sowjetunion, zu anderen Zeiten

wurde etwa der alte Konflikt der römischen Kirche mit dem byzantinischen Christentum ausgebeutet. Mit der völlig säkularen Strömung auf den Straßen Dresdens, die sich zudem noch positiv auf Putin bezieht, hat all das nichts zu tun.

*Ihrer Auffassung nach geht es der neuen Rechten weniger darum, konkrete politische Vorhaben durchsetzen, als vielmehr auf dem Gebiet der „Metapolitik“ zu punkten. Was ist darunter zu verstehen?*

Traditionell setzten diese Kreise auf die Bearbeitung des „vopolitischen Raumes“, also vor allem auf das Feld der Kultur. Das entsprang einerseits ihrem soziologischen Profil: junge Akademiker der äußersten Rechten, die sich seit Ende der sechziger Jahre als „Neue Rechte“ zusammenfanden. Zum anderen war es Ausdruck einer gewissen Machtlosigkeit, da man der demokratischen Dynamik der sechziger und siebziger Jahre wenig entgegenzusetzen hatte. Doch zielte diese „Kulturrevolution von rechts“, wie das Ansinnen bald genannt wurde, auch auf einen wesentlichen Punkt: Man sah in der Demokratisierung nach 1945 einen fremden Geist in Deutschland wirken, der sich nach 1968 noch verfestigte. Dem setzte man nun den „Kampf um das Eigene“ entgegen, das man mit dem Reich verloren glaubte. Daher auch die obsessive Rede vom „Schuld kult“. Die Realität der deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges bedroht die Legitimation dieses Reichs. Zunächst galt es, erfolgreich eine Debatte um die „eigene Identität der Deutschen“ zu verankern. Konkrete politische Schritte sollten dann folgen, wenn man der Linken ihre – angebliche – kulturelle Hegemonie abgetrotzt hatte. Insofern war das metapolitische Konzept strategisch angelegt. Derzeit erleben wir die nächste operative Stufe: Es werden konkrete Strukturen geschaffen, mit der neurechte Weltanschauung in ganz reale Politik umgewandelt werden kann.

*An einer Stelle im Buch zitieren Sie den Szenevordenker Martin Lichtmesz, der meint, „[a]n Liberalismus gehen die Völker zugrunde, nicht am Islam“. Solch ein Zitat mag den einen oder anderen Leser vielleicht überraschen, weil man heutige Rechte ja sehr stark mit ihrer obsessiven Gegnerschaft zum Islam verbindet. Wie ist diese Aussage zu verstehen?*

Lichtmesz ist ein Beispiel für den epigonalen Charakter des Ganzen. Diesen Satz vom völkerzerstörenden Liberalismus hatte ursprünglich Moeller van den Bruck nach dem Ersten Weltkrieg geprägt. Aber diese Haltung ist in diesen Kreisen gar nicht selten. Man sieht den „Verlust des Eigenen“ als die Ursache dafür, dass Migranten überhaupt nach Deutschland kommen. Wäre die Welt noch in ihrem Sinne geordnet, oben noch oben und unten noch unten, Männer heroisch und Frauen dienend, dann gäbe es ihrer Ansicht diese Phänomene nicht. Die deutschen Frauen bekämen mehr Kinder und es wäre kein Platz für „Fremde“. Eine Autorin der Sezession stellte mit dieser Argumentation sogar das Frauenwahlrecht in Frage. Mit solchen Phrasen bildet diese Rechte eine Entsprechung des Islamismus. Letztlich geht es um eine Abwehr von Humanismus und Aufklärung, die – da sind sich Islamisten und Rechte ebenfalls einig – als westliche Zumutungen gedeutet werden, als Angriffe des Universalismus auf das Eigene. Das Konzept eines überhistorischen Schicksals wird dem der Möglichkeit emanzipierter Subjektivität vorgezogen.

*Wohingegen sich die historische Rechte durch einen stolzen, chauvinistischen und häufig auch expansiv-aggressiven Nationalismus definierte, scheint die neue Rechte vor allem durch Unsicherheit und Ängste in Bezug auf die eigene kulturelle Identität geprägt. Man sieht sich als Opfer von „Islamisierung“, „Amerikanisierung“, „68ern“, „Bevölkerungsaustausch“, „Volkstod“, „Gayropa“ usw. Wie wichtig ist der Opferstatus für das Selbstverständnis der neuen Rechten?*

Der ist zentral und macht dieses Milieu umso aggressiver. Man wähnt sich in einer Notwehrsituation und da ist bekanntlich alles erlaubt. Allerdings galt das bereits für die Rechte nach dem Ersten Weltkrieg. Die gefühlte Defensivposition geht immer mit einer Radikalisierung einher. Nun soll etwas gestürzt werden. Die Rechte wird also revolutionär, wie die politische Essayistik Ernst Jüngers aus den zwanziger Jahren zeigt. Der Kampf um den Backlash kommt meist, nachdem Erfolge in der Rechtsgleichheit erkämpft wurden, für Arbeiter, für Frauen, für Homosexuelle, Einwanderer ... Schon der Antisemitismus blühte im Deutschen Reich nach der rechtlichen Gleichstellung der Juden 1871 erst richtig auf.

*Der Soziologe Frank Furedi vertritt in einem Aufsatz in diesem Sammelband die Auffassung, dass Identitätspolitik heute das öffentliche Leben in westlichen Gesellschaften bestimmt. Ihr bestimmendes Merkmal sei dabei das Kultivieren einer gruppenspezifischen Opferhaltung. Inwieweit ist die neue Rechte – trotz aller Kontinuitäten zur historischen Rechten, die Sie in Ihrem Buch beschreiben – auch ein Kind ihrer Zeit und somit vergleichbar mit anderen identitären Gruppen? Zugespitzt formuliert: Sehen Sie Gemeinsamkeiten zwischen katalanischen Separatisten, Queer-Aktivistinnen und rechten Ethnopluralisten?*

Ich fürchte, diese Renaissance der Identitäten ist auch eine Reaktion auf den Glauben, dass im Konsum alle gleich sind. Nachdem drei Jahrzehnte das Ende der sozialen Kämpfe verkündet wurde, bietet die kulturelle Differenz eine Möglichkeit zur Unterscheidung, ohne den ökonomischen Rahmen zu hinterfragen. Ganz nach dem Muster der Jugendkulturen, die sich gegen die Masse über ihren spezifischen Konsum definiert haben. Wie alle Nationalisten wollen auch Neurechte das Soziale im Nationalen auflösen. Daher teilt sie mit den genannten Gruppen den Partikularismus. Und in unseren postheroischen Zeiten kann

sie auch das Opfer geben, um gehört zu werden. Sie tut es ja oft genug mit Hinweis auf die anderen: „Wenn die Türken in Deutschland nationalistisch und religiös sein dürfen, warum dann nicht auch wir?“ Die Rechte beansprucht für sich das Recht auf Differenz – und kommt damit durch. Journalisten wissen offensichtlich nicht mehr, dass die „Dignität des Besonderen“ bei einem Autor wie Adorno wesentlicher Bestandteil des Denkens war. Sie lassen sich widerspruchslos erzählen, die Rechte sei die letzte Kraft, die für Differenz streite. So einen Unfug hat etwa die Antaios-Autorin Ellen Kositzka einem Redakteur des Freitag verkaufen können.<sup>1</sup> Unter der Parole „Gleichheit ist langweilig“ brachte sie eine der ältesten Propaganda-Legenden der Rechten unter, wonach doch eigentlich die Linke in ihrem egalitären Wahn jede Differenz auszumerzen versuche. Dabei ging es im Kampf um die Emanzipation des Menschen immer um Rechtsgleichheit der Verschiedenen, nicht um Nivellierung. Die Rechte versucht nun, „Differenz“ für sich auszubeuten, indem sie auf die Differenz von Völkern und Kulturen pocht, nicht von Individuen. Das Vorgehen ist uralt und lässt sich schon im Ersten Weltkrieg beobachten. Linkes Vokabular wird völkisch aufgeladen und umgedeutet. Dabei ging und geht rechts nicht um Differenz, sondern um „Ordnungen der Ungleichheit“, wie es Stefan Breuer einmal definiert hat.

*An einer Stelle zitieren Sie Götz Kubitschek, der sich über die Dekadenz der „Heerscharen blinzelnder Deutscher“ beschwert, die „durch ein warmes Wohnzimmer, Nachschub an Nahrung, eine Spielkonsole, Fernseher, DVD-Geräte und die Möglichkeit, folgenlos mit ihrer Freundin zu verkehren“ korrumpiert seien. Dieser Satz erinnert mich an die elitären Vorurteile gegenüber den „falschen Bedürfnissen“ der verblendeten Massen, wie sie von Teilen der Neuen Linken formuliert wurden. Bedienen sich*

<sup>1</sup> Michael Angele im Gespräch mit Ellen Kositzka: „Gleichheit ist langweilig“, in: Freitag, 18.8.2017.

*die neuen Rechten bei ihrer Kulturkritik auch aus dem Repertoire der von ihnen so verachteten 68er?*

Ja, man teilt sich auch den Gestus der Avantgarde, die sich von den Massen absetzen muss. Und da es Konvertiten gibt, hat das eine gewisse Systematik. So ist der Begriff der Entfremdung wieder in die Debatte zurückgekehrt, allerdings weder wie ursprünglich theologisch noch ökonomisch, sondern völkisch aufgeladen. Es gibt auch eine Art Konsumverzicht von rechts, was irritiert, da die Rechte traditionell äußerst wirtschaftsfreundlich war. Aber zur Vorbereitung auf Krise und Ausnahmezustand gehört eben auch die Bereitschaft zum Verzicht. Letztlich sind alle mit dem modernen Liberalismus konfrontiert, wer sich zu diesem in Gegnerschaft begibt, stört sich mitunter an den gleichen Dingen. Ich fürchte, das reicht weiter zurück. Schon Adorno und Spengler stießen sich beide an Symptomen der modernen Massenkultur. Der Unterschied ist nur, wie man die Moderne aufheben wollte – negativ durch vollständige Aufgabe ihrer Errungenschaften oder positiv durch Weiterentwicklung ihrer Potentiale.

*In Ihrem Buch weisen Sie auch auf Gemeinsamkeiten zwischen der ethnopluralistischen Rechten und Islamisten hin. Welche sind das genau?*

Überschneidungen finden sich ganz konkret in Werten und Normen, im Hochhalten von Tradition, Autorität, dem Glauben, überhaupt des Ewigen und Mythischen. Und selbstredend ähneln sich die Geschlechterbilder unter den radikalisierten Konservatismen. Dahinter steht der Glaube an unentrinnbare Zugehörigkeit zum Kollektiv. Die „eigene“ Kultur wird dadurch zum ewigen Schicksal, das Entrinnen aus ihrem Formenzwang führt unweigerlich ins Verderben. Auch der Gegner, der dieses gefährdete „Eigene“ angreift, ist bei Islamisten und Rechten letztlich derselbe. Denn zur Kennzeichnung der eigentlichen Verlustursache

finden sich schnell Begriffe wie „Westextremismus“, „Amerikanisierung“ oder auch Höckes Formulierung vom „induzierten Irrsinn“, der die Deutschen nach 1945 im Griff habe. Der entfremdende Völkerverderber bekommt mitunter sogar noch jüdische Konturen, sei es in der Rede von „Ostküstenbankern“, der Agitation gegen George Soros oder der Aufarbeitung den Vertretern des angeblichen Schuldkultes. Als Ahmadinedschad noch Präsident des Irans war, schrieb er einmal einen Brief an Angela Merkel zur deutschen Vergangenheitsbewältigung. Der hätte wortgleich auch von einem AfD-Mann sein können. Das ist mehr als gemeinsame Feindschaft gegen den Westen. Es wird Zeit, den islamischen Fundamentalismus als eine Spielart des Rechts-extremismus zu begreifen.

*Sie kritisieren einen falsch verstandenen Respekt von Linken und Liberalen gegenüber rückständigen kulturellen Praktiken bei Einwanderern aus muslimischen Ländern und deren Blindheit gegenüber den Gefahren des Islamismus. Dies habe eine „Wahrheit“ des rechtspopulistischen Islamdiskurses geschaffen. Können Sie das genauer erklären?*

Mir geht es darum, dass auch innerhalb des antirassistischen Milieus identitäre und organische Denkmuster zur Anwendung kommen. Zugehörigkeit zu Religionen wird ebenso als schick-salhaft gegeben hingenommen wie deren fundamentalistische Auslegung. Das wirkt mitunter, als könne man Muslimen den individuellen Ausbruch aus einem Kollektiv nicht zugestehen, den man sich selbst aber gegönnt hat. Dabei ist schon diese Kategorie des Muslims recht neu, noch vor wenigen Jahren nahm man Einwanderer primär über ihre nationale Zugehörigkeit wahr, nicht über die Religion.

Mitunter sind es die gleichen Leute, die einerseits auf die gesellschaftliche Determiniertheit der Kategorie „Geschlecht“ hinweisen und andererseits Phänomene wie die „Hijabistas“

begrüßen. Deren Rückgriff auf ein traditionelles Kleidungsstück, das wie kaum ein anderes ja Geschlecht zementiert, gilt plötzlich als „Empowerment“, da es angeblich die Identität einer Minderheit stärkt. Wofür die Tracht noch steht, wird nicht hinterfragt. Ich für meinen Teil kann nicht die „Pink Stinks“-Kampagne gutheißen und mich dann weigern, eine Kleiderordnung zu kritisieren, die Frauen und Mädchen ausschließlich als sexuelle Reize für Männer definiert und daher verhüllen will. Solche Doppelmoral gerade der liberalen Milieus hat es der AfD tatsächlich leichter gemacht, ihre Klientel hat ein feines Gespür dafür. Kurzum, ich wünsche mir eine Rückkehr der Linken zur Religionskritik. Da der Islam schon aufgrund eines relevanten Bevölkerungsanteils der Muslime hierzulande Teil der gesellschaftlichen Realität ist, muss er auch Teil der Kritik sein. Dasselbe gilt auch für den nahezu vollständigen Kollaps der arabischen Welt, politisch, kulturell und ökonomisch. Die Debatte über die maroden Binnenstrukturen dieser Gesellschaften ist überfällig. Linksalternative und liberale Milieus blenden dagegen aus, dass auch Flüchtlinge gesellschaftlich geprägt sind, dass die fatalen Entwicklungen im Mittleren Osten auch Ursachen innerhalb der dortigen Gesellschaften haben, dass es schlichtweg um Politik und Gesellschaft geht, nicht um „Respekt vor Religionen“ oder angeblich unumstößliche kulturelle Formen.

*Sie konstatieren in Ihrem Buch, „der Antirassismus [sei] in eine identitäre Falle“ getappt, und die neue Rechte habe sich diesen Umstand zu Nutze gemacht. Wie meinen Sie das?*

Das ist wie mit den eben diskutierten Partikularismen. Die Rechte hat sich einfach die Kampfbegriffe vor allem aus dem US-amerikanischen Diskurs angeeignet. Wenn sexuelle oder ethnische Minderheiten den Schutz ihrer Identitäten einfordern, dann wollen sie das auch für sich haben. Der neue „White Nati-



onalism“ in den USA, den die hiesige Neue Rechte aufmerksam beobachtet, argumentiert so. Man möchte eine räumliche Segregation, einen „Save Space“ für nichtjüdische Weiße. Die Botschaft nach außen ist einfach: Wenn Ihr die kulturellen Eigenarten der Zuwanderer nicht hinterfragt, dann wollen wir auch keine Kritik mehr an unseren, sondern ebenfalls „Respekt“. Die Rechte hat erkannt, dass dieser Diskurs einer allumfassenden Achtsamkeit das Ende jeder Gesellschaftskritik wäre, das Ende der Linken. Das wäre eine gute Basis zur Regeneration, bis sie schließlich wieder aus der demographischen Defensive kommen und zur „Reconquista“ schreiten könnte.

*Den Identitären – seien es nun rechte Ethnopluralisten oder fundamentalistische Islamisten – setzen Sie ein Bekenntnis zum Universalismus der Aufklärung entgegen – einem Universalitätsanspruch, der dialektisch zu begreifen ist. Können Sie erklären, wie Sie das meinen?*

Die Globalisierung ist technologisch in der Welt und wird sich nicht zurückdrehen lassen. Damit sind auch die Probleme der Welt längst global und lassen sich längst nicht mehr auf der Ebene der einzelnen Nationen lösen. Im Partikularismus droht die Gefahr einer negativen Aufhebung der Aufklärung, eines Rückfalls. Weder ein ernstzunehmender Marxismus noch die Kritische Theorie haben die emanzipatorischen Elemente des Liberalismus bestritten. Es ging um Überwindung, nicht einfach um Zerstörung der bürgerlichen Ordnung. Das Projekt eines selbstreflexiven Fortschritts darf nicht aufgegeben werden. Dabei meine ich keine naive Hymne auf den Westen und die technologische Entwicklung. Die Mahnung, die destruktiven Seiten der hochtechnisierten Zivilisation nicht aus den Augen zu verlieren, gilt heute schon aus ökologischer Perspektive mehr denn je. Aber die notwendige Kritik von Universalismus und Aufklärung kann nicht heißen, in Stammesstrukturen und

magisches Denken zurückzukehren. Es wird kein einfaches „Zurück“ geben, vor allem nicht zu Identitäten, die so ohnehin nie existiert haben.

Das Interview führte Johannes Richardt.

# **Wozu Spanien? Über die Eigenart und Aktualität nationaler Identitäten**

## **Der katalanische Separatismus ist eine historische Sackgasse**

In Katalonien versucht eine Unabhängigkeitsbewegung, die in den vergangenen Jahren eine beträchtliche Stärke gewonnen hat, den Nationalstaat Spanien zu verlassen. Die neue Radikalität des katalanischen Separatismus hat viele Beobachter und Kommentatoren überrascht. Sie waren schnell geneigt, hier eine Art Duell zwischen einem „Volk der Spanier“ und einem „Volk der Katalanen“ zu diagnostizieren. Aber diese Sicht ist zu einfach. Übersehen wird, wie innig Kataloniens Entwicklung mit der Entwicklung Spaniens verbunden ist, und wie wertvoll eine politische Ordnung ist, die eine Koexistenz unterschiedlicher Identitäten ermöglicht. Bevor man eine solche Ordnung einseitig auflöst, sollte man noch einmal gründlicher über die Eigenart nationaler Identitäten in modernen Zeiten nachdenken.

## **Katalonien als Teil Spaniens**

In der Diskussion darüber, was „die Katalanen“ wollen, gibt es einen großen Abwesenden: die spanischen Katalanen. Das sind die Katalanen, deren Arbeit und Leben, deren Alltagsdinge, Informationen, Bekannten- und Freundeskreise überwiegend spanisch geprägt sind. Dabei spielt zum einen das Her-

kommen eine Rolle: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung geht auf die innerspanischen Wanderungen der vergangenen 100 bis 150 Jahre zurück. Zum anderen spielt die heutige Lebensrealität eine Rolle: Es gibt in Katalonien einen großen Komplex von Tätigkeiten, Gewohnheiten und Interessen, die sich auf den Markt oder die öffentlichen Einrichtungen von Gesamtspanien beziehen. Katalanen spielen auch in spanischen Großunternehmen, in der Politik, im Bildungswesen, im Kulturbetrieb eine wichtige Rolle. Hier sind sie im spanischen Maßstab unterwegs, auch wenn sie aus der Region stammen. Das ist so normal, dass es meistens stillschweigend vorausgesetzt wird.

Das spanische Element ist aber auch konkret bedroht. Ein Beispiel ist die Sprachenpolitik in Katalonien, insbesondere im Bildungs- und Kulturbereich. Zunächst war es die katalanische Sprache, die unterdrückt wurde – in den Jahrzehnten des Franco-Regimes war sie vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Nach dem Ende des Regimes bekam die katalanische Regionalregierung die Alleinzuständigkeit in der Bildungs- und Kulturpolitik. Die damalige (in vieler Hinsicht gemäßigte) katalanische Nationalpartei, die dort an die Regierung kam, nutzte diese Alleinzuständigkeit, um der katalanischen Sprache an den Schulen mehr und mehr ein Monopol zu verschaffen. So ist es mittlerweile zu einer merkwürdigen Umkehrung der Sprachhegemonie gekommen. Heute werden fast alle Schulfächer auf Katalanisch unterrichtet, während nur zwei bis drei Stunden pro Woche spanische Sprache und Literatur gelernt wird. Nach Angaben der katalanischen Behörden ist aber Spanisch für 50 Prozent der Bevölkerung die „Identitätssprache“, während hier das Katalanische nur auf knapp 37 Prozent kommt. Die Regionalregierung ignorierte bisher auch Urteile des Obersten Gerichtshofes Kataloniens, der klagenden Eltern das Recht zusprach, dass ihre Kinder mindestens 25 Prozent des Unterrichts auf Spanisch erhalten,

wie Hans-Christian Rößler in der FAZ vom 20.2.2018 schreibt. Diese neue kulturelle Homogenisierung führt zu Benachteiligungen der Spanisch sprechenden Katalanen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere auch in Wissenschaft, Medien und kulturellen Einrichtungen. Zugleich schränkt es die Möglichkeiten der Katalanisch sprechenden Menschen ein, in anderen Regionen Spaniens zu arbeiten. Es entwöhnt sie der Verkehrssprache (der *lengua franca*), die sie dort brauchen.

In der Sprachsituation kommt eine Grundeigenschaft Kataloniens zum Ausdruck. Es ist eine Region mit doppelter Bindung. Auch das spanische Element gehört zur gesellschaftlichen „Basis“ – es ist nicht nur eine autoritäre „Zentralmacht“. Das Leben, die Landschaft, die Arbeit, die Kunst – das alles wird in Katalonien in katalanischer und in spanischer Sprache ausgedrückt. Die spanischen Worte sind nicht weniger einfühlsam und historisch tief mit der Realität Kataloniens verbunden wie die katalanischen Worte. Auf Spanisch (und von spanischen Muttersprachlern) sind literarische Werke entstanden, die den Wert und die Eigenart dieser Region nicht weniger zum Ausdruck bringen als katalanisch-sprachige Werke. Dazu kommt, dass diese Wertschätzung mit der spanischen Sprache in anderen Regionen der iberischen Halbinsel und sogar in anderen Weltregionen präsent ist. Allerdings folgt daraus nicht, dass die Spanisch sprechenden Katalanen das Recht hätten, dem anderen Teil ihre sprachliche Identität aufzuzwingen. Die katalanische Sprache muss geschützt und gepflegt werden. Aber eine umgekehrte Verdrängung der spanischen Sprache aus Katalonien geht auch nicht. Das Sprachproblem ist nicht einseitig aufzulösen. Jede einseitige Lösung liefe darauf hinaus, einen Teil der katalanischen Gesellschaft auszubürgern – und auch einen Teil des kulturellen Reichtums und der Geschichte dieser Region auszubürgern.

Man kann also gar nicht über das Selbstbestimmungsrecht „der Katalanen“ sprechen, wenn man ihre doppelte

Prägung nicht zur Kenntnis nimmt. Erst so kann man das Dilemma verstehen, vor dem hier jede politische Ordnung steht. Man kann dann auch die Bedeutung der Verfassung von 1978 verstehen, die an zentraler Stelle eine Schutzvorkehrung gegen einseitige (und damit zerstörerische) Lösungen der Doppelbindungen im Lande darstellt. Der Artikel 2 der spanischen Verfassung lautet: „Die Verfassung gründet sich auf die unauflösliche Einheit der spanischen Nation, gemeinsames und unteilbares Vaterland aller Spanier, und anerkennt und gewährleistet das Recht auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen, die Bestandteil der Nation sind, und die Solidarität zwischen ihnen.“ Damit beruht die Verfassung auf einer Differenzierung nationaler Zugehörigkeit. Es gibt die eine, unteilbare spanische „Nation“ und es gibt einen Pluralismus von „Nationalitäten“ innerhalb dieser Nation. Durch diese Zweistufigkeit werden Einheit und Pluralismus zusammengefügt. Man kann Spanier sein, ohne seine regionale Nationalität abstreifen zu müssen. Dabei geht es nicht nur um Katalonien, sondern auch um die anderen Regionen mit ihren – mehr oder weniger starken – Identitäten. Spanien insgesamt funktioniert nur durch diese Zweistufigkeit nationaler Zugehörigkeiten. Die Herausbildung einer spanischen Nation als eines übergreifenden und zugleich differenziert gegliederten Zusammenhalts ist eine große historische Leistung, die sich erst allmählich in einer wechselhaften Geschichte herausgebildet hat. Sie hat in der Verfassung von 1978 zu ihrer bisher klarsten und demokratischsten Form gefunden.

Der Separatismus bedeutet also nicht einfach eine besondere Liebe zu Katalonien, sondern eine Vereinseitigung der Region. Wenn „Spanien“ zum Ausland erklärt wird, werden die prägenden „spanischen“ Merkmale aus dem Innenleben Kataloniens ausgeschaltet. Die Jahrhunderte, in denen sich Marktwirtschaft und Verfassungsstaat unter heftigen Konflikten allmählich ausbildeten, hat Katalonien als Teil Spaniens

erlebt und mitgestaltet. Auch der Übergang vom Franco-Regime zur Demokratie wurde nicht etwa in einer Sonderbewegung Kataloniens gegen Spanien errungen. Die sogenannte Transición war ein gesamtspanischer Prozess, dem Katalonien seine weitgehenden Autonomierechte verdankt. Die Zivilgesellschaft, die den politischen Übergang mittrug und die eine befriedende Wirkung auf die alten Feindschaften aus dem spanischen Bürgerkrieg hatte, war eine in ganz Spanien gewachsene Macht und keine katalanische Sondererfindung. Die „Nation der Nationalitäten“ ist also keine papierne Formel, sondern eine realhistorische Errungenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Bildung eines Separatstaates Katalonien wäre demgegenüber ein Rückschritt. Die Kombination unterschiedlicher Bindungen würde wieder rückgängig gemacht. Das wäre mit Verlusten verbunden. Das oben geschilderte Beispiel der Sprachenpolitik zeigt deutlich, dass ein Separatstaat Katalonien eine viel engere Homogenität erzeugen würde, als sie das geltende Zwei-Ebenen-Modell von „Nation“ und „Nationalität“ bietet.

Auch ökonomisch würde die Lostrennung von Spanien einen schweren Einschnitt in die Wirtschaft Kataloniens bedeuten. Zwar gibt es die Erzählung vom „Wirtschaftsmotor Katalonien“, der angeblich den Rest Spaniens antreibt. Die Erzählung läuft darauf hinaus, dass Spanien gar keine Wirtschaftsnation sei, sondern nur ein unproduktiver, parasitärer „Staatsapparat“. Eine Lostrennung würde also gar keinen wirtschaftlichen Einschnitt bedeuten. Die Fakten zeigen ein anderes Bild. Das BIP-Wachstum von Katalonien (2016: 3,5 Prozent) steht nicht so einsam da, wie es den Anschein hat. 2016 hatten elf spanische Regionen über drei Prozent Wachstum. Nur vier Regionen blieben unter dem Wert von 2,5 Prozent. Auch kann man immer wieder lesen, dass Katalonien die exportstärkste Region Spaniens ist. Man vergisst nur hinzuzufügen: Es ist in noch größerem Maß von Importen aus dem Ausland abhängig.

Katalonien ist die Region mit dem zweitgrößten Außenhandelsdefizit in Spanien. Schaut man in die Statistik des inner-spanischen Handels, weist Katalonien mit Abstand den größten Überschuss aus. Die katalanische Wirtschaftsstärke hängt also vom inner-spanischen Absatzmarkt und von der Entwicklung des gesamten Ensembles der Regionen ab. Ziehen wir weitere Daten hinzu, ergibt sich auch keine Sonderentwicklung Kataloniens, sondern eher eine Relativierung seiner ehemaligen Führungsrolle. Der Bevölkerungsanteil der katalanischen Städte an der Bevölkerung der 100 größten spanischen Städte betrug 1991 17,63 Prozent. 2008 war er auf 16,72 Prozent gesunken. Das ist kein dramatischer Niedergang, aber doch eine allmählicher Bedeutungsverlust des einstmaligen großen Bevölkerungsmagneten Katalonien. Und bei den Staatsfinanzen zeigt sich, dass Katalonien keineswegs einen Gegenpol zur spanischen Schuldenkrise bildet: Es ist die am höchsten verschuldete Region Spaniens. Doch sollte man die Situation auch nicht negativ überzeichnen – Katalonien ist und bleibt eine wichtige Region. Allerdings ist es heute nicht weniger, sondern mehr an Spanien gebunden. Die Unternehmensflucht nach Spanien, die seit der drohenden Trennung eingesetzt hat, spricht eine deutliche Sprache.

An diesem Punkt der Darstellung kann eine erste Bilanz gezogen werden: Der katalanische Separatismus beruht auf einer Unterschätzung des spanischen Elements in der Realität Kataloniens. Das gilt für die Verhältnisse in der Region, aber auch für die Bedeutung des „Spielfeldes Spanien“ für die katalanische Wirtschaft, Politik und Kultur. Die Frage ist, wie es zu dieser Unterschätzung kommt. Es muss eine Vorstellung von Identität geben, die wichtige Seiten der Realität ausblendet. Die These dieses Beitrags ist, dass diese Vorstellung nicht etwa eine „nationale Blindheit“ ist, sondern dass sie gar nicht auf der Höhe ist, die moderne nationale Identitäten auszeichnen. Die Wir-Identität, mit der der Separatismus arbeitet, bedeutet



einen Rückschritt gegenüber der sachbezogenen, verantwortungsfähigen, bürgerlichen Identität souveräner Nationen.

### **Die Bedeutung der Nation**

„Nationen“ sind keineswegs selbstverständliche Gebilde, die sich gleichsam „naturwüchsig“ ergeben. Das gilt in zweierlei Hinsicht: Nationen sind nicht bruchlos aus den lokalen, provinziellen Gebilden hervorgegangen und deshalb ist nationale Identität nicht einfach eine vergrößerte Provinz-Identität. Sie setzt einen übergreifenden Zweck voraus, der die Provinz-Identitäten der Abstammung überragt. Sie setzt einen historischen „Sprung“ voraus. Zum anderen sind die Nationen aber auch kleiner und dichter gefügt als die alten Reiche. Sie sind aus Rückbauten hervorgegangen und mussten mit der imperialen Expansionslogik brechen, um sich zu konstituieren. Mit anderen Worten: Nationen sind als Gebilde in einem mittleren Bereich zwischen lokalen und globalen Systemen entstanden. Insofern ist der Begriff der „Heimat“ zu unspezifisch, um die Eigenart des Gebildes „Nation“ zu verstehen.

Dieser mittlere Bereich ist kein rein subjektiver Bereich. Die wesentliche Veränderung, die zur Bildung von Nationen führt, findet in der Dimension des Gegenstands- und Weltbezugs statt. Also in jener Dimension, auf der der Aufstieg des Bürgertums (und später auch der Arbeiterschaft) beruht. Die Dynamik dieser bürgerlichen Säkularität führt nicht – wie ein geläufiges Vorurteil („schneller, höher, weiter“) behauptet – zu einer immer globaleren Weltbeherrschung, sondern zu einer immensen Ausdehnung des mittleren Bereichs zwischen global und lokal. Ihre Logik ist eher intensiv als extensiv. Die Nationen entfalten die gegenständliche Tätigkeit der Menschen und stellen auf dieser Grundlage eine Intensivierung der sozialen Beziehungen dar.

Dazu gehört – vielleicht am auffälligsten – die Industrialisierung und Kapitalisierung der Wirtschaft. Dazu gehört aber auch der Wandel des Staates von personaler Herrschaft zu sachbezogener, demokratisch kontrollierter Herrschaft – Infrastrukturen, rationale Verwaltung, feste Budgets und Budgetkontrolle durch Parlamente. Und ebenso gehört dazu die Ausbildung von Nationalsprachen, weil der alte Dualismus zwischen einer (globalen) Hochsprache – wie dem Latein im europäischen Mittelalter – und lokalen Volkssprachen die neue säkulare Fülle mit ihren Differenzierungen nicht mehr fassen kann. Die nationalen Identitäten umfassen daher immer auch Gegenstände, denn sie gehen aus der Konfrontation mit der gegenständlichen Welt hervor. Sie sind keine unmittelbaren Wir-Gefühle, sondern beruhen auf geschichtlich-weltlichen Entwicklungen und Bewährungsproben. Das schließt die Möglichkeit des Scheiterns ein. Insofern ähnelt die neuzeitliche nationale Identität – im größeren Rahmen – der bürgerlichen beruflichen Identität, die sowohl ein Element der Freiheit als auch ein Element der Bindung – der „Berufung“ – enthält. Die nationale Identität ist keine völlig freie und beliebige Wahl. Die patriotische Bindung enthält rationale Erwägungen und ist doch auch ein unfreiwilliges Schicksal.

Diese Sach-Dimension findet ihren Ausdruck in einem Prinzip des modernen Völkerrechts, das häufig übersehen wird. Gegenwärtig wird vorzugsweise das Prinzip „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ hervorgehoben. Es gründet die Beziehungen der Völker auf ihre subjektive Willensäußerung. Aber ist diese Willensäußerung ausreichend, um ein Selbstbestimmungsrecht zu begründen, dass eine eigene Staatsbildung mit eigenem Territorium einschließt? Denn mit dem Territorium kommt die objektive Dimension der Nation ins Spiel. Das ist notwendig, weil es ohne die Objektivität des Raumes keinen Platz für Arbeit und Leben, für Infrastrukturen, Investitionen und

berufliche Existenzen gibt. Das entscheidende Realitätskriterium fehlt. An diesem Punkt wird auch das Trennungsanliegen des Separatismus kritisch. Es muss einen Schnitt durch real bestehende Beziehungen und Mischungen ziehen – siehe Katalonien. Deshalb gibt es ein zweites Grundprinzip des Völkerrechts, die „territoriale Integrität“. Eine Verletzung der territorialen Integrität bestehender Staaten ist auch unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes völkerrechtswidrig – außer in dem Extremfall, in dem ein Volk von Vernichtung bedroht ist. So wird das objektive Territorialprinzip zum Korrektiv des subjektiven Willensprinzips.

In dieser territorialen Kontinuität ist die Nation eine Form, die eine ganze Gesellschaft trotz Ungleichheiten als Volk konstituieren kann. Die Nation ist auch universell in dem Sinn, dass keine Region der Erde prinzipiell unfähig wäre, Nationen hervorzubringen. Nicht nur die individuellen Menschenrechte sind also eine Universalie, sondern auch die Rechte der Nationen. Und ebenso, wie die individuellen Menschenrechte keine abgeschotteten und gleichförmig-monotonen Monaden hervorbringen, tun dies auch die kollektiven Nationenrechte der Völker nicht. Die Form „Nation“ kann unzählige singuläre Ausprägungen und Geschichten hervorbringen – und damit einen lebendigen Pluralismus.

Hingegen beruhte die alte, vormoderne Welt auf einer hermetischen Grenze zwischen einer bornierten lokalen Welt, in der die Mehrheit der Menschen eingeschlossen und gegenüber allen größeren Mächten entmündigt war. Und einer ebenso bornierten globalen Welt, in der eine weiträumig-oberflächliche Herrschaft sich eingerichtet hatte. Das historische Verdienst der modernen Nationen besteht darin, diese hermetische Grenze durchbrochen zu haben. Das gelang, weil die Nationen einen eigenständigen, gegenständlichen Bereich in der „Mitte“ zwischen lokaler und globaler Welt freilegten und besetzten. So ist die Geschichte der Nationen von einer doppelten

Auseinandersetzung geprägt: Sie mussten sich sowohl gegen die imperialen Großgebilde als auch die lokalen Partikularismen durchsetzen – auch gegen die entsprechenden Neigungen in ihrem Innern.

Spanien ist dafür ein gutes Beispiel. Hier hat sich die Nation in einem doppelten Ablösungsprozess vom global-lokalen System emanzipiert. Erst 1898 verlor Spanien seine letzten Kolonialgebiete und damit seinen Reichscharakter, der bis dahin seinen nationalen Charakter überformt und überschattet hatte. Diesen „Rückbau“ akzeptiert und bewältigt zu haben, ist eine wichtige Leistung Spaniens. Zum anderen war Spanien sehr stark von lokalen und regionalen Identitäten und „Partikularismen“ (Pierre Vilar) geprägt. Sie wurden durch die Ausbildung nationaler Märkte und durch die Entwicklung öffentlicher Infrastrukturen enger miteinander verknüpft. Diese Verdichtung setzte sich erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wirklich durch.

### **Separatismus ist Rückschritt**

Vor diesem Hintergrund ist die neue Welle des Separatismus, die jetzt von Katalonien ausgeht, ein erheblicher Einschnitt und ein überraschender Rückschritt. Das gilt umso mehr, als Katalonien in den ersten Jahrzehnten der jungen spanischen Demokratie eher ein stabilisierendes Element und in seinen Autonomiebestrebungen moderat war.

Es ist nicht Thema dieses Beitrags, die Gründe für das Aufkommen eines neuen Separatismus näher zu untersuchen und zu erörtern. Auffällig ist, dass dieser Separatismus sich wenig mit den wirtschaftlichen Interessen Kataloniens befasst. Dazu gehört auf spanischer Seite, dass die wirtschaftlichen und politischen Eliten durch die Schuldenkrise viel Vertrauen verloren haben. Der Konsens der Transición gilt nicht mehr

ungebrochen. Auffällig bei den Separatisten ist die neue Rolle, die die Bezugnahme auf „Europa“ spielt. Sie wenden sich von Spanien ab, indem sie sehr stark an „Europa“ appellieren und die „europäischen Werte“ als ihre neue Bindung ins Feld führen. Sie appellieren an die EU, als Vermittler mit Spanien aufzutreten, und sehen sich als Vorreiter einer Europäischen Union, die als Superstruktur fungiert – über einer weiten Ebene, auf der eine große Menge von Sub-Einheiten aller Art (Nationen, Nationalitäten, Regionen) als Gleiche nebeneinandergestellt sind.

Dieser europäische Hebel ist jetzt aktuell geworden, seit führende Separatisten – darunter der suspendierte Regionalpräsident Puigdemont – vor der spanischen Justiz nach Brüssel geflohen sind und von dort versuchen, den Separationsprozess zu steuern. Das ist insofern bemerkenswert, als es bisher als Vorzug von Unabhängigkeitsbewegungen galt, dass sie eine besondere Nähe zu „ihren“ Regionen haben. Nun operieren sie von der EU-Ebene und „Brüssel“ aus, die von Katalonien noch weiter entfernt sind als der spanische Nationalstaat und „Madrid“.

Im Rahmen dieses Beitrags sollte versucht werden, die beiden Alternativen, die sich hier gegenüberstehen, klarer zu beschreiben und besser zu verstehen. In dieser Auseinandersetzung geht es nicht einfach um zwei Völker, die im Streit liegen, sondern um zwei Modelle politischer Ordnung und zwei unterschiedliche Formen von Identität. Auf der einen Seite steht das Ordnungsmodell „Nation der Nationalitäten“, das Spanien und Katalonien im Rahmen einer differenzierten nationalen Identität vereinigt. Es basiert im Grundsatz auf der spanischen Verfassung von 1978. Auf der anderen Seite steht die Errichtung Kataloniens als unabhängiger Staat und seine Mitgliedschaft im EU-System – eine homogene katalanische Identität verbunden mit einer allgemeinen europäischen Identität.

Dieses letztere Modell, das Modell des Separatismus, erscheint attraktiv, weil es eine weitgespannte Kombination von Lokalem und Globalem, von Besonderem und Allgemeinem in Aussicht stellt. Aber es hat für den mittleren Bereich, in dem auch in der heutigen Welt der Schwerpunkt der Realwirtschaft, der staatlichen Aufgaben, der demokratischen Kontrolle und des kulturellen Lebens stattfindet, keine Antwort. Hier droht ein großer Verlust und eine Spaltung zwischen Eliten mit „europäischen Beziehungen“ und einer – enger als vorher – in der eigenen Region eingeschlossenen Bevölkerung.

Dieser neue Dualismus ist nicht eine bunte, kühne Vision für eine „vollkommen neue“ Zukunft, sondern erinnert fatal an die alte Welt vor dem Aufbruch in die Moderne. Deshalb plädiert dieser Beitrag gegen eine vorschnelle Verabschiedung der Nation als Ordnungs- und Identitätsmodell. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass das Zeitalter der Nationen nicht von gestern ist, sondern gerade erst begonnen hat. Man sollte zumindest noch einmal in Ruhe versuchen, die Eigenart der Nationen und ihren weltweiten Aufstieg zu verstehen, bevor man sie zum alten Eisen wirft.

# „Multikulturalismus ist eine Form kultureller Apartheid“

**Der karibischstämmige US-Philosophieprofessor  
Jason D. Hill erklärt, warum er sich nicht als Opfer  
weißer Diskriminierung sieht**

*Herr Professor Hill, in Ihrem Buch „We Have Overcome: An Immigrant’s Letter to the American People“ verteidigen Sie den amerikanischen Traum. Was genau hat Sie veranlasst, dieses Buch zu schreiben?*

JASON D. HILL: Zum einen war es eine Antwort auf Ta-Nehisi Coates’ Buch „Zwischen mir und der Welt“, in dem er den amerikanischen Traum als bloßen Teil der Mythologie des weißen Amerikas verunglimpft. Als einen Traum, der auf der Vormachtstellung der Weißen beruht und auf Kosten der Schwarzen verwirklicht wird, einen Traum also, der von Weißen zur Ausbeutung der Schwarzen kreierte wurde. Und ich dachte mir, dass das schlicht nicht zutrifft. Die USA sind kein Land mehr, das die Überlegenheit von Weißen propagiert. Es gibt keine offizielle Ideologie mehr, die die Überlegenheit der weißen Rasse vertritt. Außerdem bedeutet die Zerstörung des amerikanischen Traums auch, die Bestrebungen von Immigranten zu unterdrücken, die wie ich in die USA gekommen sind, um aus ihrem Leben etwas zu machen. Und das ist sehr gefährlich.

*Sie haben also nicht jenen Rassismus erfahren, der Coates zufolge das Leben von Schwarzen in den USA bestimmt?*

Ich lebe nun seit 32 Jahren hier. Mit 20 Jahren bin ich aus Jamaika in die USA gekommen. Da ich gemischter Abstammung bin, werde ich in den USA als Schwarzer wahrgenommen. Und wie jeder in den USA lebende Farbige habe auch ich genug Rassismus erfahren. Aber ich sehe die USA nicht als hochgradig intolerantes Land an. Ich halte die USA vielmehr für ein außerordentlich selbstreflexives Land. In den drei Jahrzehnten, in den ich hier lebe, habe ich ein Amerika erlebt, das seine Beziehungen zwischen den Ethnien beachtlich verbessert hat. Darüber hinaus bin ich, auch wenn ich Rassismus erfahren habe, kein Opfer. Ich glaube nicht an diesen Kult, der um die Opferrolle betrieben wird und auf dem so viele herumzureiten scheinen. Wenn man auf Rassismus trifft, setzt man sich mit ihm auseinander, spricht ihn an und macht dann weiter. Die Opferrolle für sich als Identität zu übernehmen ist gefährlich, weil es die eigene Handlungsfähigkeit und das eigene Vermögen einschränkt, seine verfügbaren Ressourcen zu nutzen, um mit diesem Problem umzugehen.

*Sie erwähnten gerade den Kult, der um die Opferrolle betrieben wird. Wie weitverbreitet ist dieses Denken?*

Das ist einer der Aspekte, um die es mir geht: Uns Immigranten geht es heute besser denn je. Aber wir leben in Zeiten, in denen die – wie ich sie nenne – Alt-Left<sup>1</sup> die Opferrolle als Botschaft verbreitet und das nicht nur unter Schwarzen, sondern auch unter neuen Immigranten. Immigranten wird eingeredet, dass sie und Schwarze eindeutig von Weißen unterdrückt werden und es mit der Präsidentschaft von Donald Trump eine neue Qualität der Unterdrückung gebe. Mit der Trump-Wahl gab es zwar eine Eruption, aber dabei handelt es sich nicht um einen wiedererstarkenden Rassismus, sondern um eine Eruption

<sup>1</sup> Zu Deutsch: „alternative Linke“, im Gegensatz zur Alt-Right, der Präsident Trump nahestehenden „alternativen Rechten“ (Anm. der Red.)



moralischer Hysterie und Übertreibungen auf Seiten der radikalen Linken, die so tun, als wären ethnische Minderheiten hilflos unter das Joch der weißen Unterdrückung gezwungen.

Aus meiner Sicht trifft dies einfach nicht zu. In diesem Land gibt es Strukturen, die es Schwarzen ermöglichen, zu studieren, sich in der amerikanischen Gesellschaft zurechtzufinden und dabei Außergewöhnliches zu leisten. Schwarzen werden heute Bürgerrechte nicht mehr aus rassistischen Gründen vorenthalten. Es geht nicht mehr um die Verwirklichung des Civil Rights Act von 1964. Heutzutage sind Sie als männlicher Weißer in der Situation, dass Sie trotz eines Doktorgrades mit gewisser Wahrscheinlichkeit keine akademische Stelle finden. Man übergeht Sie vermutlich zugunsten einer oder eines Schwarzen. Denn Institutionen in den USA neigen dazu, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Sie einzustellen und sich um Sie zu kümmern, wenn Sie farbige sind.

*Coates behauptet, Schwarze seien nie in der Lage gewesen, sich selbst zu befreien. Was halten Sie von dem Argument, dass es die Aufgabe externer Kräfte sei, Schwarze zu befreien und ihnen zu helfen?*

Zu den Dingen, die Coates in seiner Erzählung außer Acht lässt, gehört der Wohlstand unter Schwarzen, die schwarze Mittelschicht. In den USA haben Schwarze große und prosperierende Gemeinschaften aufgebaut, selbst während der Rassentrennung und der Jim-Crow-Ära<sup>2</sup>. Gewisse Negativerscheinungen, die wir heute in der schwarzen Bevölkerungsgruppe beobachten – wie zum Beispiel die überdurchschnittliche Kriminalitätsrate von schwar-

<sup>2</sup> Mit der „Jim-Crow-Ära“ wird jene Epoche in der US-Geschichte bezeichnet (1876–1964), in der durch eine Reihe von Gesetzen ein umfassendes System zur Aufrechterhaltung einer Rassenhierarchie in allen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft institutionalisiert wurde (Anm. der Red.).

zen Männern oder dass 70 Prozent der Kinder unehelich geboren werden und bei alleinerziehenden Müttern aufwachsen – gab es damals, als die Schwarzen noch wirklich diskriminiert wurden, so nicht.

Ich finde die Vorstellung von den hilflosen Schwarzen wirklich gefährlich, weil sie in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft den Eindruck hinterlässt, dass Schwarze die Münder des Staates seien und es ihnen nie gelungen sei, ihre Fähigkeiten zu nutzen, um sich selbst aus unterdrückerischen Lebenslagen zu befreien – Umständen, die nicht in erster Linie von Privatpersonen, sondern vom Staat ausgegangen sind. Der größte Feind der Schwarzen in den USA war immer der Staat und nicht einzelne Bürger. Dieser Aspekt fällt in Coates' Geschichte der Einfachheit halber unter den Tisch. Er kann einfach nicht zugeben, dass es blühende, schwarze Mittelschichtsgemeinschaften gibt, auch von Immigranten, die hierher gekommen sind, hart gearbeitet haben und erfolgreich waren. Denken Sie nur an die New Yorker Bekleidungsindustrie. Sie wurde von Jamaikanern und insbesondere von Jamaikanerinnen geprägt, die in den 1920er-Jahren in die USA kamen. Sie sahen Schilder mit Aufschriften wie „Keine Bewerbungen von Schwarzen“, haben sich aber trotzdem massenhaft auf die Stellen beworben, weil sie einfach davon ausgingen, nicht gemeint zu sein.

Auch im New Yorker Stadtteil Harlem gab es in den 1920er-Jahren gut funktionierende schwarze Gemeinschaften, die in Coates' Erzählung gänzlich ausgelassen werden. Das hat insbesondere viele schwarze Konservative verärgert, die auf starke schwarze Gemeinschaften hingewiesen haben, die es auf dem Höhepunkt der Jim-Crow-Ära gab, sowie auf starke Schulen, die es vor der Rassenintegration gab – und ich bin ein großer Befürworter dieser Integration –, im Norden wie im Süden, wo Schwarze unter sehr schwierigen, politisch wie sozial ungerechten Bedingungen Erfolg hatten und vorankamen. Das sind alles Geschichten, die Coates in seiner Erzählung ausgelassen hat.

Sein Narrativ spricht Schwarzen eine gewisse Würde und das Handlungsvermögen ab, die ihnen aber zustehen.

*Sie argumentieren, dass Multikulturalismus und Identitätspolitik das Individuum auf gruppenspezifische Merkmale reduzieren und sie in ihrer Selbstbestimmung einschränken. Können Sie dies etwas genauer erläutern?*

Die Identitätspolitik basiert auf einer Logik der Anti-Assimilation, die, wie ich meine, wiederum auf einer Logik der „Ansteckungsgefahr“ basiert. Die multikulturelle Weltsicht basiert auf der essentialistischen Idee, wonach wir eine bestimmte ethnische und kulturelle Identität besitzen, Teil einer monolithischen Gruppe sind und eine Identität mit uns herumtragen, die sich ohne Abstriche auf unsere Herkunft zurückführen lässt. Die multikulturelle Linke spricht das nicht explizit so aus, aber es handelt sich dabei um die logische Folge ihrer Argumentation, eine Art Polygenismus, demzufolge wir alle einen unveränderlichen ethnischen oder kulturellen Wesenskern in uns tragen, der sich auf unsere Ursprünge zurückführen lässt. Und die Interaktion mit unseren Mitmenschen, die Art und Weise, wie wir mit unseren Mitbürgern sozialisiert werden, können demnach in keiner Weise diese Grundstruktur, diesen Ursprungshintergrund verändern.

Das ist empirisch falsch. Wir wissen, dass Menschen ein Gemisch aus verschiedenen Subkulturen und Gruppen sind. Wir wissen, dass Menschen, wenn sie sich assimilieren, ihre Sprache und ihre Kultur nicht notwendigerweise aufgeben. Es ist eher so, dass sie den umgekehrten Prozess vollziehen und die Eigenschaften, Prinzipien und Sitten ihres Gastlandes annehmen. Und sie nehmen, noch wichtiger, die Eigenschaften und Wesenszüge ihrer Nachbarn an. Das macht sie zu heterogenen Individuen und kulturell gesehen weniger authentisch, zum Beispiel weniger karibisch. Und die Anhänger des Multikulturalismus haben

Schwierigkeiten, damit umzugehen, weil sie die Menschen als komplett ursprüngliche, klar unterscheidbare Mitglieder einer Gruppe sehen wollen. Sie wollen auf jemanden zeigen, der sich in der Gesellschaft und in einer Kultur zurechtgefunden hat, und ihm sagen, dass er sich an die ethnischen und kulturellen Vorgaben, die sein Sein bestimmen, zu halten hat. Man kann davon nicht abweichen, weil man sonst die eigene Authentizität und die Autonomie als ethnisches Subjekt verliert. Man muss daran festhalten. Das ist gleichzeitig eine Lüge und eine sehr beschränkte Sichtweise auf die Menschen in dieser Welt.

Wir haben es hier mit einer Form der, wie ich es nenne, kulturellen Apartheid zu tun. Sie ist unhaltbar und geht in die Irre; sie verhindert, dass sich bei den Menschen ein kosmopolitisches Moment einstellt, in dem wir frei sind, einen Teil unserer Sozialisation unseren Mitmenschen in die Hände zu legen und zu etwas anderem werden, als wir ursprünglich waren. Die Anhänger des Multikulturalismus favorisieren Gruppen und stellen die Vergangenheit über die Zukunft. Aber wir Menschen sind Zukunftswesen, wir richten mit unseren Mitmenschen den Blick auf die Zukunft. Das können die radikalen Multikulturalisten nicht ertragen, weil es auf eine radikale Umwandlung der eigenen Wurzeln zumindest hindeutet. Und die Entfernung von den Wurzeln ist genau das, was die radikalen Vertreter des Multikulturalismus ablehnen, weil sie Monisten sind, weil sie kulturelle und ethnische Monisten sind.

Die große Gefahr derartiger kultureller Apartheid liegt darin, dass Menschen sich den umfangreichen Austausch vorenthalten, den sie mit ihren Mitmenschen haben können. Sie haben Angst, dass dadurch, dass sie anderen Menschen zu nahe kommen und dass ihre Geschichte und ihre Lebensweise von anderen Menschen beeinflusst werden, ihre eigene nationale, ethnische und kulturelle Identität in Frage gestellt wird, die sie für den unveränderlichen Wesenskern ihrer Identität halten.

*Auf der einen Seite scheinen Sie eine Art heroischen Individualismus zu vertreten, in dem es um Selbstbestimmung und die Nutzung der eigenen inneren Ressourcen geht, gleichzeitig beschäftigen Sie sich damit, wie wir uns im Miteinander und in der Interaktion mit anderen entwickeln. Wie geht das zusammen?*

Ich halte an der Idee eines heroischen Individualismus insofern fest, als ich der Meinung bin, dass wir Individuen sind und wir für uns selbst eine Vorstellung unseres Lebens erschaffen müssen und darüber hinaus eine Vorstellung für unser Leben, die wir in die Welt hinaustragen wollen. Aber ich bin auch Intersubjektivist. Ich lehne die atomistischen Ansichten des Liberalismus ab, die ich im Übrigen sowieso für ein Strohmann-Argument halte. Ich kenne nicht einen Liberalen, der beim Individuum an Selbstverwirklichung auf einer einsamen Insel denkt. Wir entwickeln uns zusammen mit anderen, mit Fremden, mit unseren Mitbürgern, Freunden und Angehörigen. In dem Sinne bin ich ein Intersubjektivist. Ich denke, dass dieses waghalsige Unternehmen zusammen mit anderen Menschen angegangen werden muss. Manchmal geht man es mit Menschen an, deren Werte man teilt, und manchmal mit Menschen, mit denen man wenig gemein hat. Auf unserer Reise aber schreiben wir unser Drehbuch immer wieder selbst. Und das halte ich für das kosmopolitische Moment. Im Laufe dieses Prozesses sind wir gezwungen, eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Vokabular zu finden, das uns auf unserer Reise hilft. Man mag die Reise mit anderen angetreten sein, aber die Verantwortung dafür hat man selbst in der Hand. Man kann diese Verantwortung an keinen anderen abtreten. Ich käme nie auch nur auf die Idee zu sagen, jemand anderes sei für mein Leben verantwortlich. Die Entscheidungen, die ich treffe, sind einzig und allein meine eigenen.

Wenn Ihr die kulturellen Eigenarten der Zuwanderer nicht hinterfragt, dann wollen wir auch keine Kritik mehr an unseren, sondern ebenfalls „Respekt“. Die Rechte hat erkannt, dass

dieser Diskurs einer allumfassenden Achtsamkeit das Ende jeder Gesellschaftskritik wäre, das Ende der Linken. Das wäre eine gute Basis zur Regeneration, bis sie schließlich wieder aus der demographischen Defensive kommen und zur „Reconquista“ schreiten könnte.

*Den Identitären – seien es nun rechte Ethnopluralisten oder fundamentalistische Islamisten – setzen Sie ein Bekenntnis zum Universalismus der Aufklärung entgegen – einem Universalitätsanspruch, der dialektisch zu begreifen ist. Können Sie erklären, wie Sie das meinen?*

Die Globalisierung ist technologisch in der Welt und wird sich nicht zurückdrehen lassen. Damit sind auch die Probleme der Welt längst global und lassen sich längst nicht mehr auf der Ebene der einzelnen Nationen lösen. Im Partikularismus droht die Gefahr einer negativen Aufhebung der Aufklärung, eines Rückfalls. Weder ein ernstzunehmender Marxismus noch die Kritische Theorie haben die emanzipatorischen Elemente des Liberalismus bestritten. Es ging um Überwindung, nicht einfach um Zerstörung der bürgerlichen Ordnung. Das Projekt eines selbstreflexiven Fortschritts darf nicht aufgegeben werden. Dabei meine ich keine naive Hymne auf den Westen und die technologische Entwicklung. Die Mahnung, die destruktiven Seiten der hochtechnisierten Zivilisation nicht aus den Augen zu verlieren, gilt heute schon aus ökologischer Perspektive mehr denn je. Aber die notwendige Kritik von Universalismus und Aufklärung kann nicht heißen, in Stammesstrukturen und magisches Denken zurückzukehren. Es wird kein einfaches „Zurück“ geben, vor allem nicht zu Identitäten, die so ohnehin nie existiert haben.

Das Interview führte Tim Black.

**3.**  
**KLASSE**





# Willkommen im Zeitalter der Post- identitätspolitik

**Die Ära post-materialistischer,  
befindlichkeitsfixierter Schönwetter-  
bewegungen ist am Ende**

Man kann sich über viele Dinge aufregen. Z.B., dass Menschen auf einem Festival Dreadlocks tragen<sup>1</sup>, die nicht aus Afrika oder Jamaika stammen und dies als „kulturelle Aneignung“ stigmatisieren, dass ein Schlagzeuger in einer stickigen Halle ohne T-Shirt<sup>2</sup> die Drumsticks wirbeln lässt und so seine männlichen Privilegien auslebt, oder dass ein fetter Nazi als fetter Nazi<sup>3</sup> verlacht und wegen seiner Wampe diskriminiert wird. Selbstverständlich ist es möglich, einem schwarzen Nigerianer als weißer Deutscher zu erklären, er hätte keine Ahnung, wie Rassismus sprachlich<sup>4</sup> funktioniert, wie es auf einem No-Border-Camp in Köln geschah, und auch, dass Pärchen auf Partys knutschen<sup>5</sup> ist ein Phänomen, von dem man der Ansicht sein kann, es gehöre dringlichst diskutiert und nach Möglichkeit untersagt, denn die Pärchennormativität kann auf Singles oder Asexuelle störend wirken.

<sup>1</sup> Hengameh Yaghoobifarah: „Fusion Revisited: Karneval der Kulturlosen“, Missy Magazine online, 05.07.2016.

<sup>2</sup> Jens Uthoff: „Punk oben ohne“, taz online, 01.10.2013.

<sup>3</sup> Heinrich Schmitz: „Zeigt nicht auf den dicken Mann!“ in: Tagesspiegel Causa, „Aufruf 19.04.2018“.

<sup>4</sup> Christian Jakob: „Weiß sein, Schnauze halten“, Jungle World online, 26.07.2012.

<sup>5</sup> Anna-Sarah: „Hat jemand ‚Knutschverbot‘ gesagt?! – Critical Hetness 101“, mädchenmannschaft, 08.04.2013.

Man kann all das aber auch lassen. Willkommen zurück in der Wirklichkeit. Die Zeiten, in denen die Befindlichkeiten hypersensibler, sich „irgendwie links“ verortender Mittelschichtkinder das Maß aller Dinge waren, sind vorbei. Was mit der Weltwirtschaftskrise 2008 begann, durch die Euro- und Schuldenkrise verstärkt wurde, ist durch den starken Zuzug von Flüchtlingen und der Erfolge der Rechtspopulisten in vielen Staaten des Westens offensichtlich geworden: Das Zeitalter des Postmaterialismus, das nie mehr war als ein großer Irrtum, ist zu Ende.

1971 wurde posthum die letzte Version der Bedürfnishierarchie des US-amerikanischen Psychologen Abraham Maslow veröffentlicht. Wenn der Mensch seine Grundbedürfnisse gedeckt hat, so Maslows Theorie, wenn er genug zu essen hat, ein Dach über dem Kopf und in einer Gesellschaft lebt, in der seine Sicherheit gewährleistet ist, ist der Mensch frei, sich und seine Bedürfnisse weiter zu entwickeln, seine ästhetische Bedürfnisse zu befriedigen, sich der Selbstverwirklichung zu widmen und ganz am Ende, Maslow hatte einen Hang zum esoterischen, nach Transzendenz zu streben, nach Erfahrungen jenseits des irdischen Seins. Das passte in eine Zeit, in der nicht wenige bekiffte Europäer in bunten VW-Bussen nach Asien fuhren, um sich von pffiffigen Indern, die rasch die passenden pseudoreligiösen Angebote zusammenbastelten, wie Weihnachtsgänse ausnehmen zu lassen. Und es passte auch in eine Zeit, in der immer mehr Linke beschlossen, sich schmelzend von der Arbeiterklasse abzuwenden, da diese in den späten sechziger Jahren nicht bereit war, den revoluzzenden Bürgerkindern auf dem Weg zu folgen.

Was dann kam, war eine Hinwendung zu Themen wie Ökologie und Identität und damit einhergehend oft auch eine Ablehnung des technischen Fortschritts und eine Hinwendung zu einem romantischen Naturbild. Sehr deutsch war das in dieser Ausprägung: Während der Gründer des Hippieversands

Whole Earth Catalogue Stewart Brand später die virtuelle und technikbegeisterte Gemeinschaft The Whole Earth ,Lectronic Link (The WELL) gründete, gab es eine solche Entwicklung nicht. Über das Warum kann heute nur spekuliert werden. Der Alternativzeitschriftenverleger Bibi Wintjes, als Herausgeber der Szene-Literaturzeitschrift Ulcus Molle Infos vielleicht am ehesten mit Stewart Brand vergleichbar, hätte als IT-Experte, der er in den sechziger Jahren beim Kruppkonzern arbeitete, die Expertise gehabt, so etwas aufzubauen. Allerdings waren Modems in Deutschland lange illegal und die Linke im Gegensatz zu den USA nicht offen für die Möglichkeiten der Computertechnik. Sah man in den Vereinigten Staaten erst ihr subversives und dann ihr kommerzielles Potential, gruselte man sich in Deutschland angesichts der dominierenden Technikfeindlichkeit in der alternativen Szene.

### **Identität und Umwelt statt Klasse**

Die Hinwendung zur Minderheiten- und Umweltpolitik war nicht nur ein Fehler. Sie hätte eine Erweiterung der politischen Handlungsfelder sein können, wenn sie nicht mit der Abwendung von den Problemen der Arbeiter und kleinen Angestellten, der prekär Beschäftigten und oft auch der Migranten einhergegangen wäre. Der wunderbare britische Film „Pride“ erinnert daran, dass es auch andere Ansätze gab und erzählt die Geschichte der Schwulenorganisation Lesbians and Gays Support the Miners, die 1984 die streikenden Bergarbeiter in England unterstützte. Beide Seiten, schwule und lesbische Aktivisten wie Bergarbeiter, brauchten Zeit, um ihre Vorurteile zu überwinden, aber es gelang ihnen und am Ende kämpften sie zusammen: Für den Erhalt der Jobs der Kumpel und die Rechte von Schwulen und Lesben. Doch in der Praxis war das eine Ausnahme. Diejenigen, die aus gu-

ten Gründen gegen die Diskriminierung von Frauen, Schwarzen und Homosexuellen kämpften, genau wie diejenigen, die sich für die Umwelt engagierten, verloren schnell das Interesse daran, sich auch für die Interessen von Arbeitern und kleinen Angestellten einzusetzen. Höchstens noch Künstler und Kreative in prekären Lebensverhältnissen erregten ihr Interesse, da es in der eigenen Szene vielen von ihnen gibt.

So hat eine immer bürgerlicher werdende Linke nicht nur zunehmend den Kontakt zu derjenigen Schicht von Menschen verloren, die man früher Arbeiterklasse nannte, und sich heute aus den immer noch vorhandenen Arbeitern, den Beschäftigten im Dienstleistungs- und Pflegebereich und kleinen Angestellten zusammensetzt. Mehr noch: Ihre Jobs und Lebensweise wurden zunehmend denunziert und als nicht mehr zur neuen grünen Gesellschaft passend betrachtet. In Dinkeldeutschland, das wurde immer deutlicher, würde kein Platz mehr für sie sein.

Zu dieser Entwicklung hätte es nicht kommen müssen. Wer sich für die Rechte von Schwulen einsetzte, hätte gleichzeitig genauso für die Interessen von Stahlarbeitern kämpfen können und auch der Umweltbewegung hätte es gutgetan, auch den Kontakt zu den Arbeitern in der Industrie zu halten. Dass die verschiedenen sozialen Bewegungen sich immer mehr voneinander entfernt haben, dass „neue“ und „alte“ Linke heute zum Teil kaum noch Kontakt halten, war ein Fehler. Viele hatten den Eindruck, dass die Zeit der wirtschaftlichen Konflikte vorbei sei. Gerade die Industriearbeiter haben gut verdient und tun es, so es ihre Jobs noch gibt, bis heute. Als Ergebnis jahrzehntelanger Arbeitskämpfe wirken sie auf viele der neuen Linken regelrecht privilegiert: Mit ihrer tariflichen oder sogar übertariflicher Bezahlung, der Aussicht auf eine Betriebsrente und sicheres Krankengeld geht es ihnen wirtschaftlich in der Regel deutlich besser als all jenen, die sich als wissenschaftliche Mitarbeiter im Hochschulbetrieb

oder gar als freie Künstler, Journalisten oder sonst wie „Kreative“ durchs Leben schlagen.

Und oft war der Preis eines Sieges als Umweltschützer das Aus für Arbeitsplätze in Forschung oder Industrie: Wer Erfolge im Kampf gegen die Kohle als Energieträger erzielt hat, konnte das auch daran erkennen, dass es bei Kraftwerks- und Kesselbauern zu Entlassungen und Betriebsschließungen kam. Auch der erfolgreiche Kampf der Deutschen Umwelthilfe gegen den Diesel wird sich bald an Entlassungen in der Automobilindustrie und dem Abbau von Produktionsanlagen messen lassen. Für den Wegfall der Solidarität zahlen vor allem die Arbeiter einen hohen Preis, was sich in Zukunft allerdings ändern wird.

### **Das Ende des Postmaterialismus**

Lange Zeit sah kaum jemand ein Problem in dieser gegenseitigen Entfremdung. Die alte Welt der Arbeiter, Industrien und Gewerkschaften würde ja bald untergehen, Roboter ihre Jobs übernehmen und ganz davon ab sei ein Leben mit weniger Konsum und mehr Sinnsuche ohnehin erstrebenswert. Doch die Zeit des Postmaterialismus ist vorbei. Was seit 2008 mit der Weltwirtschaftskrise und den verstärkten Fluchtbewegungen aus der Dritten hin in die Erste Welt bereits im wirtschaftlichen und sozialen Bereich offensichtlich wurde, brach mit der Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten 2016 durch: Die ökologische Politik der Regenbogenkoalitionen, die für eine postmaterialistischen Identitätspolitik standen, hatte keine Mehrheit mehr. Amerikanischen Bergleuten waren ihre Jobs wichtiger als Schwulenrechte, ob in der Arbeiterstadt Flint die Menschen durch Wasser aus Bleileitungen vergiftet wurden, war bedeutender als die Frage, auf welchen Toiletten Transsexuelle bei Sportveranstal-

tungen gehen dürfen. Geschockt reagierten Liberale und Linke in der ganzen Welt auf die Wahl Trumps. Dabei war sie nur das spektakulärste Ereignis einer langen Kette an Ereignissen, anhand derer man Aufstieg einer neuen Rechten beobachten konnte – auch in Europa wählen immer mehr Arbeiter schon lange nicht mehr links, sondern rechtspopulistisch (so erhielt z.B. die österreichische FPÖ bei der letzten Bundeswahl 59 Prozent der Arbeiterstimmen). Zu dieser Entwicklung konnte es so nur kommen, weil die Welt nicht postmaterialistisch geworden und Identitätspolitik in ihrem Kern nicht fortschrittlich ist.

Allein die Zuwanderung aus der Dritten in die Erste Welt reicht aus, um das postmaterialistische Denken als illusorisch zu entlarven. Nimmt man nur die Zahl der gut eine Million Flüchtlinge zur Grundlage, die es in den vergangenen Jahren in die Bundesrepublik geschafft hat – weltweit geht die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR für Ende 2016 von 65,6 Millionen Flüchtlingen aus –, wird klar, dass Deutschland vor einer wirtschaftlichen Herausforderung steht, ohne deren Bewältigung Integration nicht funktionieren wird: All diese Menschen brauchen Wohnungen, Schulplätze für ihre Kinder, Jobs und Ausbildungsplätze, müssen mit Nahrung, Kleidung und Medizin versorgt werden. Deutschland ist kein dynamisches Land. Jede Veränderung wird von weiten Teilen der Bevölkerung, wenn nicht als Bedrohung, so doch als Belästigung verstanden: keine neue Straße, keine neue Eisenbahnlinie und keine neuen Wohnsiedlung ohne Proteste und Klagen. Und damit die neuen Arbeitsplätze entstehen, ist Wirtschaftswachstum nötig. Die Flüchtlinge alleine beenden damit alle Debatten über die Freuden eines Lebens in der Postwachstumsökonomie, wie sie in den vergangenen Jahren so populär waren, und das nicht nur durch ihre schiere Anwesenheit und die daraus resultierenden Notwendigkeiten.

Viele, die in den vergangenen Jahren oft unter Lebensgefahr nach Deutschland gekommen sind, wollen vor allem ein besseres Leben. Sie gehören nicht zu den Ärmsten der Armen. Für sie sind die hohen Kosten der Flucht eine Investition, die sich lohnen soll: Mit dem Geld, das sie in Deutschland verdienen wollen, werden sie nicht nur ihre Familien unterstützen wollen, sondern sie wollen auch ein gutes Leben führen. Ihre Wünsche unterscheiden sich nicht von denen der Mehrheitsgesellschaft: ein großer Fernseher, ein Auto, ein iPhone und Markenkleidung – die die da gekommen sind, sind uns zum Verwechseln ähnlich, nur mit dem Unterschied, dass sie ihre Wünsche offen und unverkrampft äußern und nicht ein schlechtes ökologisches Gewissen heucheln.

### **Reaktionäre Identitätspolitik**

Während der Postmaterialismus am Ende ist, sieht es bei der Identitätspolitik ein wenig anders aus. Ihr reaktionäres Potential zeigt sich immer deutlicher. Anfangs kämpfte Identitätspolitik gegen Diskriminierung von Schwarzen, Homosexuellen oder Frauen – sie setzte sich für diejenigen ein, die nicht zur Gruppe der alle gesellschaftlichen Bereichen dominierenden weißen Männer gehörten. Diese klassische Identitätspolitik der sechziger Jahre, der es um gleiche Rechte für alle ging, ist, trotz aller Erfolge, die auf den unterschiedlichsten Feldern der Emanzipation erreicht wurden, noch lange nicht am Ende. Diskriminierungen, gegen die es anzugehen gilt, gibt es immer noch und so bleibt genug zu tun.

Doch längst ist das nicht mehr das Hauptfeld der Identitätspolitik. Sie wurde zum Hebel einer kulturellrelativistischen Politik, die sich gegen die Werte der Aufklärung stellt und die Rechte des Einzelnen durch die Rechte imaginierter Gruppen ersetzen will. Die Grenzen zwischen der „linken“

Identitätspolitik und dem „rechten“ Ethnopluralismus sind dabei fließend. In den 1970er-Jahren entwickelte Henning Eichberg die Idee des Ethnopluralismus, die später von Alain de Benoist, einem der Vordenker der neuen Rechten populär gemacht wurde. Der Ethnopluralismus grenzt sich von anthroposophischen, nationalsozialistischen und faschistischen Rassetheorien ab, die unterschiedliche „Rassen“ qualitativ bewerteten, zwischen über- und unterlegenen unterscheiden. Die Unterscheidung zwischen Kultur und „Rasse“ verschwimmen bei diesem Konzept. Er stellt sich daher auch gegen den Gedanken, dass es eine Idee gibt, die anderen überlegen ist – wie z.B. die Menschenrechte und andere mit der Aufklärung verbundene Überzeugungen. Die verschiedenen Gruppen sollen ihre Kulturen ausleben, ohne dafür kritisiert oder hinterfragt zu werden, wenn Saudis z.B. Ehebrecherinnen steinigen wollen, sei das bei ihnen ebenso üblich.

Wenn heute Anhänger „linker“ Identitätspolitik erklären, Menschenrechte seien eine Idee alter weißer Männer oder die Burka sei auch als Zeichen von weiblicher Selbstbestimmung zu deuten, dann erkennt man daran, wie groß die Ähnlichkeit zum Ethnopluralismus ist, der keine Individuen kennt, sondern nur Gruppen und so im radikalen Gegensatz zur Aufklärung steht, die ja auch die Befreiung des Individuums zum Ziel hatte. Kants Satz „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ ist die Absage an den Zwang, sich als Teil eines Kollektivs zu sehen. Die „linke“ Identitätspolitik ist zudem paternalistisch und verengt die Menschen auf einen Aspekt ihres Seins, der für sie vielleicht gar nicht bestimmend ist, aber auf jeden Fall nur einer unter vielen. Es ist eine Reduzierung der Komplexität des Individuums, die an der Realität scheitern muss. Denn wir gehören alle nicht nur einer Gruppe an, sondern vielen und verfügen zudem über Eigenschaften, die uns als Menschen einzigartig machen.



Genau diese unsinnige Fixierung auf eine Gruppenzugehörigkeit ist der Kerngedanke der Identitätspolitik. Wenn in Konflikten über kulturelle Aneignung behauptet wird, nur Afrikaner hätten ein Recht, Dreadlocks zu tragen, weil diese Frisur zu ihrer und nicht zur Kultur der Weißen gehört, wenn Weißen das Recht abgesprochen wird, Yoga zu praktizieren, weil Yoga Teil der indischen Kultur ist, wird nicht nur ignoriert, dass jede Kultur – natürlich auch afrikanische oder indische – das erfreuliche Ergebnis einer langen Reihe von Übernahmen und Mischungen ist, sondern es wird auch ein „Weißsein“ definiert, das den Rassismus in den Reihen der Weißen fördert. In der NZZ bringt es der konservative Jonah Goldberg auf den Punkt: „Die Alt-Right-Typen haben beachtlichen Zuwachs unter Jungen, Idioten und erbosten Bürgern gewonnen. Sie sind ein eigener Stamm, für den gilt: Amerikanische Kultur ist synonym mit weisser Kultur. Dafür steht meine Art Konservative gar nicht ein. Ich bin weiss, unter Weissen aufgewachsen – aber dass das das Wesen meiner Identität sein soll, erschien mir immer bizarr. [...] Ein Unheil, das von Trump ausgeht, ist, dass er – auch mithilfe der strammen Linken – weisse Leute ermutigt, sich in erster Linie als Weisse zu denken. Je eher sich jemand als weiss identifiziert, statt als Christ, Klempner oder Alabamianer, desto wahrscheinlicher ist das eine Stimme für Trump. Wenn Amerikaner sein weiss sein bedeutet, dann ist dieses Land nicht mehr Amerika.“

Wie der Postmaterialismus an der sich wieder verschärfenden sozialen Frage scheitert, scheitert die Identitätspolitik am wiedererstartetem Rassismus. Mit einem Identitätskonzept, dessen sich auch die Rechte bedient, ist es nicht möglich, Rassisten entgegenzutreten. Im Gegenteil: Es befördert den erstarkten Rassismus.

Der Postmaterialismus und die Identitätspolitik gehören zusammen. Sie sind beides Ideologien der bürgerlichen akademischen Mittelschicht in den reichen Staaten Westeuropas, Australiens und den USA, die als Reaktion der neuen Linken nach ihrem Scheitern beim Versuch, die Arbeiterklasse ideologisch zu dominieren, entstanden sind. Beide erlebten ihren Aufstieg, weil sie in den kapitalistischen Gesellschaften auf keinen nennenswerten Widerstand stießen. Sie stellten nicht die Eigentumsfrage, drängten nicht auf eine Verbesserung der Lebensumstände der Unterschicht, sondern genügten sich damit, über Toilettennutzungen und Dreadlocks auf Festivals zu streiten. Es waren Schönwetterbewegungen, die nur in einer Zeit entstehen konnten, in der reale Probleme in den Hintergrund gerückt waren. Diese Zeiten sind vorbei und so ist auch die Identitätspolitik am Ende.

# **Sprecht wie Mimosen! Handelt wie Bestien!**

## **Identitätspolitik als Kultur- programm der neoliberalen Erzeugung von Ungleichheit**

Schon bei oberflächlicher Betrachtung zeigt sich in den reichen, westlichen Staaten derzeit eine eigentümliche Diskrepanz: Während diese Staaten auf der Ebene der Politik eine brüske Ignoranz gegenüber den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerungen demonstrieren, legen sie auf der Ebene der Kultur ein immer feineres Zartgefühl an den Tag. Dort propagieren sie Maßnahmen der sogenannten „Sensibilisierung“ und implementieren entsprechende Institutionen.

Auf der Ebene der Politik unternimmt man nichts gegen die massiven Reallohnverluste, welche die untere Hälfte der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten hinnehmen musste. Man unternimmt wenig bis nichts gegen zunehmende Prekarisierung und man lässt Arbeitslose mit Maßnahmen wie Hartz IV verwahrlosen (bezeichnenderweise nimmt auch die aktuelle österreichische Rechts-Rechts-Regierung dieses Programm der Schröder-Sozialdemokratie derzeit zum Vorbild). Bis in die oberen Mittelschichten hinein hat sich das Gefühl verbreitet, dass die Kinder es einmal nicht mehr besser haben werden; ja man zweifelt sogar schon, ob man sich überhaupt das gleiche Auto noch einmal leisten können. Dieser ökonomischen Erosion entspricht auch eine der demokratischen Mitbestimmung: Mithilfe internationaler Abkommen wie der Maastricht-Verträge schafft man Realitäten, die sich jeglicher demokratischer Kontrolle

entziehen.<sup>1</sup> Nicht nur bei der Bologna-Reform der Universitäten, sondern auch bei der Behandlung Griechenlands durch die EU-Finanzminister sowie wenn die EU Sanktionen gegen Russland oder Venezuela verhängt, oder wenn EU-Staaten Militärinterventionen in fernen, fremden Ländern wie Libyen, Syrien oder dem Jemen mit dubiosen Verbündeten tätigen, haben große Teile der europäischen Bevölkerungen das Gefühl, niemals auf irgendeiner politischen Ebene dazu eine demokratische Willensbildung erlebt zu haben.

Auf der Ebene der Kultur dagegen zeigt man geradezu erstaunliches Verständnis für noch so kleine Sorgen oder Empfindlichkeiten – vor allem für solche, die mit Fragen der sogenannten ethnischen, kulturellen, religiösen oder sexuellen etc. „Identität“ verbunden sind. Man diskutiert öffentlich über sogenannte „Mikroaggressionen“<sup>2</sup>, empfiehlt die Vermeidung von Worten oder Gesten, die irgendjemanden verletzen könnten (meist lange, bevor tatsächlich irgendjemand sich verletzt fühlt), und denkt voller Ernsthaftigkeit darüber nach, wie viele Geschlechter es geben könnte und ob wir derzeit wohl eine Toilettentüre zu wenig oder aber eher eine zu viel haben. Und obwohl in den Kulturwissenschaften der Philosoph Michel Foucault zu den meistzitierten zählt, fällt auffallend wenigen Vertretern des Fachs auf, wie sehr Foucaults These, wonach die Macht nicht in erster Linie einschränkend, sondern vielmehr stimulierend wirke und Individuen zum öffentlichen Bekennen ihrer vermeintlichen wahren Identität animiere<sup>3</sup>, gerade

<sup>1</sup> Siehe dazu z.B. Thomas Fazi / William Mitchell: „The EU cannot be democratised – here’s why“, *Brave New Europe*, 08.02.2018.

<sup>2</sup> Siehe dazu Bradley Campbell / Jason Manning: „Microaggression and Moral Cultures“ in: *Comparative Sociology* 6/13, 2014, S. 692–726.

<sup>3</sup> Siehe dazu Michel Foucault: „Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Bd. I“, Suhrkamp 1983. Vgl. dazu den sehr präzisen Artikel von Ortwin Rosner: „Wäre Michel Foucault ein Anhänger von #metoo und political correctness gewesen?“, *Der Standard online*, 20. 03.2018.

auf die aktuelle Identitätspolitik zutrifft. Die Idee, dass alle sagen sollen, was sie in ihrem Innersten zu sein glauben oder hoffen, und dass dieses intime Empfinden öffentlicher Anerkennung und institutioneller Berücksichtigung bedarf, ist das unhinterfragte Kernstück einer scheinbar emanzipatorischen Politik der „Lebensstile“ – und genau jener Mechanismus von machtdienlichem „Bekennniszwang“, gegen den Foucaults Kritik sich gerichtet hatte.

### **Tyrannie der Identität**

Nun lassen sich verschiedene Antworten auf die Frage geben, wie sich denn die ökonomische Brutalisierung und Entdemokratisierung zu der kulturellen Sensibilisierung verhält. Man kann der Auffassung sein, dass letzteres immerhin eine Kompensation im Kleinen für die Verluste im Großen darstelle. Immerhin hat die Identitätspolitik ja eine nicht unbeträchtliche Zahl von Kleingewerbebetrieben in Gestalt von identitätspolitischen Forschungsstellen, Kulturvermittlungsvereinen, Sprachverbesserungskomitees, Antidiskriminierungsgremien, psychologischen Beratungsstellen für sogenannte „Überlebende“ von Mikroaggressionen etc. ins Leben gerufen. Nicht wenige Menschen haben ein bescheidenes Einkommen durch solche Probleme – was übrigens auch dazu führt, dass sie strukturell wenig Interesse zeigen, solche Probleme jemals zufriedenstellend zu lösen. Das könnte ein Grund sein, weshalb zum Beispiel kaum ein einziger Vorschlag zur identitätspolitischen Verbesserung der Sprache jemals dauerhaft in den Sprachgebrauch Eingang gefunden hat: So unbeholfen waren die meisten Vorschläge.

Gerade die Genderforschung hatte betont, dass Geschlecht nicht „essentialisiert“ werden dürfe. Das heißt: dass es nicht nur als biologisches Schicksal, sondern mindestens

ebenso sehr (wenn nicht zur Gänze) als gestaltbare soziale Rolle zu begreifen sei. Gerade vor diesem Hintergrund ist es befremdlich, wenn in der Genderforschung tätige Menschen erklären, sich mit keiner bestehenden Rolle ausreichend identifizieren zu können – so z.B. der Linguist Lann Hornscheidt, der weder mit „Frau“ noch „Herr“ angesprochen werden will<sup>4</sup>. Bei der Frage, woran das Ausreichende oder nicht Ausreichende hier bemessen werden soll, scheint nämlich als einzig möglicher Maßstab plötzlich wieder die Idee eines essentiellen, „wahren“ Geschlechts zum Vorschein zu kommen.

Eine Rolle dagegen spielt man für andere, und sie ist umgekehrt das, was andere einem zugestehen müssen. Man darf dann eine Dame oder ein Herr sein, auch wenn man sich an diesem Tag vielleicht mal eher als Kind, Tier oder Würstchen fühlt. Die Rolle ist nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch ein Recht im sozialen Umgang. Dieses Recht im Namen mangelnder Identifizierung mit der Rolle zurückzuweisen, macht nicht nur die Idiosynkrasie zur Norm des Sozialen. Sie schränkt vielmehr auch die Rechte und Möglichkeiten einer Person drastisch ein auf den engen Rahmen dessen, womit diese Person sich selbst vollständig identifizieren kann.

So traurig sieht Emanzipation aus, wenn man sie mit Verinnerlichung verwechselt (ein Fehler, der in Deutschland auffällig oft begangen wird): Ein bösesartiges, seiner religiösen Abkunft nach fundamentalistisch-protestantisches Über-Ich tyrannisiert hier das Ich mit der Forderung nach umfassender gefühlter Authentizität; wohingegen die Gesellschaft, nachsichtiger, schon mit einer einigermaßen liebevoll dargebotenen Maske zufrieden gewesen wäre.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Siehe Sebastian Meinberg: „Sprache darf niemanden ausschließen“, Bayerischer Rundfunk online, 23.10.2015.

<sup>5</sup> Siehe dazu Richard Sennett: „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität“, 12. Aufl., Fischer 2001.

## Neoliberale Ungleichheitsproduktion

Man kann andererseits der Ansicht sein, dass die postmodernen Identitätspolitik keine mildernde Kompensation, sondern vielmehr einen aktiven Beitrag zur neoliberalen Produktion wachsender Ungleichheit darstellen. Das ist die These, die zum Beispiel im Begriff des „progressiven Neoliberalismus“ steckt, den die Philosophin Nancy Fraser entwickelt hat<sup>6</sup>: Neoliberale Produktion gesellschaftlicher Ungleichheit – also eine Politik, die auf Privatisierung vormals staatlicher Aufgaben, Ausweitung des Finanzsektors und De-Regulierung des Arbeitsmarktes bei gleichzeitigem Abbau des Wohlfahrtsstaats und demokratischer Mitbestimmungsrechte setzt – bedarf der postmodernen Identitätspolitik als ihrer kulturellen Ergänzung. Die Postmoderne ist das Kulturprogramm des Neoliberalismus.

Diese These lässt sich mit mindestens zwei Argumenten untermauern. Erstens erfüllt eine Verstärkung der Sorge der Individuen um ihre Identität zu einer massiven Entsolidarisierung und zur Ablenkung von den entscheidenden Fragen. Die um ihre Identität Besorgten treten ein in einen „Opferwettbewerb“, in dem sie einander durch sogenannte „Intersektionalität“ zu übertreffen versuchen.<sup>7</sup> Dabei werden sie zunehmend unfähig zu erkennen, dass es wichtigere Interessen gibt als die Empfindlichkeiten der Identität – wie zum Beispiel wachsende ökonomische Ungleichheit und Entdemokratisierung –, und dass es für die Verfolgung dieser Interessen

<sup>6</sup> Siehe dazu Nancy Fraser: „Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus“ in: Blätter für deutsche und internationale Politik online, Februar 2017.

<sup>7</sup> Siehe dazu Andrea Smith: „The Problem with ‚Privilege‘“, Blog der Autorin, 14.08.2013.

notwendig wäre, sich mit anderen, ungeachtet ihrer etwaigen Besonderheiten, zusammenzuschließen. Analog zur Ebene der Ökonomie findet hier eine massive Privatisierung des öffentlichen Raumes statt. Anstelle von mündigen Erwachsenen begegnen einander nun infantilisierte Narzissten, die sich in ihrer Empfindlichkeit gefallen und unfähig sind, irgendeine politische Frage ohne Ansehen ihrer eigenen Person zu behandeln. Diese Fähigkeit zum Absehen von der eigenen Person und ihren Befindlichkeiten aber ist dasjenige, was nach der Einsicht des Soziologen Richard Sennett die Menschen nicht nur zu zivilisierten Wesen, sondern auch zu handlungsfähigen politischen Bürgern (*citoyens*) macht.<sup>8</sup>

Symptomatisch ist diesbezüglich die für die Identitätspolitik charakteristische, geradezu mantraartig verbreitete Klage über die „alten, weißen heterosexuellen Männer“.<sup>9</sup> Diese bodenlos dumme Polemik beansprucht, strukturelle gesellschaftliche Probleme auf dem Weg über Hautfarben und Sexualitäten in Angriff nehmen zu können. Sie tut so, als ob nur die genannte Gruppe zu den Tätern allen historischen Übels gezählt hätte und alle übrigen nur zu den Opfern. Das ist freilich doppelt falsch. Denn auch in den übrigen Gruppen gab es Täter. So bemerkt zum Beispiel Achille Mbembe, dass es im 17. Jahrhundert in der Karibik durchaus auch farbige Sklavenbesitzer gegeben hat, und dass andererseits „Aufstände über Rassengrenzen hinweg vereinter subalternen Klassen“ stattfanden.<sup>10</sup> Auch Frauen oder Homosexuelle fanden sich begreiflicherweise auf der Gewinnerseite sämtlicher Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Andererseits gab es in Ländern, die

<sup>8</sup> Siehe Sennett, s. Anm. 5.

<sup>9</sup> Siehe dazu Patsy L'Amour laLove (Hg.): „Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten“, Querverlag 2017, S. 35. („Dass jemand ‚ein weißer, alter Typ‘ ist, gilt schon als Argument gegen ihn.“)

<sup>10</sup> Achille Mbembe: „Kritik der schwarzen Vernunft“, Suhrkamp 2017, S. 92.



in ihrer Geschichte niemals schwarze Sklaven hatten, wie zum Beispiel Österreich, im 20. Jahrhundert eine ganze Menge weißer Sklaven: Als Zwangsarbeiter im Austrofaschismus und im Nationalsozialismus leisteten sie einen maßgebenden Beitrag zur Industrialisierung des Landes.<sup>11</sup> Weiße, heterosexuelle Männer waren in solchen Ländern unter anderem auch KZ-Häftlinge, Widerstandskämpfer in Spanien (im Bataillon „12. Februar 1934“), in der französischen Résistance, bei den Tito-Partisanen, und einige wenige von ihnen sind noch heute sogar auch alt. Der Versuch der Identitätspolitik, Strukturen auf Personen und Identitäten zu reduzieren, ist darum theoretisch irreführend und politisch infam.

Der noch größere Schaden, den diese Polemik anrichtet, aber entsteht dadurch, dass eine entscheidende Errungenschaft bürgerlicher Emanzipation durch sie diffamiert wird. Der Hass auf die „weißen etc. Männer“ richtet sich nämlich auch gegen das gesamte politische und ethische Programm des bürgerlichen Universalismus. Die Bourgeoisie hatte als erste Klasse in der Geschichte sich selbst nicht als besondere, sondern vielmehr als allgemeine Klasse begriffen (die Arbeiterklasse ist ihr später darin gefolgt), und ihre Befreiung nicht nur als ihre eigene, sondern als die der gesamten Gesellschaft konzipiert. Die Etablierung eines Rechtssystems, das von der jeweiligen Person absieht, eines Wahlsystems und eines Wissenschaftssystems, die dies ebenso tun (etc.), sowie eines Systems des zivilisierten, urbanen Umgangs, in dem sowohl die eigene Person als auch die des jeweils anderen (samt der sexuellen, ethnischen, religiösen etc. Identität) im Hintergrund gehalten wird, sind die entsprechenden Erfolge der bürgerlichen Klasse. Dass es zunächst vorwiegend Männer (und

<sup>11</sup> Siehe dazu Bertrand Perz / Florian Freund: „Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945“, Stalag 17B.

vorwiegend weiße und heterosexuelle) waren, die die entsprechenden Funktionen einnahmen, ist wahr. Es mag ihnen auch erlaubt haben, sich die dafür erforderlichen Fähigkeiten über eine längere Zeit anzueignen, als dies allen übrigen möglich war, und sie folglich in höherem Maß zu ihrer zweiten Natur werden zu lassen.

Das alles spricht aber nicht gegen diese Errungenschaften. Sie sind vielmehr gerade die Beute, um die jegliche Emanzipationsbestrebung welcher Identitätsgruppe auch immer kämpfen muss. Das unpersönliche Recht und den Habitus des zivilisierten Verhaltens identitätspolitisch zu verunglimpfen, ist hingegen ein Beitrag zur neoliberalen Zerstückelung, Re-Feudalisierung und Re-Tribalisierung der Gesellschaft. Die Politik der Gleichheit nützt allen; die Politiken der ungleichen Behandlung von „Diversität“ hingegen nützen regelmäßig nur Eliten. Eine Gesellschaft aber, der nicht einmal mehr die Fiktionen von Gleichheit und Universalismus zur Verfügung stehen, verwandelt sich politisch schnell wieder in eine Oligarchie der Eliten und zerfällt sozial in ein verständigungsloses Wirrwarr dogmatischer, traditionaler Gemeinschaften. Hierin assistiert die postmoderne Kultur den ökonomischen Entwicklungen: Genau in dem Maß, in dem der Neoliberalismus den Menschen die Aussicht auf eine bessere Zukunft genommen hat, kam ihnen die Propaganda der Identitätspolitik zu Hilfe und ließ sie nun, statt nach vorne, nach hinten blicken und ihre Solidaritäten dort suchen: Wer keine Zukunft mehr hat, der braucht eben mehr Herkunft. Und wer nicht mehr hoffen kann, irgendetwas Interessantes zu werden, der muss eben darauf pochen, irgendetwas Kostbares, Verletzbares zu sein.

Zweitens hat der Neoliberalismus zur Spaltung der gesellschaftlichen Mitte in den reichen westlichen Staaten geführt. Eine im erfolgreichen Keynesianismus der ersten Nachkriegsjahrzehnte zu gewissem Wohlstand und Ansehen gelangte untere Mittelschicht aus Arbeitern und Angestellten

erlitt nun massive Verluste sowohl an Realeinkommen wie auch an Sozialprestige.<sup>12</sup> Das eine besorgte die ökonomische Umverteilung, das andere die kulturelle. Frühere emanzipatorische Engagements wie Neomarxismus, Feminismus oder Antirassismus wurden nun vorwiegend auf der Ebene der Kultur praktiziert und verwandelten sich in unverbindlichere Betätigungsfelder wie Dekonstruktion, Gendertheorie und postkoloniale Studien. Sie verloren dabei an gesellschaftlicher Relevanz, aber gewannen dafür an Verfeinerung, Komplexität – und vor allem an Distinktionswert – hinzu: Mit all diesen Dingen, ursprünglich aus der Not der Ausgebeuteten geboren, konnte man nun plötzlich zeigen, dass man etwas Besseres war. Den bisher in etwa Gleichgestellten in der Firma konnte man nun deklassieren, indem man ihn zum Beispiel belehrte, dass man nicht mehr „Eskimo“ sagen dürfe. Auch das Klagen über sogenannte „Mikroaggressionen“ ist ein Geschäft unter durchwegs Bessergestellten – insbesondere Studierenden an teuren US-amerikanischen Eliteuniversitäten (und dort wieder speziell in den auf die Produktion von Luxusgütern ausgerichteten Disziplinen wie Kulturwissenschaft, Philosophie oder Kunst). Mit gesteigerter Empfindlichkeit kann man unter Eliten im Moralsystem „Opfersein“ zeigen, dass man etwas Feineres ist; und anders als in den unteren Gesellschaftsklassen bringt solche Klage Prestige, Sympathie und Gefolgschaft ein, die bis hin zum Shitstorming und Mobbing in den sogenannten „sozialen Medien“ reichen kann.<sup>13</sup> Den unteren Gesellschaftsklassen hingegen stehen, wie die Soziologen Campbell und Manning gezeigt haben, solche Solidarisierungen nicht zur Verfügung.<sup>14</sup> Dort herrscht vor allem das alte Kontrollsystem

<sup>12</sup> Siehe dazu Andreas Reckwitz: „Das Band zerreißt“ in: Die Zeit 9, 22. 02.2018, S. 43f.

<sup>13</sup> Siehe dazu Rudi Novotny: „Was geschah auf der Matratze?“, Zeit Online, 01.06.2015.

<sup>14</sup> Campbell / Manning, s. Anm. 2, S. 701. („The socially down and out are so infe-

„Ehre“ vor. Darin gewinnt man nur Ansehen, wenn man sich wehrhaft und nicht empfindlich zeigt. Identitätspolitik, Empfindlichkeit und „victimhood“ haben erfolgreich das gesellschaftliche Leid und seine Anerkennung nach oben, zu den Eliten, umverteilt.

### **Kulturalisierung linker Politik**

Ein entscheidender Grund für diese Entwicklungen dürfte darin liegen, dass seit den 1980er-Jahren die Mitte-Links-Parteien in Europa und Übersee sich in ihrer ökonomischen Politik nicht mehr von ihren konservativen und neoliberalen Gegnern unterschieden. Die einzig verbleibenden Unterschiede mussten nun auf dem Feld der Kultur markiert werden. Diese Kulturalisierung linker Politik führte dazu, dass Probleme der ökonomischen Basis nun nur noch auf der Ebene des ideologischen Überbaus behandelt wurden – so, als ob man dort wirksam etwas gegen sie unternehmen könnte. Als zum Beispiel der Ausbau des Sozialstaates, der eine Notwendigkeit für die Anliegen der Frauenbewegung der 1970er-Jahre war, in den 1980er-Jahren gestoppt und mit Austeritätsprogrammen zurückgefahren wurde, entschädigte man die Frauen verstärkt mit dem Binnen-I und ähnlichen Sprachkomplikationen. Und entsprechend der zuvor beschriebenen, diesen symbolischen Politiken eigenen Distinktionslogik verkleinerte man die Probleme zunehmend, indem man ihre Beachtung auf immer kleinere und marginalere Gruppen verlagerte – bis hin zu Hillary Clintons ständiger Betonung der sogenannten „LGTBQ+“-Agenda.

rior to third parties that they are unlikely to campaign for their support, just as they are unlikely to receive it.”)

Wenn man Probleme der Basis auf der Ebene des kulturellen Überbaus zu behandeln versucht, dann verabsäumt man es aber nicht nur, diese Probleme zu lösen, sondern man produziert sogar noch weitere, neue. Man lenkt die zum Engagement Entschlossenen nicht nur auf unbedeutende Nebenschauplätze ab und paralyisiert sie in endlosen Präliminarien über die Frage, wie zum Beispiel streikende Studierende einander korrekt, alle etwaigen Minderheiten einschließend und genderneutral ansprechen könnten. Es kommt offenbar unvermeidlich auch zu einer Wendung nach innen, wodurch Bewegungen, die ursprünglich sozusagen „alloplastisch“ auf die Veränderung der übrigen Gesellschaft gerichtet waren, nun beginnen, sich „autoplastisch“ selbst zu zerfleischen. Man fällt fast nur noch über Gleichgesinnte oder Gleichorientierte her. Ein schönes Beispiel für diese Entwicklung innerhalb der Trans- und Queer-Szene hat der 2017 veröffentlichte, bemerkenswerte Sammelband „Beißreflexe“ zur Darstellung und scharfsinnigen Analyse gebracht.<sup>15</sup> Politik wird nun, wie die Politologin Chantal Mouffe bemerkt hat, vorwiegend „im moralischen Register ausgetragen“<sup>16</sup> – ein sicheres Indiz für Entpolitisierung und Kulturalisierung. Man beginnt politische Versammlungen zum Beispiel mit der Aufforderung an einige der Anwesenden, erst einmal ihre „Privilegien zu checken“. Was als Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung gedacht war, wird dadurch plötzlich zu einem Prestigekampf darum, wer der oder die Unterdrückteste und Ausgebeutetste ist. Anstatt zu fragen, wofür die Genossinnen sind, ob sie dasselbe wollen und mit welchen Strategien sie es erreichen wollen, fragt man zuerst, wer sie sind. Nicht nur, dass man sich innerhalb dieses Diskurses kaum fragt, wozu das gut sein soll und was eigentlich

<sup>15</sup> L'Amour laLove, s. Amn. 9.

<sup>16</sup> Chantal Mouffe: „Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion“, Suhrkamp 2007, S. 11.

passieren könnte, sobald alle endlich ihre „Privilegien gecheckt“ haben; dieser Diskurs ist auch eigentümlich blind für die Tatsache, dass er selbst ein einziges Privileg ist. Es verwundert darum nicht, dass diejenigen, die ihn betreiben, ohne Umschweife bereit sind, alle weniger Privilegierten, die zu solchen luxuriösen Debatten keinen Zugang finden, als „Rassisten“ oder „Islamophobiker“ etc. zu bezeichnen. Da fragen sie dann bezeichnenderweise nicht, wer die anderen sind und warum – das heißt: aufgrund welchen mangelnden Privilegs – sie sich denn keine besseren Ansichten leisten können.

Es passt in dieses Bild, dass derzeit zum Beispiel die Sozialdemokraten aus den bürgerlichen Bezirken der Wiener Innenstadt, die kaum unter Problemen mit Zuwanderung zu leiden haben, gegenüber den diesbezüglich weitaus sorgengeplagteren Sozialdemokraten der proletarischen Außenbezirke als die „Linken“ innerhalb der Partei gelten. Der Hass, den die Bewohner verwahrlosender Arbeiterbezirke und -städte hier – ebenso wie zum Beispiel in England – gegen die sogenannte „Kulturlinke“ empfinden, mag vor diesem Hintergrund verständlich werden.<sup>17</sup>

Die „Kulturlinke“ wird nicht zu Unrecht als eine Distinktionseλίte wahrgenommen, die sich den Luxus „humaner“ Einstellungen leisten kann und damit die übrigen Elemente – auch der eigenen Partei – deklassiert. Die symbolischen Pseudopolitiken leisten somit einen nicht unerheblichen Beitrag dazu, dass die untere Mittelklasse immer mehr den Anschluss an den oberen Teil der Gesellschaft verliert. Diese zunehmende Aussichtslosigkeit hat wiederum zur Folge, dass diese Klasse weniger versucht, nach oben zu kommen, als vielmehr, nicht von nachdrängenden unteren Klassen – wie zum Beispiel ambitionierten Migrant\*innen – eingeholt zu werden.

<sup>17</sup> Siehe dazu Simon Winlow et al.: „The Rise of the Right: English Nationalism and the Transformation of the Working Class“, Policy Press 2017.

Didier Eribon hat in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“ anschaulich beschrieben, wie seine eigene Familie, die noch in den 1970er-Jahren regelmäßig kommunistisch wählte, danach ins Lager des Front National übergewechselt ist. Der scheinbare „Rechtsruck“ im Wahlverhalten in vielen westlichen Gesellschaften ist die Folge eines Klassenkampfes, den seit den 1980er-Jahren der kleine, obere Teil der Gesellschaft erfolgreich gegen den Rest geführt hat. Die Oberen haben sich von den Mittleren abgesetzt, und sie haben die Unteren auf die Mittleren losgelassen. Darum – keineswegs unerwünschte Konsequenz – streben die Mittleren nun nicht mehr mit einer linken Parole nach oben, sondern hoffen, sich mit rechten Strategien nach unten absichern zu können. Wenn man die Mittleren weit genug hinunter stößt, sind sie eben gezwungen, gegen die Unteren zu kämpfen. Auch die Identitätspolitik, als kulturelles Betätigungsfeld der (unteren) Oberen, hat hier seinen strategischen Platz: Denn die Unteren der Oberen müssen, um nicht selbst hinunter gestoßen zu werden, gegen die Mittleren kämpfen und sie mithilfe einer Verknappung von symbolischem Kapital weiter nach unten befördern.

### **Zurück zur Klassenpolitik**

Während die postmoderne Identitätspolitik einerseits ständig Menschen auf diverse Zugehörigkeiten und Herkünfte reduziert, übernimmt sie andererseits das frühbürgerliche, aufklärerische Pathos der „Beseitigung von Vorurteilen“. Darum werden gerade in einer brutalisierten „The winner takes it all“-Ökonomie ständig neue Diskriminierungsformen entdeckt (wie zum Beispiel „Ageism“ oder „Ableism“ sowie die zahlreichen sexuellen Ablehnungsvarianten wie „Terf“ und

„Swurf“<sup>18</sup>) und entsprechende zusätzliche Antidiskriminierungsrichtlinien erlassen sowie Antidiskriminierungsapparate eingerichtet. Damit soll suggeriert werden: Wir beseitigen alle Markthindernisse. Doch eine solche Politik setzt den Wettbewerb noch weiter außer Kraft und schafft zusätzliche Ungleichheit, da nun mehr als die bloße Leistung eben diverse tatsächliche oder angebliche Handicaps – in oft kaum nachvollziehbarer Weise – in Rechnung gestellt werden. Sie privilegiert überdies Identitätsnachteile gegenüber Klassenvorteilen, so dass zum Beispiel nun vermehrt Aufsichtsratsgattinnen an Stelle von Männern aus der Mittelklasse oder wenigstens von außerhalb der engeren Machtzirkel in die Aufsichtsräte gelangen.

Aber selbst unter den günstigsten Bedingungen kann die Politik der „Nichtdiskriminierung“ keine Gerechtigkeit schaffen: Wie der Theoretiker und Aktivist der Emanzipation der Schwarzen in den USA, Adolph Reed, treffend bemerkt hat, würde in einer solchen Gesellschaft weiterhin 1 Prozent der Menschen 90 Prozent der Ressourcen kontrollieren. Lediglich wären dann 12 Prozent dieses einen Prozents schwarz, 12 Prozent wären Latino, 50 Prozent wären Frauen, und ein wie auch immer gearteter aliquoter Anteil würde von LGTBQ+-Leuten gestellt.<sup>19</sup>

Die Erfahrungen der letzten Jahre sowie die scharfen Analysen von Fraser, Reed und vielen anderen haben somit deutlich gezeigt, dass ein Grundprinzip postmoderner Theorie in Wahrheit deren erste Lüge, ihr Proton Pseudos, ist: nämlich die These, dass grundsätzlich keinem gesellschaftlichen Kampf Vorrang gegenüber einem anderen eingeräumt werden dürfe.

<sup>18</sup> Siehe dazu Hengameh Yaghoobifarah: „Was ist denn SWERF und TERF?“, Missy Magazine, 01.12.2016.

<sup>19</sup> Siehe dazu Ben Norton: „Adolph Reed: Identity Politics Is Neoliberalism“, Blog des Autors, 29.06.2015.



Es sei „essentialistisch“ oder „fundamentalistisch“, wenn man zum Beispiel die Frage der Klasse vorrangig gegenüber jener der ethnischen Herkunft oder der sexuellen Orientierung behandle.<sup>20</sup> Buchstäblich essentialistisch aber ist etwas anderes: nämlich, wenn man für alle Zeiten und Verhältnisse stur eine grundsätzliche Gleichrangigkeit sämtlicher Konflikte behauptet und somit diese Frage des Vorrangs als von vorneherein geschlossene, anstatt als offene, empirische Frage betrachtet. Die Erfahrung hat doch inzwischen, wenigstens für die aktuellen Verhältnisse, eines gelehrt: Die Frage „Arm oder reich?“ (beziehungsweise, präziser: „Zugang zu Kapital oder nicht?“) bildet den Schlüssel für die Entstehung, die Polarisierung oder auch das Verschwinden sehr vieler übriger, in der Postmoderne gezielt überbewerteter Differenzen. Wenn man die Probleme der Identität und der Klasse von der Seite der Identität in Angriff nimmt, dann löst man darum meist keines von beiden. Wenn man sie aber von der Seite der Klasse in Angriff nimmt, dann löst man sehr oft alle beide. Denn in einer Gesellschaft, die sich auf Gleichheit zubewegt, werden den Menschen ihre Identitäten zunehmend egal. Sie achten dann nicht mehr darauf, was sie angeblich sind, sondern darauf, was sie werden können.

<sup>20</sup> Zu dieser Position siehe Ernesto Laclau / Chantal Mouffe: „Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus“, 5. Aufl., Passagen 2015 [1985].

# „Linke müssen erkennen, dass sie sich selbst ins Abseits gestellt haben“

**Die US-Soziologin Arlie Hochschild  
dokumentiert in ihrem Buch "Fremd in ihrem Land"  
eine gespaltene Gesellschaft**

*Frau Hochschild, Sie haben als selbsternannte Feministin, Linke und Öko-Spinnerin Trump-Wähler und Tea-Party-Anhänger getroffen und ein Buch über ihre Beweggründe geschrieben. Warum?*

Arlie Hochschild: Die aktuelle politische Sackgasse ist nichts Neues. Bereits vor fünf Jahren steckten wir in einer politischen Krise. Der Kongress war festgefahren, die Rhetorik eskalierte auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Es herrschte eine sehr negative Stimmung vor, zwischen den politischen Lagern gab es kaum noch konstruktiven Dialog. In dieser Situation bemerkte ich, dass ich in einer politischen Blase lebte. Ich war seit 30 Jahren Professorin für Soziologie im linksliberalen Berkeley, Kalifornien. Während alle um mich herum die gleichen Meinungen vertraten, wurde im Fernsehen oder in den Zeitungen ein ganz anderes Weltbild propagiert, mit dem ich nichts anfangen konnte.

Ich wollte also aus meiner eigenen Blase raus, um eine ähnliche, aber politisch entgegengesetzte Blase zu finden. Ich wollte alle meine Vorurteile und moralischen Bedenken beiseitelegen und mir selbst erlauben, neugierig zu sein. Ich wollte Menschen treffen, die nach einer anderen Wahrheit lebten. Diese Suche führte mich in den Süden, nach Lake Charles, Lou-

isiana. Mein erster Gedanke war: „Ich will in den Süden gehen, um mit den alten Weißen zu sprechen.“ Aber wohin genau? Ich sah mir also die Daten zur Präsidentschaftswahl 2012 genauer an. In Kalifornien sprach sich die Hälfte der weißen Wählerschaft für eine zweite Amtszeit Obamas aus. Im Süden, in den ehemaligen Konföderierten Staaten, war es dagegen nur ein Drittel; und in Louisiana mickrige 14 Prozent. Louisiana war also der Super-Süden.

*Waren Sie von Donald Trumps Wahlsieg überrascht?*

Als ich mit meinen Forschungen in Louisiana begann, hatte ich nicht mit einer Figur wie Trump gerechnet. Als ich jedoch eine seiner Kundgebungen am Flughafen in New Orleans besuchte, wurde mir klar, dass mein Forschungsgegenstand in Wahrheit sehr trockenes Anzündholz war. Donald Trump wurde zum Funken, der das Feuer entfachte.

*Gibt es ihrer Meinung nach zu viele Menschen, die die Anliegen (und Stimmen) der Tea-Party-Anhänger und Trump-Wähler als sexistisch, rassistisch oder einfach nur als falsch abtun?*

Ja, und das ist ein sehr großer Fehler. Es ist schlichtweg falsch, die Hälfte der Bevölkerung abzuschreiben, und das dann auch noch als großen, progressiven Akt zu verkaufen. Empathie ist unentbehrlich, wenn man andere Lebensweisen verstehen und echte Missstände beheben will. Ich bin der Meinung, dass die „Progressiven“ in diesem Land viel zu wenig Empathie gezeigt haben. Dabei sollte das ihre Priorität sein. Es ist sehr kontraproduktiv, Menschen, deren Meinung man nicht teilt, einfach als Rassisten, Trottel oder Rednecks abzustempeln. Genau diese Beleidigungen, diese Arroganz, haben die Menschen, die ich in Louisiana kennen lernte, zur Weißglut getrieben.

Viele Menschen sind zornig. Sie fühlten sich wie Fremde im eigenen Land. Daher auch der Titel meines Buches. Diese Menschen suchen nach jemanden, der sie wieder zurück auf den richtigen Pfad führt. Trump, mit seinen großen Versprechen und seinem Prunk, löste bei ihnen Begeisterung aus. Mit ihm würden sie den Gipfel erklimmen.

*Hat Trump die Präsidentschaft vor allem deshalb gewonnen, weil Hillary Clinton nicht für eine überzeugende und substanzvolle progressive Alternative stand? Sie verstehen sich selbst als Linke – denken Sie, dass die Tendenz vieler Linker, sich nicht mit rechten Ansichten zu befassen, zum Scheitern der Linken geführt hat?*

Ja, genau. Hillary verkörperte in den Augen vieler einen zerstörerischen Neoliberalismus. Die ganzen transpazifischen Handelsabkommen wurden von vielen amerikanischen Fabrikarbeitern als wirtschaftliche Bedrohung gesehen. Hillarys Kombination aus Neoliberalismus und Identitätspolitik kam bei der Wählerschaft nicht gut an. Sie betonte oft: „Ich stehe für Transsexuelle, für Frauen und für Schwarze.“ Damit zählte sie nur Personengruppen auf, anstatt auf die Umstände einzugehen, die die Situation dieser Gruppen verschärfen. Hillary sprach die „gläserne Decke“ für berufstätige Frauen an, ein Thema, das uns schon seit den 1970er-Jahren beschäftigt. Über die Strukturen, innerhalb derer Männer und Frauen gleich sein sollen, verlor sie jedoch kein Wort.

Überhaupt halte ich die Identitätspolitik für absolut kontraproduktiv. Hier auf dem Campus in Berkeley finden Sie den Philippinischen Unternehmerverband, gleich daneben ist die Samoanische Frauengruppe. Es ist wirklich bizarr. Es wird so viel Wert darauf gelegt, woher man kommt, anstatt darauf, was uns alle verbindet. Wir haben es hier also mit einem Paradox zu tun: Der Identitätspolitik geht es vorgeblich um Integration. Sie hat

jedoch aus dem Blick verloren, in was für eine Gesellschaft die Menschen integriert werden sollen. Hillarys Unbeliebtheit hatte also zwei wesentliche Gründe: Neoliberalismus und Identitätspolitik. Das hat sie nicht kapiert. Außerdem hat sie auf die Trump-Anhänger herabgeschaut. Sie bezeichnete die Hälfte von ihnen als „Erbärmliche“ (engl. „deplorables“). Hillary hat es leider einfach nicht geschafft, eine positive Vision zu artikulieren.

*Wenn man weiße Arbeiter fragt, welche Faktoren ihre Wahlentscheidungen beeinflussen, sprechen sie meist materielle Probleme an. Es geht um Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, abgehängte Regionen und ein schlechtes Bildungssystem. Trumps Versprechen, die Wirtschaft wieder auf Touren bringen und Jobs zu schaffen, klingen für diese Menschen viel attraktiver als Hillarys leere Schlagwörter. Ist das nicht ein wesentliches Problem der heutigen, bürgerlich geprägten US-Linken? Dass sie nicht versteht, dass Identität in einer handfesten Realität verankert sein muss, und nicht in der ständig fluktuierenden Identitätspolitik oder den Vorgaben der Political Correctness?*

Auf jeden Fall. Und dass sie nicht erkennt, dass auch die weiße Arbeiterklasse eine Identität hat, die für sie eine Quelle des Stolzes ist. Linksliberale müssen endlich zwei Dinge begreifen: Sie selbst sind die eigentlichen Fremden im eigenen Land. Und sie selbst sind zu einem gewissen Grad dafür verantwortlich. Wir Linken haben es versäumt, die Demokratische Partei zu einem Motor zu machen, der das Leben der breiten Masse verbessert. Natürlich hat die Demokratische Partei auch viel Positives bewirkt, etwa beim Mindestlohn oder dem Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Trotzdem hat sie viele wichtige Anliegen vernachlässigt. Ihre Rhetorik spricht viele Menschen einfach nicht an. Linke müssen endlich erkennen, dass sie sich selbst ins Abseits gestellt haben. Wir müssen aus unserer Ecke rauskommen und mit Menschen reden, die nicht einer Meinung mit uns sind.

*Die Trump-Präsidentschaft scheint Ihnen große Sorgen zu bereiten. Aber hat seine Wahl nicht auch positive Seiten? Hat sie nicht das Schweigen der Menschen gebrochen, denen Sie in Louisiana begegneten? Ist das blaue Auge, das dem Establishment bei der letzten Wahl verpasst wurde, nicht so etwas wie ein Weckruf, der eine neue, bessere Politik einleiten kann?*

Ja, das glaube ich tatsächlich. Als ich mit meinen Recherchen in Louisiana begann, rechnete ich nicht damit, Gemeinsamkeiten mit den Rechten zu finden. Ich wurde jedoch eines Besseren belehrt. Einmal machte ich mit einem großen Trump-Anhänger einen Angelausflug. Er verbrachte seine Kindheit auf einer Zuckerplantage und hatte sein Leben lang in der Ölindustrie gearbeitet. Er sagte zu mir: „Wissen Sie was? Es ist wirklich an der Zeit, dass die Politik nicht mehr vom Geld dominiert wird.“ Ich musste an meine linken Freunde denken, die sich für eine Reform der Wahlkampffinanzierung einsetzen. „Außerdem müsste man daran arbeiten, die Zahl der Gefängnisinsassen zu reduzieren“, meinte er weiter. „Viel zu viele Leute stecken wegen kleinerer Drogendelikte im Gefängnis.“ Darauf meinte ich: „Wissen Sie was? Die Linksliberalen teilen diese Meinung. Lass uns doch einmal nachdenken, was wir dagegen tun können.“ Solche Gespräche ergeben sich, wenn man sich auf die andere Seite einlässt.

Das Interview führte Ella Whelan.

# Kultur ersetzt Politik

## Die Politisierung von Lebensstilen vergiftet das öffentliche Leben

Von Trumps Wahlsieg in den USA über die Brexit-Revolte der britischen Arbeiterklasse mit ihrem tiefen kulturellen Antagonismus bis zur brodelnden Anti-Establishment-Stimmung, die inzwischen große Teile Europas erfasst hat, zeigt sich eines: die vor gar nicht allzu langer Zeit bereits tot geglaubten „Kulturkriege“ innerhalb westlicher Gesellschaften sind noch lange nicht vorbei. Im Gegenteil: Sie verstärken, verbreiten und vertiefen sich sogar, weil im Laufe der vergangenen 50 Jahre der kulturelle Bereich komplett politisiert wurde.

Weil die Kultur zu einem Schauplatz politischer Konflikte geworden ist, ist auch das ehemals Private heute von öffentlichem Interesse. Mit anderen Worten: Die verschiedenen Lebensweisen der Menschen und das Streben nach Selbstverwirklichung – durch Konsumgewohnheiten, Freizeitbeschäftigungen, intime Beziehungen, persönlichen Sprachgebrauch – sind zum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden, zu umkämpften Belangen, die es zu regulieren gilt. Es ist zu einer deutlichen Verschiebung gekommen: Es werden keine politischen Kämpfe mehr darüber geführt, ob wir uns genügend zu essen leisten können – es wird darum gekämpft, was und wie wir essen. Man kämpft nicht mehr für gleiche Grundrechte, sondern streitet über „unbewusste“ rassistische oder andere Einstellungen. Man debattiert nicht mehr die Ausrichtung der Wirtschaft, sondern beschäftigt sich mit dem Verhalten einzelner Akteure – von der Gier der Banker bis zur Habsucht der

Geschäftsleute. Die politische Ökonomie wurde von der Kulturpolitik verdrängt.

### **Die Relativierung der Kultur**

Wie konnte es dazu kommen? Warum ist die Politik heutzutage so vollkommen von Kultur durchsetzt? Warum geht es statt um ökonomische Konflikte – z.B. die Verteilung des Sozialprodukts – heute um kulturelle Konflikte über Glaubens- und Wertvorstellungen, über Selbstverwirklichung und Identität der Menschen?

Vieles erklärt sich durch die Entwicklung des Kulturbegriffs und seine semantische Ausweitung. Laut Raymond Williams bedeutete das Wort „Kultur“ ursprünglich nicht mehr als die „Pflege des natürlichen Wachstums“, also die Ertüchtigung des Menschen. Deutsche Aufklärer entwickelten eine stärkere Version dieser Selbstkultivierung und nannten sie „Bildung“. Im 19. Jahrhundert erweiterte und vertiefte sich die Bedeutung von Kultur – zunächst als romantische Gegenreaktion und später als legitimierende Ergänzung des industriellen Kapitalismus. Erstmals betrachtete man Kultur als eine Art Archiv der Menschheit, ein sicherer Aufbewahrungsort für Werte und Bedeutungen, die ökonomischen Beziehungen und Aktivitäten zu fehlen schienen.

Wie es der Dichter und Kulturkritiker Matthew Arnold 1869 in „Culture and Anarchy“ („Kultur und Anarchie“) ausdrückte: „Kultur als Studium der Vollkommenheit führt uns dazu [...], die wahre menschliche Vollkommenheit zu begreifen und alle Facetten unserer Menschlichkeit und unserer Gesellschaft zu entwickeln.“<sup>1</sup> Die Fähigkeit, ein solches Kulturideal zu artikulieren, erfordert allerdings eine selbstbewusste Elite,

<sup>1</sup> Mathew Arnold: „Culture and Anarchy“, Oxford University Press 1977, S. 11.



die sich im Großen und Ganzen darüber einig ist, was die Gesellschaft wertschätzen sollte. Die Bewahrung des Besten, „was je gedacht und gesagt wurde“ (Matthew Arnold), erfordert einen starken Sinn für kulturelle und soziale Autorität, die im aufklärerischen Denken verankert ist. Angesichts der Schreckgespenster Sozialismus und Kommunismus ist die kulturelle und soziale Autorität der westlichen Eliten jedoch (fast unmerklich langsam) zerfallen. Tonangebende Schichten können mit den Werten der Aufklärung immer weniger anfangen. Dadurch hat sich die Vorstellung von Kultur, die im 19. Jahrhundert entstanden ist, verändert.

Wie im 19. Jahrhundert wird Kultur als Prozess der Selbstkultivierung im Hinblick auf Werte, Bedeutungen usw. gesehen. Die universalistische Vorstellung, dass Kultur „das Beste“ verkörpert – Dinge, die für alle Menschen Bedeutung haben –, wurde jedoch aufgegeben. Kultur wird heute anthropologisch betrachtet, als eine Ansammlung von Deutungen und Werten einer bestimmten Gruppe von Menschen in einem bestimmten Umfeld. Der Kulturbegriff ist heute so wertfrei, dass es kaum noch etwas gibt, das nicht als „kulturell“ angesehen wird. Während ein paar unerschrockene Snobs noch von „Hochkultur“ sprechen, geht es überall sonst nur noch um „schwarze Kultur“, „Transkultur“ oder sogar „Bürokultur“.

Im Westen wurde seit den 1960er-Jahren jegliche kulturelle und soziale Autorität in Frage gestellt. Es begann ein Kampf um die Werte, nach denen die Gesellschaft leben sollte, ein Wettstreit zwischen den spießigen 1950er-Jahren und der Gegenkultur, zwischen der alten Politik und der neuen Linken. Solche Konflikte sind ein wesentliches Produkt der Relativität der Kulturen, der Umwandlung des Kulturbegriffs in eine anthropologische Kurzschrift für das, was bestimmte Menschen mit einem bestimmten Hintergrund an einem bestimmten Ort tun und woran sie glauben.

Man könnte leicht zu dem Schluss gelangen, dass die Relativität der Kulturen zu mehr Pluralismus und einer „Leben und leben lassen“-Mentalität führt. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Wenn verschiedene Kulturen innerhalb einer Gesellschaft, Gemeinschaft oder Nation existieren, dann führt die Relativität zu Spannungen zwischen den einzelnen Gruppen. Es entsteht ein Konflikt der Lebensweisen, der durch die Schwächung kultureller und sozialer Autorität und dem daraus folgenden Kampf um die kulturelle Vormacht verstärkt wird.

Einen wichtigen Beitrag zum Verständnis dieses Konfliktes leistet Pierre Bourdieus Meisterstück „Die feinen Unterschiede“ von 1979. Bourdieu selbst nennt das Werk „eine Art Ethnographie von Frankreich“, die auf Feldforschungen aus den 1960er-Jahren basiert.<sup>2</sup> Er enthüllt darin nicht nur den Zusammenhang zwischen sozialer Klasse und persönlichen „Vorlieben“, sondern zeigt auch, dass Unterschiede in der Lebensweise von den gesellschaftlichen Klassen genutzt werden, um sich von anderen abzugrenzen und an Status zu gewinnen. Bourdieu nutzte Geschmacksvorlieben, um zwischen Klassen von Menschen zu unterscheiden. Er erweiterte diese Klassifizierung, um eine Beziehung zwischen dem „Universum der ökonomischen und sozialen Bedingungen“ und dem „Universum des Lebensstils“ herzustellen. Schließlich drehte er dieses Verhältnis um und zeigte, wie eine Hierarchie von Vorlieben und Lebensstilen eine Hierarchie sozialer Klassen legitimiert.

Durch den Zerfall der sozialen und politischen Autorität in der Nachkriegszeit war die etablierte Hierarchie von Geschmack und Lebensstilen ins Wanken geraten. Bourdieu beschrieb diesen Umstand besonders treffend. Er erkannte den Konflikt unter der kulturellen Oberfläche und verstand,

<sup>2</sup> Pierre Bourdieu: „Distinction: A Social Critique of the Judgement of Taste“, Routledge 1986, S. 43, S. 48–49.

was passiert, wenn soziale Konflikte auf der Ebene der Kultur ausgefochten werden (also in Bezug auf Lebensstile und persönliche Vorlieben). Das Hinterfragen von Lebensweisen wird so als Angriff auf die Menschen selbst wahrgenommen – als Abwertung ihres gesamten Wesens, ihrer Werte und Überzeugungen.

„In Bezug auf Vorlieben [...]“, schreibt Bourdieu, „ist jegliche Festlegung eine Negation. Vorlieben sind wohl in erster Linie Abneigungen“. „Ästhetische Intoleranz“, fährt er fort, „kann furchtbar heftig sein. Abneigungen gegen verschiedene Lebensstile gehören wohl zu den stärksten Barrieren zwischen verschiedenen Klassen: Klassen-Endogamie ist ein Beweis dafür. Die Vereinigung von Vorlieben, die getrennt sein sollten, ist ein unerträgliches Sakrileg für diejenigen, die sich selbst als die Hüter der legitimen Kultur betrachten.“

### **Die Ästhetisierung der Politik**

Mit dem Abklingen des Kalten Krieges schwand auch die moralische und politische Autorität des Westens. Die Wohlfühl-Slogans über Freiheit und Demokratie, die sich aus der Opposition zur Sowjetunion ergaben, wurden ausgemustert. Die politischen Kämpfe verlagerten sich in den bereits äußerst politisierten Bereich der Kultur. Der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf 1992 drehte sich um Hillary Clintons abschätzigste Bemerkungen über „Kekse backende“ Hausfrauen, die vermeintlich rassistische Wortwahl des unabhängigen Kandidaten Ross Perot (er sagte zu einem schwarzen Publikum „euresgleichen“) und um Bill Clintons Umgehung des Kriegsdienstes in Vietnam.

Bill Clintons Versuch, die Debatte mit seiner berühmten Deklamation „Es geht um die Wirtschaft, Idiot“ („It's the economy, stupid“) zu entkulturalisieren, blieb erfolglos. Schließlich

war die Zeit ökonomischer Debatten vorüber. Margret Thatchers TINA-Credo („Es gibt keine Alternativen zu Marktwirtschaft und globalisiertem Kapitalismus“) hatte sich durchgesetzt. Die neue Debatte beschrieb der konservative Kommentator Patrick Buchanan 1992 sehr treffend: Es herrsche ein „Krieg um die Seele Amerikas, ... [ein Krieg] um das, was wir sind, um das, was wir glauben, [...] um die jüdisch-christlichen Werte und Überzeugungen, auf denen diese Nation errichtet wurde“. Dieser Krieg um die Seelen – die Kulturalisierung der Politik – bestimmt bis heute nicht nur in den USA, sondern überall in der westlichen Welt das öffentliche Leben.

Aber noch ein anderer Aspekt spielt eine Rolle. Nicht nur die Kultur wurde vollständig politisiert und zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Auch die Politik ist kulturalisiert und ästhetisiert worden. Sie ist zu einer kulturellen Ausdrucksform geworden, zu einem Mittel, um sich von anderen abzugrenzen und einen „überlegenen“ politischen Geschmack zu präsentieren. Egal ob es um den neuen Feminismus oder die „Black Lives Matter“-Bewegung geht: Politisch zu sein bedeutet heute nicht mehr, etwas über die Welt auszusagen, sondern über sich selbst. Der konservative Autor Joseph Epstein prägte in diesem Zusammenhang den Begriff „Virtucrat“ (Tugendkrat). Der Virtucrat ist ein Besserwisser, „[der] dich dafür fertigmacht, dass du eine andere Meinung zu Israel oder zur Umwelt hast.“ Er ist „ein moralischer Snob“, fährt Epstein fort. „[Der Virtucrat] ist nicht nur von der Richtigkeit seiner Ansichten überzeugt, sondern unterstellt jedem eine böse Absicht, der seine Meinung nicht teilt“.<sup>3</sup>

Und das ist ein gravierendes Problem. Die Ästhetisierung der Politik, die Entstehung eines neuen politischen Snobismus verleiht politischen Debatten eine unlösbare, kompromisslose Qualität. Politische Auseinandersetzungen arten in persönliche

<sup>3</sup> Joseph Epstein: „Snobbery: The American Version“, Mariner Books 2002, S. 158.

Konflikte zwischen unvereinbaren Lebensweisen aus. Argumente werden als Beleidigung gedeutet, Wahlniederlagen als Affront.

Die Monate seit dem Brexit-Referendum verdeutlichen die Kehrseite der Politisierung von Kultur und Lebensstilen. Die öffentlichen Tränen und absurden Kundgebungen der EU-Befürworter, die verächtlichen Pressekommentare über „Rassisten in unserer Mitte“ zeigen, dass Politik zu einer Frage des Stils geworden ist. Es geht nicht mehr darum, andere zu überzeugen, sondern darum, den politischen Gegner als minderwertig darzustellen.



4.

**GESCHLECHT**





# Nein, Frauen sind keine Opfer!

## Es gibt gute Gründe dafür, den #MeToo-Femnismus abzulehnen

Die Reaktion kam prompt und war heftig. Frauen, die die #MeToo-Kampagne kritisierten, wurden als Verräterinnen beschimpft: „Finde eine, die bereit ist, Solidarität gegen ein Schulterklopfen und einen Keks einzutauschen und nutze ihre Identität als Vorwand, um offen frauenfeindlich aufzutreten“<sup>1</sup>, heißt es in einem Beitrag in der HuffPost. Verglichen werden die „Dissidentinnen“ mit jenen bürgerlichen Damen, die im 18. und 19. Jahrhundert gegen das Frauenwahlrecht polemisierten oder Mütter zurück an den Herd kommandieren wollten. Gutsituierte, privilegierte Frauen, so die Botschaft, zögen es vor, Applaus aus der Männerwelt zu bekommen, statt Solidarität mit ihren bedrängten Schwestern zu üben.

Das mit dem Applaus ist natürlich nicht wahr, denn er galt eher der #MeToo-Seite. Zwar gab es wütende, frauenfeindliche Reaktionen gegen die Kampagne (vor allem aus den Tiefen des Internets). Doch im Großen und Ganzen wurde sie mit Lob und Anerkennung überhäuft. Nicht nur bei den Preisverleihungen der Filmbranche (z.B. bei den Golden Globes) wurde sie umworben, sondern auch in zahlreichen Zeitungsartikeln. Vom renommierten Time Magazin wurden die #MeToo-Initiatorinnen zur „Person des Jahres 2017“ gekürt. Am

<sup>1</sup> Claire Fallon: „The Fake Feminism Of The #MeToo Backlash“, Huffingtonpost Online, 19.01.2018.

Ende gab es sogar noch einen Pulitzer-Preis.<sup>2</sup> Auch von Seiten der Politik kam Applaus. So beglückwünschte die Kanzlerin wiederum das Time Magazin dafür, dass es die #MeToo-Aktivistinnen ausgezeichnet hatte<sup>3</sup>. Kritikerinnen der Bewegung fanden sich dagegen bei Talkshows nicht selten in der Außenseiterrolle (so z.B. die Rechtswissenschaftlerin Monika Frommel, bei einer „Hart aber Fair“-Sendung im Februar 2018).

Aber an den Vorwürfen stimmt noch etwas nicht: Bei #MeToo geht es längst nicht mehr nur um Solidarität mit Frauen, die sexuelle Gewalt erlitten haben, sondern um die Überhöhung des Opferstatus. Ein Beitrag in der taz, geschrieben als Antwort auf die Kritikerinnen, bringt dies gut zum Ausdruck. In dem Artikel, mit dem Titel „Der verdrängte Sexismus“ behauptet die Journalistin Heide Oestreich, unsere Kultur sei durchdrungen von der Abwertung von Frauen. „In unser aller Seelen steckt die Erfahrung, dass Frauen weniger wert sind als Männer“<sup>4</sup>. Woher dieses hartnäckige Minderwertigkeitsgefühl komme, deutet sie nur an (die sexistische Welt unserer Eltern und Großeltern, der „autoritär erzogenen ehemaligen Hitlerjungen und [...] braven deutschen Mädels“). Weil es aber ein rein psychologisches Phänomen ist, widersteht es offenbar allen gesellschaftlichen Realitäten. Nicht die #MeToo-Kritikerinnen, die stark aussähen, weil sie diese angeblich komplexen psychologischen Mechanismen leugneten, sondern die Frauen, die unter ihnen zu leiden hätten, seien der Normalfall, so Oestreich.

Die Ironie daran ist, Frau Oestreich klingt wie die oben erwähnten Emanzipationsgegnerinnen aus früheren Zeiten.

<sup>2</sup> Justin Lynch / Ben Finley: „Times, New Yorker Win Pulitzer for Weinstein Scandal“, New York Times Online, 16.04.2018.

<sup>3</sup> Robin Alexander: „Eine Kampagne gegen den 219a, und die CDU schweigt“, Welt Online, 08.12.2017.

<sup>4</sup> Heide Oestreich: „Der verdrängte Sexismus“, taz online, 11.02.2018.

Die vermeintliche körperliche, psychische und emotionale Labilität des „schwachen Geschlechts“ war lange Zeit eines der wichtigsten Argumente gegen die Gleichberechtigung. Wegen ihrer Verletzlichkeit sollten Frauen, anders als Männer, vom öffentlichen Leben möglichst abgeschirmt werden. In ihrer Streitschrift, „Die Antifeministen“ (erschienen 1902) wendet sich die bekannte Frauenrechtlerin Hedwig Dohm entschieden gegen jene Propagandisten weiblicher Schwäche: „Unsere Feinde [...] begründen ihre Gegnerschaft entweder mit der geistigen und körperlichen Minderwertigkeit der Frau [...] oder [...] mit ihrer mimosenhaften Zartheit“, schrieb sie. Ihr Augenmerk lag auf der Stärke und Widerstandskraft von Frauen. Die über 100 Jahre alte Botschaft, dass Frauen, im Großen und Ganzen, auch mit widrigen Umständen und schlechten Erfahrungen fertig werden und deshalb den Männern in nichts nachstehen, klingt gegenüber dem Jammerton Oestreichs geradezu erfrischend. Für viel zu viele #MeToo-Anhängerinnen gilt, dass wir alle für den Rest unseres Lebens gezeichnet sein müssen, wenn uns kleines, mittleres oder großes Unrecht zugefügt wurde. So werden wir zu ewigen Opfern gemacht, statt uns darin zu üben und zu bestärken, schlimme Erfahrungen, so gut es geht, hinter uns zu lassen.

Obwohl sie in einer Zeit lebte, in der Frauen tatsächlich massiv benachteiligt waren, wäre Dohm nicht auf die Idee gekommen, von einer sich selbst immer wieder vererbenden Kultur der Unterdrückung zu sprechen. Sie sah im Gegenteil, mit welcher Macht sich die Forderungen nach Freiheit und Gleichberechtigung durchsetzen konnten: „In der psychischen wie in der geistigen Welt ist alles in unaufhörlicher Bewegung [...]. Die Zeit ist unwiederbringlich hin, wo Königinnen und ihre Töchter spannen [...] und aufstehen mussten, wenn ein Mann ins Zimmer trat“<sup>5</sup>. Die Realität zeigt, wie Recht sie hatte. Frauen geht es

5 Hedwig Dohm: „Die Antifeministen“, Severus Verlag 2017, S. 7.

heute besser als je zuvor, und wenn es noch Bereiche gibt, in denen uns Freiheitsrechte vorenthalten werden, dann gilt es, diese politisch einzufordern. Die Behauptung, wir lebten nach wie vor in einer sexistischen Welt, schmälert nicht nur die Leistungen früherer Feministinnen, sondern ist auch faktisch falsch.

Die Erwartung, wir alle müssten stramm hinter #MeToo stehen, nur weil wir Frauen sind, zeigt, dass es nicht um Politik, sondern um Identität geht. Warum sollten sich Frauen eine Kampagne zu eigen machen, mit deren Kernbotschaft („Frauen sind Opfer“, „Wir leben in einer sexistischen Gesellschaft“) sie nicht übereinstimmen? Auch hier lohnt es, Hedwig Dohm zu zitieren, die diese Art der weiblichen Identität ablehnte: „Damit verfele ich ja in den Fehler der Frauen, die mit sich alle anderen Frauen identifizieren. Nein, die Frauen in ihrer Gesamtheit lassen sich nicht unter einen Hut bringen [...] Es gibt Amazonen und Opferlämmer, Hypatias und liebe einfache Hausmütterchen, – und alle wollen sich nach ihrer Wesensart betätigen und alle haben Recht, tausendmal Recht“<sup>6</sup>.

Die frühere Emanzipationsbewegung hat die Grundlage dafür geschaffen, dass Frauen über ihr Leben frei bestimmen können und heute Männern im Beruf und im gesellschaftlichen Leben in fast allen Bereichen vollkommen gleichgestellt sind. Diese Errungenschaft sollten wir uns nicht von selbst berufenen Feministinnen und Feministen heutiger Zeit nehmen lassen. Jede Frau, die etwas auf sich hält, wird das Recht verteidigen, das sagen zu dürfen, was sie wirklich denkt. #MeToo verlangt, dass wir uns als Frauen einer Art kollektiven Opferidentität hingeben. Das ist es, was die Kampagne so unsympathisch macht. Wie gut, dass es so viele Kritikerinnen gibt!

<sup>6</sup> Ebd., S. 79.

# Wir sind mehr als unser Geschlecht

**Die heutigen Genderdeterministen  
haben vergessen, was uns Menschen  
ausmacht**

Schon vor Beginn der #MeToo-Panik beförderte die permanente Berichterstattung über sexuelle Übergriffe eine Sichtweise, dass mit den Männern von heute irgendwas nicht stimmt. Sexuelle Belästigung und der Drang, Frauen zu missbrauchen, sei eine fest in Männern verankerte Eigenschaft, denn „männliche Mechanismen der Begierde sind von Natur aus brutal“. Für andere sind Männer zwar keine Monster von Geburt an, aber würden zu Sexualstraftätern „durch den Druck, sich einem geschädigten und schädigenden Bild von Männlichkeit anzupassen“. In diesem Sinn kritisieren sowohl Feministinnen als auch Männerrechtsaktivisten eine „toxische Männlichkeit“. Im Zuge der allgemeinen #MeToo-Empörungswelle entwickelten sich weitere Debatten. So kritisierten einige Feministen, dass z.B. Schülerinnen durch die Bezeichnung als „Mädchen“ ständig an ihr äußerliches, biologisches Geschlecht erinnert würden. Dies sei schlecht, weil man von dem biologischen Geschlecht einer Person nicht auf ihr inneres Wesen schließen könne. Abhilfe könnten hier etwa mehr geschlechtsneutrale Toiletten leisten. Hinzu kommen Debatten darüber, ob man Transgenderfrauen gleichermaßen als Frauen ansehen kann.

All dies wirft eine Frage auf: Ist das Geschlecht reine Überzeugungssache? Wenn jemand glaubt, eine Frau zu sein, ist diese Person dann auch eine Frau wie jede andere? So

werden heutzutage ehemals selbstverständliche Grundannahmen in Frage gestellt. Wir können z.B. nicht mehr davon ausgehen, dass ein Kind, das von außen wie ein Mädchen aussieht, tatsächlich auch ein Mädchen ist. Obwohl biologisches („Sex“) und soziales Geschlecht („Gender“) heute zunehmend als getrennt voneinander betrachtet werden, erleben wir, wie bestimmte genderspezifische Persönlichkeitsmerkmale und -attribute, häufig als „männliche Mechanismen“ bezeichnet, zunehmend als fest verwurzelte Eigenschaften eines Menschen dargestellt werden – entweder, weil sie durch Vererbung weitergegeben werden, oder als Produkt einer bösartigen Gesellschaft entstehen. Biologische Einschränkungen und sexistische Stereotypen in Frage zu stellen, kann Männern und Frauen zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung in ihrem Leben verhelfen. Doch die heute in der Gender-Debatte dominierenden Orthodoxien drohen unserem Verständnis von dem, was Männer und Frauen sein können, neue Grenzen zu setzen.

### **Die soziale Konstruktion des Geschlechts**

Das Ausmaß, in dem die Biologie nicht nur die soziale Rolle und Position einer Person, sondern auch ihre Persönlichkeit und ihren Charakter prägt, wurde seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend in Frage gestellt. Feministinnen wie Germaine Greer argumentierten, dass Frauen nicht von Natur aus unterwürfiger, weniger intelligent oder emotional fragiler seien als Männern, sondern dass Frauen sich nur so verhielten, weil es gesellschaftlich so erwünscht war. Die Unterscheidung zwischen Sex und Gender – biologischem und sozialem Geschlecht –, also auch zwischen Biologie und weiblichen beziehungsweise männlichen Verhalten und Charaktereigenschaften, wurde im Jahr 1955 von dem Psychologen John Money etabliert. Seine Sichtweise, wonach Menschen

zwar als Männer und Frauen geboren werden, Weiblichkeit und Männlichkeit aber rein durch die Interaktion mit Familie und Freunden, durch Erfahrungen in Schule und Arbeit sowie durch den Einfluss der Medien und kommerzieller Werbung geprägt werden, entwickelte eine starke Anziehungskraft auf Feministinnen in den 1960er- und -70er-Jahren. Diese Denkschule ging nicht davon aus, dass es keine biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen gab oder keinerlei Beziehung zwischen biologischem und sozialem Geschlecht existiert. Es ging vielmehr darum, dass Rollenerwartungen an Männer und Frauen durch soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen aufgebrochen und erweitert werden können, was sowohl Männer als auch Frauen von ihren biologischen Fesseln befreien würde.

Seit dieser Zeit wird die prägende Kraft der Biologie heruntergespielt, während die von Kultur und Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt. Bilderbücher für Kinder, in denen gezeigt wird, wie Väter zur Arbeit gehen, während Mama zu Hause bleibt; die Rede von Männern als Ärzten und Frauen als Krankenschwestern; bis zu dem weit verbreiteten Bild von Jungen, die mit Spielzeugautos spielen, und Mädchen, die sich um eine Puppe kümmern – all dies wurde dafür kritisiert, Jungen und Mädchen in das Korsett stereotyper männlich-beziehungsweise weiblichkeitsvorstellungen zu pressen. Aus der Entschlossenheit, mit der diese Stereotype in Frage gestellt wurden, spricht eine Denkweise, die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen und später zwischen Männern und Frauen nicht als von Natur aus gegeben, sondern als Ergebnis der Sozialisation und des Einflusses von Vorbildern begreift. In dieser Sichtweise sind wir zwar von der Biologie befreit, werden aber gleichzeitig zu nichts mehr als einem Produkt unserer Kultur.

## Der soziale Determinismus

Die Gendertheoretikerin Judith Butler geht sogar noch einen Schritt weiter und argumentiert, dass nicht nur unser soziales, sondern auch unser biologisches Geschlecht sozial bestimmt ist. Das soziale Geschlecht, so Butler, wird durch „Performance“ zur Geltung gebracht – es steht jedoch kein „Macher“ oder „Willensakteur“ hinter dieser genderbestimmenden Performance. Butler: „Es steckt keine Geschlechtsidentität hinter den Ausdrücken des biologischen Geschlechts; diese Identität wird performativ von genau den Ausdrücken konstituiert, die irrtümlicherweise als ihr Resultat gesehen werden.“ Der gegenwärtige Fokus auf Geschlechterneutralität müsse über den bloßen Kampf gegen Stereotype hinausführen, da – wie Butler nahelegt – jegliche geschlechtsspezifische Unterteilung eine Asymmetrie der Geschlechter und eine daraus entstehenden sozialen Erwünschtheit bestimmter Verhaltensweisen zur Folge hat. In diesem Verständnis ist das biologische Geschlecht nicht länger von Relevanz für unser soziales Geschlecht – das soziale Konstrukt alleine zählt.

Butlers Ablehnung einer Trennung von biologischem und sozialem Geschlecht, und somit des binären Systems der Geschlechterordnung, markiert einen Bruch zwischen Gendertheoretikern und radikalen Feministinnen. Für radikale Feministinnen ist die Trennung von biologisch und sozial konstruiertem Geschlecht ein wichtiges Mittel, die von ihnen empfundene Unterdrückung der Frauen in Frage zu stellen. Nur so können sie argumentieren, dass Frauen den Männern nicht unterlegen sind oder sich von diesen unterscheiden, sondern dass sie durch die Gesellschaft in untergeordnete Positionen gezwungen werden. Männliche Gewalt gegen Frauen wird hierbei als ein zentrales Mittel angesehen, diesen Zwang auszuüben. Für sie bedeutet Frausein, weiblich und daher von Männern bedroht zu sein.



Heutzutage sind es die radikalen Feministinnen (oft als „trans-ausgrenzend“ oder „TERFs“ verspottet), die am stärksten davon ausgehen, das Wesen einer Frau sei mehr als nur eine individuelle Überzeugung. So argumentieren sie, dass Transfrauen nie dieselbe systematische maskuline Gewalt erlebt haben, welche als Frauen geborene Frauen regelmäßig ertragen müssen. Eingeschlechtliche Räume wie Toiletten, Umkleieräume und Gefängnisse sind zu so einem Fokus geworden, weil Frauen – in den Augen radikaler Feministinnen – Orte benötigen, an denen sie vor männlicher Gewalt und Einschüchterung geschützt sind. Solche Räume sind für die Transgenderaktivisten wiederum eine Bedrohung für ihre Fähigkeit, sich unabhängig von beziehungsweise entgegen ihrer Biologie zu definieren.

### **Die Biologie kommt zurück ins Spiel**

Für diejenigen, die im Sinne Butlers argumentierten, dass die Geschlechtsidentität performativ von genau solchen Ausdrücken konstituiert wird, die irrtümlicherweise als ihr Resultat gesehen werden, gewinnt die Biologie wieder an Relevanz. Anstatt der Existenz, die der Essenz vorausgeht, oder der Biologie, die der Performance vorausgeht, wird hier das Verständnis umgekehrt – die Performance prägt die Biologie. Für Peggy Orenstein (Autorin von „Cinderella ate my daughter“) hat die soziale Konstruktion von Geschlecht besonders während der Kindheit eine prägende Wirkung: „Jede Interaktion, jede Aktivität stärkt einige neurale Schaltkreise auf Kosten anderer – und je jünger das Kind, desto größer ist dieser Effekt.“ Mit anderen Worten: Das kindliche Gehirn verändert sich mit geschlechtsspezifischen Erfahrungen, „Anerzogenes wird zur angeborenen Anlage.“

Die Vorstellung von Geschlecht als sozialem Konstrukt versprach die Befreiung von den Beschränkungen der Biologie. Stattdessen ist das Geschlecht heute stärker verankert und essentialisiert als je zuvor. Das Geschlecht ist vielleicht nicht mehr in unseren Genitalien, dafür aber in unseren Gehirnen und seinen Prozessen zu finden. Sowohl Transgenderaktivisten als auch Gendertheoretiker teilen diese Ansicht, dass es grundsätzlich zwei Arten von neuronalen Systemen gibt: ein rosa und ein blaues Gehirn. Weil diese stereotypen blauen und rosa Prägungen nicht von Geburt an existieren, sondern durch unser Verhalten entstehen, wird die Handlung, Menschen im Moment der Geburt in eine von zwei Kategorien einzuteilen, zu einer willkürlichen Zumutung. Dies ist eine völlige Umkehr feministischer Positionen aus den 1960er- und -70er-Jahren. Heute wird das biologische Geschlecht als willkürlich betrachtet, während unser soziales Geschlecht angeboren und statisch ist. Das soziale Geschlecht ist in unseren Köpfen zu finden, nicht in unseren physischen Äußerlichkeiten – das, was in unseren Köpfen ist, definiert uns, nicht das, was sich zwischen unseren Beinen befindet.

Dass das soziale Geschlecht in unseren Köpfen existiert, ist jedoch kein Argument dafür, dass Menschen ihre Genderidentität frei wählen können. So betonen Gendertheoretiker und Transgenderaktivisten stetig, dass das soziale Geschlecht kein bloßes Gefühl oder eine vorübergehende Laune, sondern eine in unseren Köpfen gleichermaßen reale und unveränderliche Eigenschaft wie die Genitalien ist – es ist nur nicht mit bloßem Auge sichtbar. Gemäß dieser Denkweise sind Transgenderpersonen am authentischsten, weil sie auf einzigartige Weise wissen, welche Art von Gehirn sie haben und dementsprechend versuchen, ihre physische Erscheinung in Übereinstimmung mit dieser Vorgabe zu bringen.

## Rosa und blaue Gehirne

Im Gegensatz zu der Vorstellung, dass das biologische Geschlecht irrelevant sei und das soziale Geschlecht lediglich mit einer von der Gesellschaft erwarteten Performance einhergeht (also trotz des tiefgehenden Einflusses auf die Struktur des Gehirns ein rein soziales Konstrukt ist), wird jedoch nun erneut von inhärenten biologischen und geschlechter-spezifischen Unterschieden gesprochen. So kritisiert Stephen Pinker die Idee des „unbeschriebenen Blattes“ bei Neugeborenen und die Annahme, dass „der menschliche Geist keine inhärente Struktur hat und von unserer Gesellschaft beliebig konstruiert werden kann“. In der Perspektive des unbeschriebenen Blattes würden einerseits Überzeugungen und Wünsche durch Reize und Reaktionen ersetzt, und andererseits der Kultur und Gesellschaft zugeschrieben, anstatt sie innerhalb der Köpfe von Individuen zu verorten. Nach Pinkers Überzeugung verklärt diese Sichtweise auf die menschliche Natur die Gesellschaft und treibt die Identitätspolitik an.

Der Evolutionspsychologie zufolge sind wir weit davon entfernt, ein unbeschriebenes Blatt zu sein, da die biologischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern die menschliche Natur prägen. Der Beweis für die Existenz natürlicher Geschlechtsunterschiede wird im Verhalten von Tieren und in Eigenschaften, die Menschen in sehr unterschiedlichen Kulturen und historischen Perioden allesamt teilen, gesehen. So haben der evolutionäre Druck sowie die Hormone, denen der Fötus im Mutterleib ausgesetzt ist, zwei unterschiedliche Typen von Natürlichkeit hervorgebracht. Laut Simon Baron-Cohen entstanden so zwei Arten von menschlichen Gehirnen, die „in unserer Neurophysiologie begründet sind“. Baron-Cohens weibliches Gehirn zeichnet sich durch mehr Empathie aus, während in dem typisch männlichen Gehirn stärker systematisiert wird.

Cohen weist darauf hin, dass nicht alle Männer ein männliches und nicht alle Frauen ein weibliches Gehirn haben, obwohl er im Großen und Ganzen den Gehirntyp mit dem biologischen Geschlecht verbindet.

Cordelia Fine, Autorin von „Delusions of Gender“ und „Testosterone Rex“, hinterfragt die Theorie hinter neuronalen Geschlechtsunterschieden, den rosa und blauen Gehirnen. Sie weist auf Studien hin, bei denen ein Mann und eine Frau zufällig ausgewählt und bezüglich ihrer Empathie getestet wurden. Demnach schneiden Frauen in etwa 40 Prozent der Fälle schlechter ab als Männer. Sie weist darauf hin, dass psychologische Tests von den Annahmen und Verhalten der Teilnehmer beeinflusst werden: Menschen spielen die geschlechtsspezifischen Erwartungen aus, weil sie denken, es sei sozial erwünscht. Fine leugnet nicht alle neuronalen Unterschiede, vielmehr argumentiert sie, dass „die bloße Komplexität des Verstands die Interpretation der Bedeutung von geschlechtsspezifischen Unterschieden im Gehirn zu einer fast unmöglichen Aufgabe macht“. Noch komplexer wird, wie Fine anmerkt, die Einschätzung, was geschlechtsspezifische Unterschiede im Gehirn für Unterschiede im persönlichen Geschlechtsverständnis bedeuten.

Es ist bemerkenswert, wie groß die Übereinstimmungen – trotz aller offensichtlichen Gegensätze – zwischen Transgenderaktivisten und Evolutionspsychologen sind: Geschlechtsunterschiede sind fest und angeboren, sie sind in unseren Neigungen und Veranlagungen sichtbar und stammen von unserem weiblichen oder männlichen beziehungsweise rosa oder blauen Gehirn. Der Unterschied zwischen den beiden Gruppen ist die wahrgenommene Beziehung zwischen Körper und Gehirn. Für Transgenderaktivisten ist jede Beziehung völlig willkürlich. Für die Evolutionspsychologen gibt es nicht nur eine starke Korrelation zwischen weiblichen Körpern und rosa Gehirnen, sondern oft auch eine kausale Beziehung.

## Mehr als unsere Gehirne

Fines Unterscheidung zwischen Gehirn und Geist ist entscheidend. Menschen sind genau so wenig auf ihre Gehirne wie auf ihre Genitalien zu reduzieren. Unser Bewusstsein, unsere Fähigkeit, im Einklang oder gegen unsere biologischen Anlagen zu agieren, anstatt sich einfach durch diese determinieren zu lassen, unterscheidet Menschen von Tieren. Die Entwicklungspsychologin Helene Guldberg weist darauf hin, dass „unsere genetische Verwandtschaft zu den Menschenaffen nicht unbedingt viel darüber aussagt, was es heißt, ein Mensch zu sein“, weil die Tiere „keine bewusste Wahrnehmung dessen haben, was sie tun“. „Sie können nicht tiefgehend über die beste Vorgehensweise nachdenken, bevor sie handeln“, so Guldberg, „oder anschließend darüber reflektieren, was sie soeben getan haben“.

Mit dem Verfassen von „Das andere Geschlecht“ warf Simone de Beauvoir die Frage nach der individuellen Handlungshoheit von Frauen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, als Antwort auf die damals vorherrschenden biologischen Weiblichkeitskonstruktionen auf. „Es ist nicht die Natur, welche die Frau definiert“, schrieb sie, „sondern sie definiert sich selbst, indem sie sich in ihrem emotionalen Leben mit der Natur auseinandersetzt“. De Beauvoir leugnete nicht den Einfluss der Biologie auf die menschliche Natur, sondern argumentierte, dass die Art und Weise, wie wir auf die Biologie reagieren, sowohl von der Gesellschaft als auch von den Menschen als Individuen bestimmt wird. Guldberg weist ebenso darauf hin, dass die Menschheit einzigartig sei, weil sie Kultur und Zivilisation – und somit sich selbst als Mensch – geschaffen hat.

Und so kann eine Frau dank des technologischen Fortschritts heute beispielsweise von Zuhause und nur wenige Tage nach einer vermuteten Empfängnis feststellen, ob sie

schwanger ist, und mit diesem Wissen ihre weitere Zukunft entwerfen. Ein weibliches Tier kann schwanger sein und sich vielleicht sogar in der Folge anders verhalten, aber es hat keine bewusste Wahrnehmung davon. Vor nur einem Jahrhundert hätte eine Frau, die entdeckt, dass sie schwanger ist, nur wenige Entscheidungen über die weitere Richtung ihres Lebens treffen können. Heute können Frauen (vor allem wohlhabende, westliche Frauen) entscheiden, ob sie mit der Schwangerschaft fortfahren wollen, ob sie weiterarbeiten oder ob sie Vollzeitmutter werden wollen. Was es bedeutet, schwanger zu sein, ist für Menschen und Tiere unterschiedlich und variiert je nach der von den Menschen geschaffenen Gesellschaft und den Vorlieben und Umständen von Individuen.

De Beauvoir betonte so die Fähigkeit einer Frau, ihr eigenes Schicksal zu gestalten. Heute wird diese Sichtweise aus allen Richtungen angefochten. Für einige sind wir ein Produkt der Gesellschaft – der Spielzeuge, die wir bekommen, der Bücher, die wir lesen, und der Medien, die wir konsumieren. Für andere sind wir ein Produkt unsere Gehirne, das manchmal mit unserem physischen Körper korrespondiert und manchmal nicht.

Biologische Geschlechtsunterschiede gibt es sicherlich. Wir können sehen, dass Männer im Durchschnitt größer, schwerer und stärker als Frauen sind. Wenn wir uns die Durchschnittswerte von großen Gruppen von Männern und Frauen ansehen, legt ein Großteil der Studien nahe, dass es noch weitere Unterschiede gibt: „Frauen sind etwas empfindlicher als Männer, während Männer die Gefühle sexueller Eifersucht stärker wahrnehmen [...]. Männer neigen dazu, in ihrer Vorstellung ein dimensionales Objekt besser rotieren zu können und umgekehrte Eigenschaften zu identifizieren, während Frauen ein Objekt in einem visuellen Feld besser lokalisieren können.“ Im Durchschnitt gibt es also Unterschiede zwischen dem typischen Mann und der typischen Frau, obwohl diese zu

einer Zeit, in der wir zunehmend jedes Thema durch das Gender-Prisma zu sehen, wahrscheinlich eher über- als untertrieben werden.

Die Ursache für diese Unterschiede, das genaue Gleichgewicht zwischen Anlagen und Umwelt, in der Praxis zu bestimmen, ist jedoch eine quasi unmögliche Aufgabe. Menschen existieren nicht unabhängig von der Gesellschaft als rein biologische Einheiten. Kinder werden in eine bereits existierende Welt mit konstruierten Gegebenheiten geboren, und ihre biologische Natur wird von Beginn an in Interaktion mit anderen Menschen gebracht. Menschen können Sozialisation nicht vermeiden, aber sie können – bis zu einem gewissen Maß – entscheiden, ob sie diese akzeptieren oder ablehnen.

In dem heute vorherrschenden Verständnis von Geschlecht kommt das persönliche Gefühl der Freiheit, über sein eigenes Leben bestimmen zu können und die eigene Persönlichkeit zu formen, zu kurz. Weder die biologische Natur noch unsere Gehirne noch die Gesellschaft legen einfach fest, wer wir sind – wir bestimmen individuell und kollektiv, wie wir auf sie reagieren. Wie Guldberg es formuliert: „Wir sind die einzige Spezies, die nicht durch unsere Biologie eingeschränkt ist. Unsere biologische Natur ist die Voraussetzung für unsere Menschlichkeit, aber unsere Instinkte werden durch menschliches Bewusstsein und Kultur zu etwas weit Bedeutsameren.“

Natürlich kann nicht jeder auf Einflüsse der Natur und Gesellschaft unter selbst gewählten Bedingungen reagieren, und wir werden wahrscheinlich nicht immer die Entscheidungen anderer nachvollziehen können. Die Geringschätzung, mit der viele Feministinnen von Müttern reden, die ihre Töchter rosa kleiden, oder von jungen Frauen, die bei sich eine Schönheits-OP haben durchführen lassen, verdeutlicht jedoch, dass es einige geschlechterspezifischer Entscheidungen gibt, die heutzutage stärker wertgeschätzt werden als andere. Germaine Greer schrieb im Jahr 1970: „Es braucht viel Mut und

Unabhängigkeit, ein eigenes Selbstbild zu entwerfen, und nicht der gesellschaftlichen Vorschrift zu folgen – aber es wird mit zunehmenden Fortschritt einfacher“. Heute müssen wir die Sichtweise der vielen verschiedenen Deterministen angreifen, wonach unser soziales Geschlecht definiert, wer wir sind.



# **Breitgetretener Quark: Über die politische Karriere einer Chiffre**

## **Beim Kürzel LGBTI\*QA geht es vor allem um Identitätspolitik**

Auf einer der ersten deutschen Demonstrationen, die sich ausdrücklich in die Tradition der New Yorker Aufstände von Homosexuellen und Trans\*menschen des Jahres 1969 gegen polizeiliche Willkür und Korruption stellten, machten etwa 300 Menschen mit – die meisten schwul, lesbisch, zwei Trans\*personen waren auch zugegen. Es war nicht die erste öffentliche Bekundung, bei der ausdrücklich schwule Männer und lesbische Frauen als Akteur\*innen auftraten, zuvor gab es Umzüge in Hamburg, Westberlin und Münster. Gleichwohl war die Gay-Pride-Parade in Bremen die erste, die sich performativ als Erbin der New Yorker Aufstände des Jahres 1969 verstand.

Das war in Bremen und nannte sich „Karneval“.

Das Kürzel LGBTI\* gab es damals noch nicht, es hat sich erst in den vergangenen zwanzig Jahren zu popularisieren begonnen, vor allem in Behörden, die Förderanträge für schwule oder lesbische oder Trans\*-Projekte zu betreuen haben: Wer staatliche Alimentationen will, muss jedoch mehr als sich selbst meinen. Schwules allein reicht nicht, auch nicht Lesbisches oder Trans\*: LGBTI\* meinte stets das gesamte Spektrum der „sexual otherness“, der sexuellen Orientierungen und Identitäten, die in der klassischen Heterosexualität, dem Bild von Mann + Frau (+Kind(-er)) keinen Platz finden.

In dieser Chiffre steckt auch der gutgemeinte Wille, anzunehmen, dass die aktivistischen Kerne der politischen Bewegung gegen den sogenannten Heterosexismus (die Vokabel ist in der queeren Community einschlägig und steht für die Kritik an der Annahme, die Welt sei in puncto Geschlechterordnung nur nach dem schon genannten Frau-Mann(-Kind)-Schema denkbar) nicht nur schwule Männer und lesbische Frauen kennen, sondern eben auch Menschen, die sich als trans\* verstehen oder als intersexuell – also geschlechtswechselnd oder einem Geschlecht schwer zuzuordnen beziehungsweise gar verweigern, das Geschlecht zu benennen.

Der legendäre Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld, 1935 im französischen Exil in Nizza verstorben, nannte das alles „Zwischenstufen“, es gab also schon in der Weimarer Republik ein stark artikuliertes und von allen Völkischen gehasstes und mit terminatorischer Lust diskreditiertes Wissen, dass es unter dem Himmel mehr als lediglich Männer und Frauen naturhaft gegengeschlechtlichen Begehrens gibt.

### **Homophober Beigeschmack**

LGBTI\* hat, wie angezeigt, mit der Zeit noch ein Sternchen angehängt bekommen, und das meint, von diesem Kürzel mögen sich auch alle angesprochen fühlen, die irgendetwas dazwischen sind. Das war bürgerrechtlich gemeint, im Sinne: Auch Menschen des sogenannten Dritten Geschlechts, Menschen also, die weder dem Mann- noch dem Frau-Schema zugeordnet werden können oder gar wollen, obendrein Menschen mit Wunsch nach Geschlechtswechsel, also Trans\*, haben Missstände politischer Art anzumelden.

Das alles, richtig, ist sehr kompliziert – und außerdem heißt es im Deutschen LSBTI\*, weil das G für gay steht, und gay, englisch: fröhlich, steht in den USA für schwul, im

Deutschen jedoch wollten es nur jene nutzen, die vom schroffen, schmähenden Klang des Wortes „schwul“ abgestoßen waren oder von diesem homophoben Beigeschmack nicht infiziert werden wollten.

Die Sache muss so ausführlich erklärt werden, und trotzdem ist es nicht leicht, sie heterosexuell orientierten Menschen zu erläutern. Mehr noch: Auch solchen, die sich einfach als schwul oder lesbisch verstehen. Denn die Urfassung der Chiffre LSBTI nahm berechtigterweise vor allem darauf Rücksicht, dass inzwischen auch Trans\*- und Inter-Personen öffentlich repräsentiert sein wollten. In auch einst üblichen Sprachformen wie „schwulesbisch“ oder „lesbischswul“ war das ja nicht der Fall. Was all diese Formeln aber eint, ist, dass sie bürgerrechtlich, nicht ideologisch oder identitär gemeint waren. Es ging nicht um Sammelsurisches, sondern, kurzum, um die Annonce öffentlicher Geltung, nicht mehr klandestiner Existenz – und damit um die Fähigkeit, öffentlich besprechbar zu werden, und sei es durch das, was der Soziologe Niklas Luhmann in etwa meinte, als er von der rhetorischen Fähigkeit zur Gehirnwäsche schrieb, die zur Geltung komme, wenn Anliegen politischer Drängeligkeit Diskursteilhabe beanspruchten.

Der Unterschied zwischen einem bürgerrechtlichen und einem identitätsverankernden Verständnis ist vielleicht so zu erläutern: Schwule und Lesben wollten keine Gesetze mehr gegen sich dulden (bei männlichen Homosexuellen der erst 1994 vollständig abgeschaffte § 175), Trans\* und Inter\* beanspruchten, nicht mehr Objekte von Medizin und Psychiatrie zu sein – sie wollten selbst mehr als nur ein Wort mitreden bei dem, was für sie wichtig ist, und vor allem, dass sie grundsätzlich keinen Medizinismus im kurierenden Sinne brauchen.

Und dennoch ist die Chiffre selbst ein mittlerer Horror – denn, so darf, ja so muss man fragen: Ist es nicht begreiflich, dass Heteros (männlich, weiblich oder in welchen Mixturen auch immer) das alles nicht begreiflich ist? Es gibt Schwule

und Lesben, und dass es Trans\* gibt, hat sich auch schon herumgesprochen, ebenso, dass das eigene Kind, wenn es einem Geschlecht nicht zuzuordnen ist, nicht Gegenstand von zwangsoperativen Eingriffen werden sollte oder gar möchte. Heteros verstehen, so ist zu hören, dass die Güte von Lebensweisen sich an Rechten bemisst, vor allem an jedwedem Fehlen diskriminierender Rechtsprechung.

Die Zurückweisung, wie sie etwa Slavoj Žižek unternahm, als er pauschal LGBTI\*-Politiken als solche des Minderheitlichen charakterisierte, ist freilich ebenso verstehbar. Die allzu große Liebe der US-Demokraten zu minoritären Anliegen wie die der LGBTI\*-Community habe dazu geführt, dass Donald Trump und sein Populismus habe gewinnen können. Tatsächlich, in einem politischen, nicht allein identitären Sinne, sind Fragen der „anderen Sexualität“ ja keine nur Minderheiten interessierende. Wahr am Anspruch von Trans\*-Personen ist, dass über die öffentliche Verhandlung von Trans\*-Anliegen die konkret betroffenen Personen überhaupt erst in der Agora, auf der die politischen Konflikte ausgetragen werden, sprechfähig werden. Schwule Männer und lesbische Frauen waren auch erst politikfähig, als sie sich, in der Bundesrepublik mit den frühen siebziger Jahren, zu Wort meldeten.

Erst diese Stimmkraft von Homosexuellen hat bewirkt, dass sich über ihre Communities hinaus der politische Mainstream – von den Linken bis zu den Unionskonservativen – mit den Fragen von Entpönlisierung und bürgerrechtlicher Gleichstellung befassen wollte. Insofern: Es ist kein identitäres Geklingel, melden auch Trans\*- und Interleute sich zu Wort, lautstark. Was ist schon, aus der Perspektive eines Philosophen wie Žižek, der in den Kategorien von Haupt- und Nebenwidersprüchen denkt, als wäre er Teil eines Think Tanks der stalinistischen Linken, dagegen zu sagen? Trans\*leute wollen nicht Objekte der Medizin sein, Inter\*menschen möchten, dass das

„Hermaphroditische“ nicht ein Medizinproblem bleibt – sondern als Anerkennenswertes Beachtung findet.

Problematisch wird es nur, wenn an diese LGBTI\*-Chiffre nun irgendwie auch noch Buchstaben wie Q und A angehängt werden – denn damit verliert sie ihren strikt alliierenden politischen Charakter, sie wird zu einer identitär im Irgendwie operierenden Gefühlsformel.

### **Lustlosigkeit als Haltung**

Denn Q heißt queer – und dieser Buchstabe bedeutet für manchen, dass es ein Sammelbegriff ist für alle, die nicht der heterosexuellen Ordnung sich zurechnen (können oder wollen). Als ein politisches Programm nach Gusto Judith Butlers möge das indes nicht ausgelegt werden: Queer ist wirklich nur – wenn auch nicht queertheoretisch astrein – ein Begriff für das Sammelsurische.

Q steht freilich auch für den Umstand des „Questioning“, für Menschen, die an ihre Art des sexuellen Begehrens noch viele Fragen haben. Klar, dass sie in das Kürzel der Erwähltheit LGBTI\*Q – so wird es in den entsprechenden queeren Szenen gern empfunden – aufgenommen sein möchten: Es signalisiert nun nicht mehr nur die Forderung nach rechtlichen Gleichstellungen, sondern die Möglichkeit, sich auch als Opfer (gern: des „Heterosexismus“) zu fühlen. Und damit mit einem Privileg auszurüsten – denn ein Dasein als Opfer bringt massive Vorteile in der öffentlichen Wahrnehmung, es ermöglicht auch die Teilhabe an den Manna-Ausgabestellen des Staates.

A hingegen will das auch: Es steht für Asexualität, Lustlosigkeit, und weil von der behauptet wird, dass sie auch eine Haltung gegen den heterosexuellen Traditionskomplex sei, möge sie ebenso in die opferistische Kürzelwendung mit integriert (sorry: inkludiert) werden. Fragen, dass Lustarmut

am Sexuellen eventuell einfach nichts bedeutet, außer dass jemand keine Lust hat, jemand anderem an die Wäsche zu gehen oder sich von ihr/ihm an die Wäsche gehen zu lassen, verbieten sich. Die heterosexuelle Struktur, wie sie fantasiert wird, ist eine dauergeile und erregungsfordernde – was zwar Unfug ist, aber als Stereotyp blendend jeden Smalltalk trägt.

### **Kein körperlicher Klang**

Denn darum geht es stets: Benachteiligt, übersehen, übergangen oder exkludiert zu sein und dies in eine Formel („Große Erzählung“) bringen zu können, ist von schwerer Münze (auch in Anträgen an staatliche Stellen, die um Förderung buhlen).

Insofern: Die zu LSBTI\*QA mutierte – ja entgrenzte – Formel markiert nicht mehr ein politisches, sondern ein identitäres Programm, das nicht mehr nach Politiken, nach Rechten und Rechtslagen fragt, sondern nach Einverständnis mit einer Welt, in der die Geschlechter sich auflösen, nur noch als Konstruierte scheinen – und alles abgelehnt wird, was irgendwie schlicht und ergreifend heterosexuell oder homosexuell sich äußert. Etwa eine Frau, die einen Mann will und mit diesem zusammen ein Kind oder gar mehrere. Ein Mann, der nicht queer sein möchte oder eine Frau, die dies auch nicht wünscht – die vielmehr lieber identitär in Ruhe gelassen werden möchten von den Zumutungen der politisch überheizenden Einschreibung ins politische Dissidente. Diese Figuren wären, recht besehen, in einem Verblendungszusammenhang gekerkert – schwer der Heteronormativität verdächtig, ließe sich spötteln, auf den Leim gegangen!

## **Bi – als halbes Ideal**

Schon das B in der entgrenzenden Formel ist ein, so scheint es, Missverständnis. Ein Mann, der einem Mann an die Wäsche geht, wünscht einen schwulen Akt und muss damit rechnen, als Homosexueller beschämt zu werden; bandelte die gleiche Figur mit einer Frau an, wäre dies ein Fall eben des Bisexuellen, der allerdings nur die Alltagsgelegenheiten umreißt: Schon die Empiriker von Alfred Kinsey wussten in den späten vierziger Jahren, dass mehr als die Hälfte aller Männer im Laufe ihres Lebens homosexuelle Erfahrungen machen, nicht nur während der Pubertät, dem Abschnitt jeder Biographie, der am stärksten psychisch verunsichert. Aber was soll an B, also Bi, ein Problem sein? Weil Bi-Menschen diskriminiert würden, sagen Bi-Menschen – und können dies nur deshalb nachhaltig behaupten, weil ihnen niemand zu widersprechen traut: Wer Opfererfahrungen schildert, hat fraglos Recht – das ist die Crux jeder Kritik an identitären Formeln.

In summa: Was an dieser beinahe grenzenlosen Formel LGBTI\*QA am heftigsten stört, ist freilich, dass sie in Wahrheit niemanden aufregt. „Ich bin schwul“ oder „Ich bin lesbisch“ oder „Ich bin trans\*“ – das hatte noch körperlichen Klang, der zu provozieren wusste, der auf Resonanz setzte – da steckte noch alle Ängstlichkeit vor „sexual otherness“ drin, das mutete den Adressaten zu, sich den eigenen Fantasien von Furcht und Nichtidentifikation zu stellen.

Aber LGBTI\*QA? Das ist breitgetretener Quark, der das Flüchtigste artikuliert, das es gibt: Identitäres. Dabei geht es vor allem um Rechte, um die Tilgung existentieller Einschränkungen von Staats und von Rechts wegen. Es muss das Politische gelten, mithin: Der Rest, also das wahre Leben, ist Privatsache.

# „Identitätspolitik ist eine fundamental anti- westliche Idee“

**Der kanadische Intellektuelle Jordan Peterson  
erlangte Bekanntheit als Kritiker eines Gesetzes  
über Transgender-Rechte.**

*Sie erregten 2016 sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit wegen Ihres Widerstandes gegen das kanadische Gesetz „Bill C-16“. In mehreren YouTube-Videos sprachen Sie sich gegen den Entwurf aus. Inzwischen wurde das Gesetz vom kanadischen Parlament verabschiedet. Um was geht es bei der „Bill C-16“ genau und was kritisieren Sie daran?*

JORDAN PETERSON: Mit der „Bill C-16“ werden Geschlechtsidentität und -ausdruck (engl. gender identity and gender expression) durch eine Ergänzung in der kanadischen Menschenrechtserklärung geschützt. Gerichte können zukünftig härtere Urteile fällen, wenn bewiesen werden kann, dass ein Verbrechen durch Vorurteile gegen diese Gruppen motiviert war. Das erscheint mir unschlüssig, da man Menschen, die einen ähnlichen Geschlechtsausdruck teilen, nicht als homogene Gruppe kategorisieren kann. Durch das Gesetz werden die kanadischen Bürger gezwungen, solche Pronomen zu verwenden, die sogenannte nicht-binäre Menschen – also Menschen, die sich selbst weder als Mann oder Frau wahrnehmen – festgelegt haben. Wenn man die erwünschten Pronomen nicht verwendet, drohen einem hohe Strafen. Ich habe Bedenken gegen das Gesetz geäußert, weil ich dadurch meine Redefreiheit bedroht sehe und weil es meiner Meinung



nach sehr gefährlich ist, solche Dinge gesetzlich vorzuschreiben. Mir erschloss sich nicht ganz, weshalb meine Äußerungen so viel Aufsehen erregt haben. Es lag wohl daran, dass ich mir ganz entschieden nicht den Mund verbieten lassen wollte. Mir ist mein Recht, frei reden zu können, sehr wichtig. Ich wollte es nicht beschränken lassen, ganz gleich, was passiert.

Daneben finde ich es problematisch, dass wir jetzt nur eine einzelne Sichtweise auf menschliche Identität im Gesetz stehen haben – insbesondere, was sexuelle Identität anbelangt. Die „Bill C-16“ legt fest, dass das biologische Geschlecht, die Geschlechtsidentität, der Geschlechtsausdruck und die sexuelle Orientierung unabhängig voneinander variieren. Das tun sie aber nicht. Der Gesetzgeber diktiert damit, dass sexuelle Unterschiede ausschließlich das Ergebnis unterschiedlicher Sozialisierung oder individueller Entscheidungen sind. Biologische Faktoren spielen keine Rolle. Solch eine Sichtweise gesetzlich zu verankern, ist höchst bedenklich. Ich denke, dieses Gesetz wurde nur deshalb verabschiedet, weil jene Ideologen, die an so etwas glauben, die intellektuelle Auseinandersetzung längst verloren haben.

*Die „Bill C-16“ kann also die Redefreiheit einschränken, indem Menschen gezwungen werden, das Pronomen zu benutzen, das vom Gegenüber bevorzugt wird. Dabei wurde auch oft der Bezug zur Transgendergemeinschaft hergestellt. Warum ist die Redefreiheit wichtiger als das Pronomen, mit dem bestimmte Geschlechtsgruppen angesprochen werden wollen?*

Bei meinem Einspruch gegen das Gesetz ging es nicht um die Frage, wie man mit Transsexuellen umgehen sollte. Mein Problem war einzig und allein, dass es absolut keinen Grund gab, das Recht auf Meinungsfreiheit in diesem Kontext einzuschränken. Es ist brandgefährlich, wenn der Staat reguliert, was gesagt werden darf und was nicht. Es wurde bisher kein wirklich ver-

gleichbares Urteil zu diesem Thema gefällt. Es ist ein schlimmer Präzedenzfall. Wie die bevorzugten Pronomen in der Praxis gebraucht werden sollen, ist dabei noch eine offene Frage. Bisher hat niemand einen vernünftigen Vorschlag vorgelegt.

Menschen müssen weiterhin ohne große Denkanstrengung reden und schreiben können. Auch das Verfassen von verständlichen, widerspruchsfreien Dokumenten wird durch die Verwendung von geschlechtsneutralen Pronomen zur Herkulesaufgabe. Es gibt über 70 weitere Pronomen zur Kennzeichnung verschiedener „Geschlechteridentitäten“. Fügt man diese auch noch hinzu, kommt es zur vollkommenen Verwirrung. Letztlich sind Pronomen Teil einer linguistischen Kategorie, die gegenüber Veränderung außerordentlich resistent ist. Gewisse linguistische Kategorien verändern ihre Form und ihren Inhalt schnell. Aber Pronomen ändern sich nicht.

*Obwohl Sie ein Verfechter der Redefreiheit sind, wurden Sie als transphob, Rassist und Rechtsextremer bezeichnet. Es gab sogar Forderungen nach Ihrer Entlassung. Wie kam es zu diesen Reaktionen?*

Ich habe linksradikale Gruppierungen verärgert. Sie warfen mir Beschimpfungen an den Kopf, die sie normalerweise nur für Anhänger der radikal rechten Szene rausholen. Aber es stellte sich heraus, dass ich kein Rechtsextremer bin. Nur weil man die radikale Linke angreift, heißt das noch lange nicht, dass man rechtsextrem ist. Ideologen neigen dazu, den Ruf einer Person beschädigen zu wollen, anstatt ihn direkt mit Argumenten zu konfrontieren.

*Viele der sogenannten „Social Justice Warriors“ argumentieren folgendermaßen: „Als schwarzer Mann, schwarze Frau etc. bin ich der Auffassung, dass ...“. Durch solche Aussagen signalisieren sie, zu einer bestimmten „Opfergruppe“ zu gehören, und er-*

*hoffen sich so Glaubwürdigkeit. Manche dunkelhäutige Aktivistinnen wollen es Weißen sogar verbieten, über „schwarze Themen“ zu sprechen, weil sie sich nicht in das Leben eines Dunkelhäutigen hineinversetzen könnten. Was denken Sie darüber?*

Hier zeigt sich ein gefährliches Problem innerhalb der radikalen Linken: Das Fundament ihrer Ideologie ist das Denken in Gruppenkategorien. Die radikale Linke betreibt Identitätspolitik. Sie wollen, dass man sich über seine Gruppenzugehörigkeit definiert. Dies ist eine fundamental anti-westliche Idee. Denn die Grundlage des Westens ist die Vorstellung, dass wir uns über unsere Individualität definieren. Man muss damit nicht einverstanden sein und kann sich natürlich auch über eine Gruppenzugehörigkeit definieren. Dann gibt es aber einige begriffliche Schwierigkeiten. Erstens, welche Gruppe? Das ist ein großes Problem, weil es immer mehr Gruppen gibt. Ist es das Geschlecht, die Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsausdruck, über den man sich definiert? Oder doch Rasse, Intelligenz, Persönlichkeit, Hautfarbe, Ethnie oder Sprache? Man gehört immer zu vielen verschiedenen Gruppen. Das wird sehr schnell problematisch. Auch deshalb muss sich die Linke seit einer Weile mit dem Problem der Intersektionalität herumschlagen – also der Überschneidung verschiedener Diskriminierungsformen in einer Person. Und es gibt noch ein anderes Problem. Wenn zunehmend Menschen ihre Hautfarbe als bestimmende Identität wählen, bekommen Fragen der ethnischen Zugehörigkeit wieder stärkeres Gewicht. So können wir aktuell beobachten, wie sich die radikale Rechte in Amerika die radikale Linke zum Vorbild nimmt und selbst anfängt, identitätspolitisch zu argumentieren.

*Sind aber manche Gruppen nicht tatsächlich Opfer von Diskriminierung?*

Das Leben ist nicht leicht. Menschen werden von allen Seiten her bedrängt. Wir sind alle sowohl Opfer und Profiteure der Vergangenheit. Unsere Biologie macht uns zu verletzbaren Wesen. Das irdische Leben ist hart und die Gesellschaft ist tyrannisch. Die Frage ist nur, was man dagegen tut. Die Antwort ist nicht, sich als Opfer zu sehen, nach Tätern Ausschau zu halten und die eigene moralische Überlegenheit zu suggerieren. Opfersein ist ein kindlicher Zustand. Opfer sind nach Definition durch Fremdverschulden benachteiligt. Wenn das so ist, kann man den Schuldigen aufspüren und ihn dafür bestrafen. Die Linke ist ständig auf der Suche nach vermeintlichen Tätern. Ein enormer Teil ihrer Motivation besteht darin, Kategorien entmenschlichter Personen zu kreieren, an denen man sich rächen kann. So manifestiert sich das Ressentiment. Ich habe Studien zu den Ursachen für Genozide mit ein paar meiner Studenten durchgeführt. Es zeigte sich klar, dass die Täter des Genozids sich selbst anfänglich fast immer als Opfer aufgefasst hatten. Dieses ganze Spiel ist also höchst gefährlich.

*Sie kritisieren den Postmodernismus als die ideologische Rechtfertigung für die Identitätspolitik und den Opferkult. Wie meinen Sie das genau?*

Die Postmodernisten fanden heraus, dass es eine sehr große Anzahl an Vorgehensweisen gibt, um eine sehr kleine Anzahl an Phänomenen zu interpretieren: Man kann Hamlet auf vielfältige Weise interpretieren. Aus der Existenz dieser unzähligen Interpretationsstrategien ziehen sie den Schluss, dass es so gut wie unmöglich sei, deren Wert oder Nützlichkeit hierarchisch zu ordnen. Daraus leitet sich die These ab, wonach letztlich vor allem die Mächtigen entscheiden, welche Interpretation richtig und welche falsch ist. Beim ersten Teil (es gibt unzählige Interpretationsansätze) liegen sie richtig. Beim zweiten Teil jedoch liegen sie falsch: Dass es viele Interpretationswege gibt, heißt

noch lange nicht, dass es auch viele gültige Interpretationen gibt. Wenn man Hamlet als Aufforderung zum Suizid interpretiert, würde ich das als ungültige Interpretation bezeichnen. Sicher könnte man auch für diese Interpretation Argumente finden. Die Frage ist aber, was eine gültige Interpretation ausmacht. Die postmoderne Antwort darauf lautet: Es gibt keine gültigen Interpretationen, sondern nur Ansprüche auf Macht. Das halte ich letztlich für eine absurde Behauptung.

*Im 19. und 20. Jahrhundert wurzelte die Linke in der aufklärerischen Vorstellung der Möglichkeit des Universalismus. Doch weite Teile der heutigen identitätspolitischen Linken lehnen nicht nur den Universalismus ab, sondern auch Meinungsfreiheit und sogar die Aufklärung. Was sagen Sie zu dieser Entwicklung?*

Ich habe mich in den 1970er-Jahren bei den demokratischen Sozialisten engagiert. Die sorgten sich wirklich um die Arbeiterklasse und ihre Not – zumindest taten das die Besseren unter ihnen. Weiß Gott, was die Linke heute genau treibt. Soweit ich das beurteilen kann, ist es fast alles destruktiv. Das, was einem auch oft von Frauenforschern zu Ohren kommt: „Das Patriarchat ist korrupt, es muss niedergerissen werden!“. Da muss ich entgegen: „Aha, das ist also euer Ziel, Dinge niederzureißen? Ihr wollt den Westen niederreißen? Die freieste, reichste und prächtigste Gesellschaft, die je existiert hat? Und durch was wollt ihr sie ersetzen? Durch utopische Visionen des 20. Jahrhunderts oder die Schurkenherrschaft, die im Rest der Welt das Sagen hat?“

Ein Beispiel, wozu diese destruktive Haltung führen kann, ist der Fall von Lindsey Shepherd. Sie ist Professorin an der Wilfrid-Laurier-Universität in Kanada. An der Uni zeigte sie ein Video des kanadischen Staatsfernsehens, in dem ein Professor namens Nicholas Matte und ich uns zum Thema „Bill C-16“ äußerten. Shepherd wurde deswegen vor einen universitären

Untersuchungsausschuss gezerzt. Die Anklage: Sie habe gegen Provinz- und Bundesgesetze verstoßen. Man warf ihr vor, transphob zu sein, kürzte ihre Lehraufträge und regelte alles hinter verschlossener Tür. Aber Lindsey Shepherd nahm das Gespräch heimlich auf und veröffentlichte es. Es ist der größte Skandal, den es an einer kanadischen Universität je gegeben hat. Und das ist nur ein Vorgeschmack dessen, was noch kommen könnte. Und wir wissen ganz genau, wie das aussehen könnte. Wir haben sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums schon Erfahrung mit Meinungszensur gesammelt. Wir täten alle gut daran, uns dafür einzusetzen, dass sich derartige Erfahrungen nicht wiederholen.

Das Interview führte Andrea Seaman.

# Sex und falsche Identitäten

## Wieso sich Menschen zunehmend selbst in Schubladen einsortieren

„Bist Du ein Top oder ein Bottom?“ lautet eine der ersten Fragen, die sich schwule Männer gegenseitig stellen.<sup>1</sup> Eine persönliche Vorliebe beim Sex wird zum dem, was man ist: Oben oder Unten. Die Frage nach der subjektiven Vorliebe im Schlafzimmer verhärtet sich zu unterschiedlichen Kategorien von Personen, oder, wie es ein schwuler Mann ausdrückte, zu „zwei vollkommen unterschiedliche Arten von schwulen Homo sapiens“.

Ähnliches spielt sich in vielen anderen Lebensbereichen ab. Tatsächlich sind es solche stereotypen Identitätskategorien, die zu einem großen Teil die Struktur des gesellschaftlichen Lebens vorgeben. Diese Kategorien formen die persönliche Identität, sie gruppieren Personen und strukturieren ihre Beziehungen sowohl zueinander als auch zu anderen Gruppen. Mit dem Niedergang der politischen Parteien und Vereine erwarteten Gesellschaftstheoretiker ein Gesellschaftsleben ohne Struktur. Der britische Philosoph Zygmund Bauman<sup>2</sup> sprach von der endlosen Flüchtigkeit des Lebens: Menschen würden sich in befristete und strukturlose Verbindungen zu anderen begeben, die von ihm beschriebene „flüchtige Moder-

<sup>1</sup> Beyond Steven: „I am not my sexual position. A versatile's perspective“, Mused online, 17.07.2012.

<sup>2</sup> Zygmund Bauman: Flüchtige Moderne, Suhrkamp 2003.

ne“ ist form- und substanzlos. Der Soziologe Jean Baudrillard<sup>3</sup> stellte sich die post-politische Gesellschaft als „Masse“ vor: ein schweigender, ausdrucksloser und unbeweglicher Klumpen, in dem jegliche Bedeutung verschwindet.

Doch so ist es nicht gekommen. Vielmehr erscheint eine neue, auf Kategorien basierende Gesellschaftsstruktur. Die Gesellschaft wird verschachtelt, jede Kategorie wird unterkategorisiert. Eine Person ist männlich/weiblich, homo/hetero/bi/BDSM, Top/Bottom, flexibel Top/Bottom und so weiter.

Diese Kategorien haben eine rigide, kastenartige Qualität. Selbst wenn man sich aussucht, homo oder hetero zu sein, Muslim oder Nicht-Muslim – die Kategorie wird ein Eigenleben entwickeln und scheint den Menschen zu formen. Eine Studie über die Beziehungen zwischen Tops und Bottoms zitiert schwule Männer wie folgt: „Irgendwie entwickelte sich dieses Bild von mir als ein sehr aggressiver Bottom“, „Es gibt da eine Top-Mentalität. Ich hasse es, das zu sagen, aber ich bin ein Bottom [...]. Ich will nicht auf diese Weise identifiziert werden. Es fühlt sich so an, als würde es mich von Kopf bis Fuß in etwas verwandeln.“<sup>4</sup>

Hat man eine Schublade gewählt, stellt man fest, dass die Schublade „mich in etwas verwandelt“. Sie nimmt etwas von der Individualität, kreiert den Stereotyp einer Person und bestimmt die Beziehungen zu anderen entlang stereotyper Bahnen. Ebenso wie die alten Gesellschaftsstrukturen der Kaste oder des Standes wird die Identitätskategorie als etwas Fremdes, von außen Kommendes empfunden, das den Menschen beherrscht.

<sup>3</sup> Jean Baudrillard: „Im Schatten der schweigenden Mehrheiten oder das Ende des Sozialen“, Matthes & Seitz 2010.

<sup>4</sup> Steven Gregory Underwood: „Gay Men and Anal Eroticism. Tops, Bottoms, and Versatiles“, Harrington Park Press 2003.



Das unterscheidet sich grundlegend von der Beziehung eines Individuums zu politischen Parteien oder Vereinen, denen es angehört. Die subjektiven Interessen der Parteimitglieder werden in gesellschaftliche Formen kanalisiert und von ihnen strukturiert. Das Individuum ist Teil des lebenden Körpers, den der Verein darstellt, man bildet ihn und wird von ihm gebildet. In einem freiwilligen Zusammenschluss sind das Individuum und die Gruppe in einer konstanten Beziehung, sie formen sich gegenseitig.

Die Identitätskategorie wirkt hingegen mehr wie eine Schublade: eine externe Form, in der die Individuen als getrennte Dinge liegen. Diese gesellschaftliche Form beruht nicht auf dynamischen Beziehungen zwischen Individuen, sondern auf einer gemeinsamen Eigenschaft, die sie besitzen: einem Genus. Diese Kategorien scheinen für das Individuum etwas sehr Privates und Persönliches zu sein – doch in Wahrheit sind sie verknöchert und verhärtet und übernehmen das Innenleben.

Wenn man Teil einer Schublade ist, dann verschwindet das persönliche und subjektive Leben. Man fängt an, zu seiner Schublade zu werden, und man bezieht sich nicht als man selbst auf andere, sondern im Namen der Schublade, in die man sich gesteckt hat. Es ist bezeichnend, wie feindselig sich unterschiedliche Identitätsgruppen gegenüberstehen. Die schwul-lesbische-bi-trans-Gemeinschaft verstrickt sich in Gezänk zwischen den unterschiedlichen Sektionen. Sie streiten um die Vormachtstellung und darüber, wer bei einer bestimmten Initiative dabei sein darf und wer nicht. Das geht so weit, dass weibliche Transsexuelle von Lesben erwarten, als Sexualpartner akzeptiert zu werden<sup>5</sup>, und Lesben andererseits ihre „sicheren Räume“ der Damentoiletten gegen Trans-Invasoren verteidigen.

<sup>5</sup> Firewomon: „Et tu, Owen Jones?“, [Firewomon.wordpress.com](http://Firewomon.wordpress.com), 24.02.2015.

Die Frage danach, wer Sex mit wem hat oder wer wessen Toiletten benutzt, nimmt die merkwürdige Form einer Verhandlung zwischen Stämmen an. Das ist ganz so, als ginge es beim Sex wieder um Endogamie und Exogamie, also darum, ob man lediglich innerhalb oder auch außerhalb des Stammes heiraten darf. Es soll sogar eine gewisse Feindschaft zwischen „Tops“ und „Bottoms“ geben.<sup>6</sup>

Diese Feindseligkeit hat im Vergleich zu sozialen Gegensätzen in der Vergangenheit, wie jenen zwischen unterschiedlichen Berufen, Klassen oder religiösen Sekten, eine andere Qualität. In diesen Fällen war die Gegnerschaft eine Konsequenz des Lebens in der Gemeinschaft – darin spiegelte sich, in welchem Maß die Interessen der Gemeinschaft mit denen anderer in Konflikt gerieten. Dagegen mangelt es den heutigen Identitätskategorien an wirklichem Innenleben und gesellschaftlicher Existenz: Sie sind keine Vereinigung, sondern nur eine Versammlung von Individuen. Eine Kategorie erwacht gewissermaßen nur durch den Konflikt mit gegensätzlichen Kategorien zum Leben. Was jemand ist, wird demnach vornehmlich durch den Konflikt definiert, der sich gegen das richtet, was man nicht ist.

Eine Person ist zunehmend nur noch wirklich „Trans“ oder „Moslem“, wenn sie sich über einen „Mangel an Trans-Repräsentation“ oder Islamophobie beschwert. Nur im Augenblick der Opposition wird eine kategoriale Identität aufgestellt, wenn auch auf eine flache und stereotype Weise. Offenbar sucht man Konflikte zum Zwecke der Selbstkonstitution. Das erklärt, warum sich immerzu gerade die Leute beschwerten, die so gut wie nichts haben, worüber sie sich beschweren könnten. Die Menschen haben die Möglichkeit, der zu sein, der sie sein wollen, sie können lieben, wen sie wollen und der Religion

<sup>6</sup> Madison Moore: „14 Reasons It’s Harder Being A Bottom Than A Top“, Thought Catalog, 26.09.2013.

ihrer Wahl folgen – dennoch erscheinen sie wie Gefangene ihrer Etiketten, eingeschlossen in Beziehungen gegenseitiger Feindschaft mit anderen Etiketten.

Der wahre Kampf findet nun nicht zwischen absurden Identitätskategorien statt, sondern gegen die Kategorien. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass diese Titel uns tragen“, schreibt ein schwuler Mann<sup>7</sup>, ein anderer nennt die Einteilungen „doof“<sup>8</sup>: „Was ist denn mit der Liebe geschehen, mit der Chemie, mit dem Verlieben in einen anderen Menschen?“ Dieser Text versteht sich als Aufruf, man selbst zu sein und ernsthafte Beziehungen und Vereinigungen mit anderen einzugehen, als Aufruf zum Kampf gegen die Stereotypen und Schubladen der gesellschaftlichen Identität. Der Sieg wäre eine Erlösung sowohl des Einzelnen als auch der Gemeinschaft und nicht zuletzt der Romantik.

<sup>7</sup> Steven, s. Anm. 1.

<sup>8</sup> Cover87: „r u a ToP oR BoTtOm?“, YouTube, 27.02.2009.

ten. Die Menschen haben die Möglichkeit, der zu sein, der sie sein wollen, sie können lieben, wen sie wollen und der Religion ihrer Wahl folgen – dennoch erscheinen sie wie Gefangene ihrer Etiketten, eingeschlossen in Beziehungen gegenseitiger Feindschaft mit anderen Etiketten.

Der wahre Kampf findet nun nicht zwischen absurden Identitätskategorien statt, sondern gegen die Kategorien. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass diese Titel uns tragen“, schreibt ein schwuler Mann<sup>1</sup>, ein anderer nennt die Einteilungen „doof“<sup>2</sup>: „Was ist denn mit der Liebe geschehen, mit der Chemie, mit dem Verlieben in einen anderen Menschen?“ Dieser Text versteht sich als Aufruf, man selbst zu sein und ernsthafte Beziehungen und Vereinigungen mit anderen einzugehen, als Aufruf zum Kampf gegen die Stereotypen und Schubladen der gesellschaftlichen Identität. Der Sieg wäre eine Erlösung sowohl des Einzelnen als auch der Gemeinschaft und nicht zuletzt der Romantik.

<sup>1</sup> Steven, s. Anm. 1.

<sup>2</sup> Cover87: „r u a ToP oR BoTtOm?“, YouTube, 27.02.2009.

**AUTOREN**



JOSIE APPLETON

Josie Appleton ist Obfrau der britischen Bürgerrechtsorganisation Manifesto Club. Zuletzt erschien von ihr „*Officious: Rise of the Busybody State*“ (Zero Books, 2016).

SABINE BEPLER-SPAHL

Sabine Beppler-Spahl ist Diplom-Volkswirtin, Deutschlandkorrespondentin des britischen Online-Magazins Spiked sowie Vorsitzende des Vereins Freiblickinstitut e.V. Sie ist Mitautorin von „*Offene Grenzen? Chancen und Herausforderungen der Migration*“ (Argumente der Freiheit, Bd. 34, 2014).

TIM BLACK

Dr. Tim Black ist verantwortlicher Redakteur des Spiked-Review beim britischen Novo-Partnermagazin Spiked.

JAN FEDDERSEN

Jan Feddersen ist Redakteur bei der Berliner Tageszeitung taz. Ein Schwerpunkt seiner journalistischen Arbeit ist Homosexualität, insbesondere deren Diskriminierung. Ein anderer ist Popmusik und dort insbesondere der Eurovision Song Contest, zu dem er mehrere Bücher verfasste, u.a. „*Wunder gibt es immer wieder. Das große Buch zum Eurovision Song Contest.*“ (Aufbau Verlag, 2010).

FRANK FUREDI

Frank Furedi war Professor für Soziologie an der University of Kent (Großbritannien). Zuletzt erschienen von ihm „*Populism and the European Culture Wars: The Conflict of Values between Hungary and the EU*“ (Routledge, 2017) und „*What's Happened To The University?*“ (Routledge, 2016).

GERD HELD

Dr. Gerd Held ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er war Privatdozent an der TU Berlin. Zuletzt erschien von ihm „*Etwas geht zu Ende: Über die deutschen und europäischen Krisen der Gegenwart. Kommentare und Essays 2015 – 2016*“ (Tichys Einblick, 2016).

JASON D. HILL

Jason D. Hill ist Professor für Philosophie an der De Paul University in Chicago. Zuletzt erschien von ihm „*Civil Disobedience and the Politics of Identity: When We Should Not Get Along*“ (Palgrave, 2013). 2018 erscheint sein neues Buch „*We Have Overcome: An Immigrant's Letter to the American People*“.

ARLIE HOCHSCHILD

Arlie Hochschild ist eine Professorin für Soziologie an der University of California in Berkeley und Autorin. Zuletzt erschien von ihr „*Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten.*“ (Campus-Verlag 2017).

STEFAN LAURIN

Stefan Laurin ist Journalist und Autor u.a. für die Welt, die Welt am Sonntag, Cicero Online, Jungle World, den Klartext-Verlag und die Jüdische Allgemeine. Außerdem ist er Herausgeber des Blogs Ruhrbarone.

MARK LILLA

Mark Lilla ist ein Wirtschafts- und Politikwissenschaftler und Publizist. Seit 2007 ist er Professor für Ideengeschichte an der Columbia University, New York City. Zuletzt erschienen von ihm „The Once and Future Liberal: After Identity Politics“ (Harper, 2017) und „Der Glanz der Vergangenheit: Über den Geist der Reaktion“ (Nzz libro, 2018).

KENAN MALIK

Dr. Kenan Malik ist ein britischer Publizist, Universitätsdozent und Rundfunkjournalist indischer Herkunft. Als Wissenschaftsautor liegt sein Schwerpunkt auf der Philosophie der Biologie und den zeitgenössischen Theorien zum Multikulturalismus, Pluralismus und des Rassebegriffs. Zuletzt erschien von ihm „Das Unbehagen in den Kulturen. Eine Kritik des Multikulturalismus und seiner Gegner“ (Novo Argumente Verlag, Berlin 2017).

JORDAN PETERSON

Jordan Peterson ist klinischer Psychologe, Autor und Kulturkritiker. Seit 1997 lehrt er als Professor für Psychologie an der Univer-

sity of Toronto. Zuletzt erschien von ihm „12 Rules for Life: An Antidote to Chaos.“ (Random House, 2018).

ROBERT PFALLER

Robert Pfaller ist Professor für Philosophie an der Kunstuniversität Linz. Zuletzt erschienen von ihm „Kurze Sätze über gutes Leben“ (Fischer, 2015) und „Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur“ (Fischer, 2017).

TOBIAS PRÜWER

Tobias Prüwer ist Philosoph und Kulturjournalist. Er leitet das Theaterressort beim Leipziger Magazin Kreuzer und schreibt als freier Autor für verschiedene Zeitschriften und Magazine. Zuletzt erschienen bei ihm „Welt aus Mauern. Eine Kulturgeschichte“ (Wagenbach, 2018) und „Fürs Leben gezeichnet: Body Modification und Körperdiskurse“ (Gedanken, Parodos Verlag, 2015).

JOHANNES RICHARDT

Johannes Richardt ist Novo-Chefredakteur und Gründungsmitglied des humanistischen Vereins Freiblickinstitut e.V. Neben Novo hat er u.a. bei Die Welt, Cicero Online, FAZ.net und beim britischen The Independent publiziert.



THILO SPAHL

Thilo Spahl ist Diplom-Psychologe. Er ist freier Wissenschaftsautor, Mitgründer des Freiblickinstituts und Novo-Wissenschaftsressortleiter. Er veröffentlichte außerdem u.a. bei Brand Eins, Die Welt, Financial Times Deutschland und Focus. Er ist (Ko)Autor mehrerer populärwissenschaftlicher Bücher, u.a. von „Die Steinzeit steckt uns in den Knochen. Gesundheit als Erbe der Evolution.“ (Piper, 2009).

VOLKER WEISS

Dr. Volker Weiß ist Historiker und freier Publizist. Er forscht zu Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten in Deutschland sowie der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Zuletzt erschien von ihm „Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“ (Klett-Cotta, 2017).

JOANNA WILLIAMS

Dr. Joanna Williams ist Redakteurin für Bildungsthemen beim britischen Novo-Partnermagazin Spiked. Zuletzt erschienen von ihr „Academic Freedom in an Age of Conformity: Confronting the Fear of Knowledge“ (Palgrave, 2016) und „Women vs Feminism: Why We All Need Liberating from the Gender Wars“ (Emerald Publishing, 2017).

MICHAEL ZÜRN

Professor Michael Zürn ist Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. Zuletzt erschienen von ihm „Die Politisierung der Weltpolitik“ (Suhrkamp, 2013) und „Lehrbuch der Internationalen Beziehungen: Per Anhalter durch die IB-Galaxis“ (C.H. Beck, 2016).

Übersetzer:

CHRISTOPH EICHLER  
FABIAN LAUTERBACH  
MARIA MAYBÖCK  
FRANZISKA REIF  
JONAS SCHEUCH  
ANDREA SEAMAN  
WINONA WELK

# Unabhängig, unangepasst und unbequem

---

**Novo – das politische Magazin  
in der Tradition von Aufklärung und  
Humanismus.**

---

**novo-  
argumente.com**

**Novo Argumente für den Fortschritt**



Aufgeklärte Politik muss die Interessen der Bürger im Blick haben. Sie muss individuelle Freiheiten sichern und Gerechtigkeitsfragen verhandeln. Aber muss sie auch Forderungen von Aktivisten aufgreifen, die von sich behaupten, Bedürfnisse und Befindlichkeiten angeblich benachteiligter Minderheiten zu artikulieren? Von Männerrechtlern über Queer-Aktivisten und katalanische Separatisten bis zu rechten „Identitären“ proklamieren immer mehr Gruppen einen Opferstatus für sich und verlangen Sonderbehandlung. Aber brauchen wir wirklich spezielle Frauen- oder Männerrechte? Oder das Recht auf eigene Geschlechtsbestimmung? Was ist fortschrittlich daran, Menschen je nach sexueller Orientierung, Herkunft, Kultur oder Religion in Schubladen einzuordnen? Die Autoren des Sammelbandes „Die sortierte Gesellschaft“ haben die wichtigsten Argumente gegen die um sich greifende Identitätspolitik zusammengetragen.

ISBN 978-3-944610-45-0



9 783944 610450

Preis: 16,00 €

Edition Novo

[www.novo-argumente.com](http://www.novo-argumente.com)